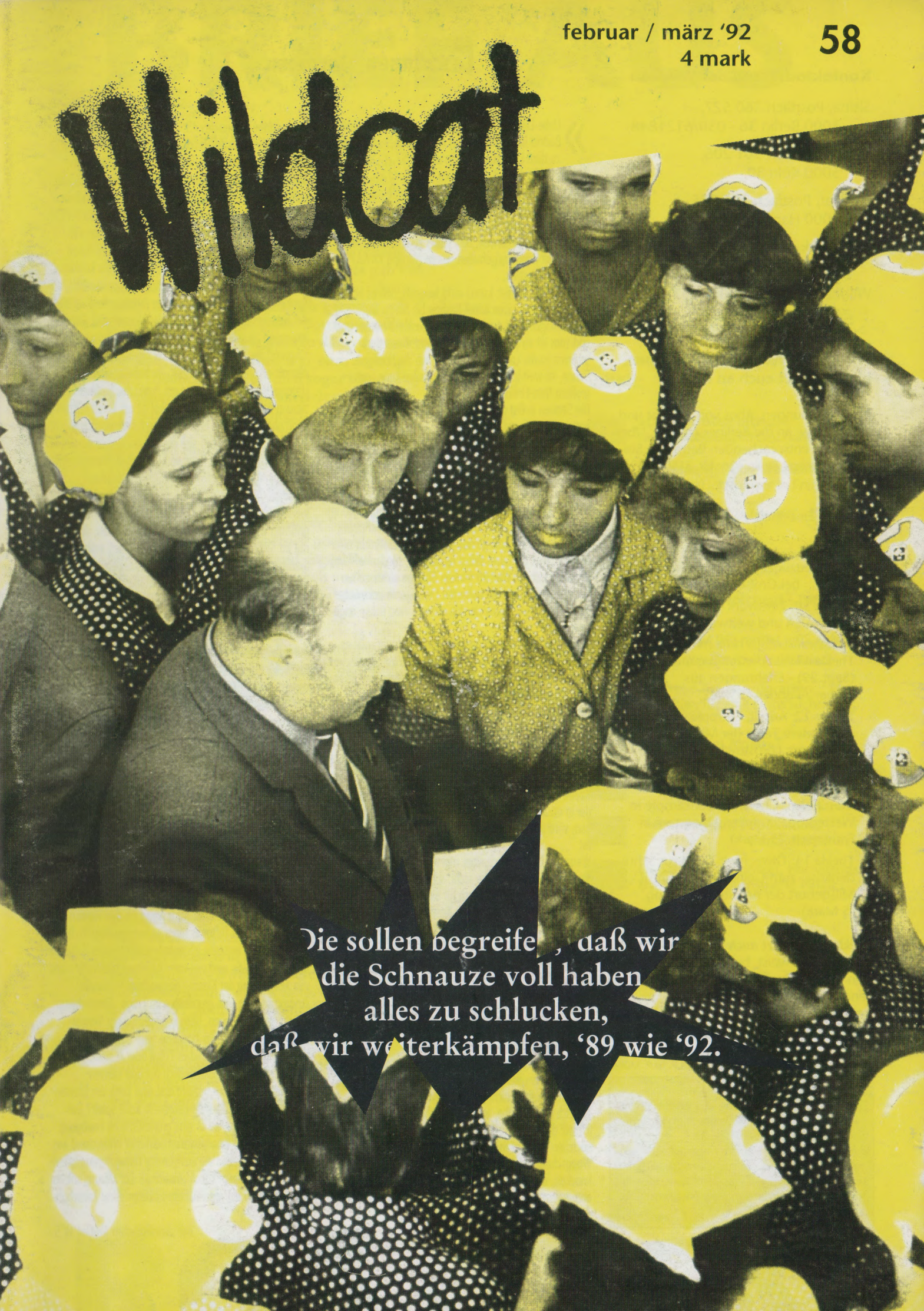
februar / märz '92
4 mark
58

Wildcat



Kontaktadressen der Wildcat:

Sisina, Postfach 360 527,
1000 Berlin 36 - 030/6121848

Sisina, Postfach 301 206,
5000 Köln 30

Wildcat, Postfach 306 325,
2000 Hamburg 36

Postlagerkarte 17 26 49 E,
7800 Freiburg

Wildcat im Friedensbüro, M2, 15b,
6800 Mannheim

Wir suchen WeiterverkäuferInnen, bitte wendet euch an uns.

Buchbestellungen, Abos von Wildcat und Thekla, usw. an die Berliner Adresse. Überweist den entsprechenden Betrag an Sisina, Postgiroamt Berlin, Kto.-Nr. 31502-109

Wildcat: Einzelheft 4 Mark,
Abo 6 Hefte 20 Mark

Thekla:
(jeweils zuzüglich 2 Mark Versandkosten, bei Großbestellungen weniger)

- Thekla 10: Zerowork - Klassenkämpfe in den USA und weltweit in den 70er Jahren (10 Mark)
- Thekla 11: »Let´s Get Organised« (Sept.89) - Erfahrungen aus Jobber-Aktionen (5 Mark)
- Thekla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse und andere Texte der Midnight Notes. Außerdem: Lordstown - Produktive Sabotage (5 Mark)
- Thekla 13: Klassenkämpfe im Sozialismus: Polen, China. Klassenkämpfe in Westeuropa, Krankenschwestern in Frankreich. (5 Mark)
- Thekla 14: Ölwechsel: Texte zur Schuldenkrise, zum Golfkrieg, Zionismus - Mißgeburt der Arbeiterbewegung (5 Mark)

Thekla gibt´s jetzt auch im Abo. Wer jetzt 24 Mark überweist, bekommt die nächsten vier Bände. Abos könnt ihr rückwirkend bis zur Thekla 10 machen, dann kostet T10 11,-, T11 6,-, T12 6,- und T13 6,- inkl. Versand

V.i.s.d.P. ist P. Müller

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders. Eine »Zurhabenahme« ist keine Aushandigung im Sinne dieses Vorbehaltes.
Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehandigt, so sind die nicht ausgehandigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begrundung der Nichtaushandigung zurückzuschicken.

LeserInnen schreiben

» Liebe Leute! Ich will Stellung nehmen zu Eurem Bericht über Hooligans in der Wildcat Nr. 53, bzw. zu dem Leserbrief dazu in der Nr. 57.

Was Ihr in der Nr. 53 geschrieben habt, fand ich sowohl richtig als auch erfrischend in einer Zeit, in der aus Linken/Antifa-Kreisen oftmals Hooligans mit Nazis gleichgesetzt oder zumindest pauschal in deren Nähe gerückt werden. Das geht soweit, daß schon zu offensiven Aktionen gegen Hools aufgefordert wurde (Gruppe KAVIA/R im Schwarzen Faden).

Ich will (oder besser: kann) nicht leugnen, daß es in der Hooligan-Szene einen Anteil Rechter bis hin zu Nazis gibt, daß es Angriffe auf AusländerInnen, besetzte Häuser gab und (das ist zu befürchten) geben wird. Besonders schlimm ist die Lage in der Ex-DDR, wo die Hooligan-Szene, so weit ich das von hier beurteilen kann, unter großem Nazi-Einfluß steht.

Die Szenen in Ost und West sollte mensch aber am besten getrennt voneinander sehen, da die Unterschiede teilweise enorm sind. In der Hooligan-Szene der Alt-BRD gibt es zwar Städte mit »rechtem Ausschlag« (u.a. Hamburg, Stuttgart, Bielefeld), aber generell von einer rechten Szene zu sprechen, ist falsch. Viele der West-Hools sind politisch ungebunden, suchen ihr Wochenendvergnügen im Wettstreit mit anderen Hooligans, mehr nicht. Bei einem Teil sind »Linke« nicht gerade angesehen, aber nicht automatisch, weil die Leute selbst rechts sind, sondern oft weil ihre Welt mit der Welt im »linken Ghetto« nichts zu tun hat, wodurch Vorurteile auftreten (»arrogante linke Laberer«), außerdem fühlen sie sich oftmals »von links« angefeindet.

In einigen Städten, besonders an rhein und ruhr, gibt es mittlerweile übrigens unter den Hools viele »ausländische« Jugendliche. Die Ablehnung in der szene gegenüber Naziskins/Faschos wächst. Als Beispiel will ich hier Schalker Hooligans nennen, die in einem Flugblatt »Hooligans gegen Rassismus« dazu aufgefordert haben, die Antifa gegen ein Skinhead-Treffen zu unterstützen. Positive Entwicklungen gibt es in einer ganzen reihe Städte (u.a. Frankfurt, Köln, München). Da die Schreiber aus der linken Szene meist keine Ahnung haben und den Verdrehungen der in anderen Fällen sofort enttarnten Lügenpresse aufsitzen, wird über solche Tendenzen so gut wie nicht berichtet.

Wenn der Leserbriefschreiber meint, es ist ihm egal, ob Hooligans Nazis sind oder nicht, scheiße sind sie eh (sinngemäß), finde ich das typisch für einen großen Teil der Linken. Welcher (revolutionäre?) Anspruch ist denn bei solch einem schwarz/weiß Denken übertragen auf anderen gesellschaftliche Gruppen überhaupt noch zu halten. Dies kennzeichnet den Rückzug aus fast allen Lebensbereichen des »dummen Volkes« hinein ins intakte Ghetto.

Wenigstens die Zeiten, in denen mensch sich als Linke(r) entschuldigen mußte, ins Fußballstadion zu gehen, sind ja seit St. Pauli vorbei. In meinem Freundeskreis befinden sich einige Hooligans, keiner davon ist ein menschenverachtender Schläger-Macho oder so was. Um das Phänomen des »Hooliganismus« tiefer zu ergründen, ist jetzt allerdings nicht genug Raum.

Was ich hier schreibe, ist keine »Reduktion auf Steine«, ich will die Hool-Szene nicht aufsaugen, um sie bei der nächsten Schlacht mit den Bullen in die taktische Waagschale zu werfen. Mir geht es darum, Vorurteile zu knacken, der unnötigen Konfrontation Linke gegen Hools entgegenzuwirken und sich mit positiven Ansätzen seitens der Hooligans zumindest auseinandersetzen.

Ein Schreiber aus Rhein-Main

» Habe wegen des »3:1 für wen?« -Artikels, also mehr durch Zufall Eure Zeitschrift in die Hände bekommen, gekauft und mit Interesse gelesen. Weshalb ich Wildcat jetzt auch noch abonnieren möchte, will ich Euch zum Zwecke der Resonanz kurz schreiben. Klassenkampf war und ist der Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Zustimmen möchte ich Euch: »Wer von der Arbeiterklasse nicht reden will, soll von der Revolution schweigen«. Es ist heute wichtiger denn je, die konkreten, sozialen Interessen und Widersprüche zu untersuchen, da Konkurrenzkampf und die ständige Auseinanderdividierung der Gesellschaft in jeweils besondere Einzel- und Gruppeninteressen zu sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen führt und die Zusammenhänge der kapitalistischen Logik oftmals erkennbar werden läßt. Ihr betreibt eine solche Untersuchung beispielsweise am Punkt der Automatisierung bei Opel. ein solcher Artikel ist mir direkt nützlich, denn ohne jemals die Erfahrung von Fabrikarbeit gemacht zu haben, weiß ich, daß sich die Entwicklungen der Automobilindustrie auf das Handwerk, den Metallbereich und die gesamtgesellschaftliche Produktion auswirken.

Weiterhin richtig ist, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht mehr innerhalb nationalstaatlicher Grenzen organisiert wird. Trotzdem möchte ich einwenden, daß ich mir im Sinne eures Vorwortes (La recherche) mehr einen Schwerpunkt auf die Untersuchung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse hier wünschen würde. Zum einen stehen der Hauptfeind, wie ich auch, im eigenen Land. Zum anderen besteht meiner Meinung nach ein Problem in der Linken, daß – vorausgesetzt es wird sich überhaupt mit Arbeitsbedingungen beschäftigt – diese Beschäftigung möglichst auf das »Exotische« (Brotunruhen in Tunesien) verlegt werden. Die unspektakulären »Bewegungen der Klasse« wie sie sich beispielsweise im Kita-Streik oder der Bewegung gegen den Pflegenotstand ausdrücken, werden kaum wahrgenommen. Wie ihr richtig festgestellt habt, fehlen auch mir beispielsweise Informationen für ein besseres Verständnis der Kämpfe in der ehemaligen DDR.

Ich bin mir nicht sicher, ob sich meine Sichtweise oder die eure geändert hat. Jedenfalls finde ich es positiv, daß sich meines Erachtens im Gegensatz zu Zeiten der Karlsruher Stadtzeitung, die ich früher mal ab und an gelesen habe, italophiles Operaistenkauderwelsch sehr in Grenzen hält. Als Gegenbeispiel steht allerdings der Artikel »Lavorare in Fiat«. Mir ist diese Betrachtung zu soziologisch und zu wenig praktisch und konkret. Auch wenn ich den Worten noch folgen kann (oftmals fängt es bei den Begrifflichkeiten schon an), verstehe ich trotzdem nicht, worauf die Kritik hinaus will. Es wird viel von »Arbeitersubjektivität« und von »Bewegung der Klasse« gesprochen. In diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Frage. Klassenkampf hat immer zwei Seiten. Dem kapitalistischem Verwertungsinteresse steht das Interesse nach besseren Lebensbedingungen entgegen. Ist es Zufall oder Absicht, daß sich eure Untersuchung ausschließlich auf den Klassenstandpunkt von unten bezieht und eine Kritik am Klassenkampf von oben eine untergeordnete Rolle spielt? Des weiteren die Frage, ob es eine grundsätzliche Erwägung von euch ist, daß innergewerkschaftlicher Widerstand wie beispielsweise gegen die anstehende Deregulierungsoffensive bei euch keinen Raum einnimmt? Zur Klärung solcher Fragen soll mir ein regelmäßigeres Lesen eurer Zeitschrift helfen.

(...) *mit sozialistischen Grüßen W.S.*

BRIEF AUS

... Der eigentliche Kampf spielt sich jetzt um DT 64 ab. Wir hatten hier schon ziemlich mächtige demos, jetzt gerade am Samstag mit 3-5 000 TeilnehmerInnen. Sehr laut und bunt mit Pfeifen, Trommeln usw. Das NDR-Gebäude und der Platz davor wurden ziemlich bunt verziert. Und das erste Mal waren auch Bullen bei der Demo, sogar BGS. Das gab's in Rostock noch nie. Am Abend sind wir dann noch (150 - 200) zur Stadthalle gezogen, wo Olympiaball war mit vielen Bonzen aus Politik, Wirtschaft, Sport, wollten dann dort unser Anliegen kundgeben. War zum Anfang auch friedlich. Wir kommen sogar bis ins Foyer, sollten aber dort eingekesselt werden, so daß wir freiwillig rausgingen. Nachdem alles geklärt war, kamen auf einmal echte Bullen mit Schild und Stock und griffen sich einen von uns. Dann fing der Gefangenentransporter ziemlich doll an zu wackeln, worauf dann die Bullen losprügelten, was dann auf entsprechende Reaktionen auf unserer Seite stieß.

So etwas hat es in Rostock noch nie gegeben. Militanten Widerstand gegen Bulleneinsätze. Lag wahrscheinlich auch daran, daß die Bullen fast nie Grund hatten, zuzuschlagen.

Zwei Wochen vorher hatten wir ja das NDR-Gebäude besetzt. Die Räumung verlief zwar friedlich, aber die Behandlung dann auf'm Revier war schon ziemlich hart. Die wollten uns sogar ED-mißhandeln, was aber aufgrund unseres Widerstandes nicht durchführbar war. Dann keine Telefonate etc...

Am nächsten Samstag ist die nächste DT-Demo. Soll'n kleiner Karneval werden (Aus der Berliner Zeitung vom 27.1.92 unter der Überschrift »DT 64 ist mehr als ein Sender«: ... »In Rostock, wo DT 64 seit dem 1. Januar nicht mehr zu hören ist, zog am Sonnabend ein 3 000-köpfiger Karnevalszug vor das NDR-Gebäude. Dort forderte man zunächst eine Wiedereinschaltung des Lieblingssenders, um darauf eine Polonaise durch die Innenstadt zu tanzen« ...). Wir geben nicht auf. Andere Aktionen sind auch schon geplant. Ich weiß nicht, inwieweit du diese Sachen nachvollziehen kannst als »Wessi«. Es geht nicht nur um DT, sondern um Identität, um BesatzerInnenmentalität. Die sollen begreifen, daß wir die Schnauze voll haben, alles zu schlucken, daß wir weiterkämpfen, '89 wie '92.

Wir hatten ja am 9.11.91 ne AntiFa-Demo mit 300 Leuten durchgeführt. Danach kam es zweimal zu Angriffen auf ein besetztes Haus und einen alternativen Jugendclub. Dabei gab es auch ziemlich militante Gegenwehr. Es regt sich was. Ich weiß zwar noch nicht, wie es endet, aber es geht los ...

ROSTOCK

Inhalt:

4 **»Die Nächsten bitte...«** Umstrukturierung im Gesundheitswesen

9 **Luftverkehr(t)überwachung** Streik der Elektroniker in Frankreich

10 **Banken – Untersuchung – Methode** Interview

15 **Keine Autos aus dem Paradies** Der Streik bei Renault

19 **Revolte des Brötchens - Turin**

22 **Radieschen sind die schlimmsten Jobs.** Schwarzarbeit in Holland

24 **Die neue Arbeitsmigration** Vorschlag für eine Untersuchung

29 **Der »Fall von Algier«?**

32 **Rückkehr nach China**

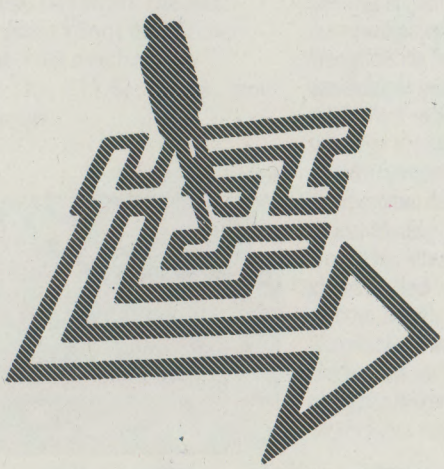
39 **Nationalismus, Populismus, Partikularismus**

42 **Debatte:** Eine Antwort, Homelands of the Mind, Antirassistische Politik ...

Wo bleibt die wildcat? Seit der letzten Nummer ist mehr Zeit vergangen, als wir geplant hatten. Im Herbst letzten Jahres haben wir seit langer Zeit wieder ein etwas größeres Treffen organisiert, bei dem auch einige Freunde aus dem europäischen Ausland (Italien, Frankreich, Spanien, Niederlande, Schweden, Griechenland) mitdiskutiert haben. Die Zeitungsarbeit – und wie ihr gemerkt habt, auch die Arbeit am nächsten Thekla zu Fiat, das bereits in der letzten Zeitung angekündigt worden war – ist darüber etwas ins Hintertreffen geraten, weil uns die Vor- und Nachbereitung des Treffens mehr Zeit gekostet hat, als wir vorher angenommen hatten. Es ist uns wichtig, wieder Diskussionszusammenhänge und praktische Verabredungen zu erreichen, die über das immer etwas anonym bleibende Verhältnis zwischen ZeitungsmacherInnen und LeserInnen hinausgehen. Mit der Einrichtung eines »Debatte«-Teil in der Wildcat seit dem letzten Heft wollen wir aber auch die Zeitung stärker zu einem Ort von Auseinandersetzung und politischer Diskussion machen. Dazu gehören auch die LeserInnenbriefe – wir hoffen, daß sie durch die kleine Schrift auf der ersten Innenseite nicht untergehen!

Die Diskussionen auf dem Treffen im November haben sich in dieser Wildcat teilweise niedergeschlagen, eine Reihe von Artikeln geht auf Berichte und Referate in den drei Arbeitsgruppen zurück. Sichtlich überwiegen dabei die Artikel über die Kämpfe in anderen Ländern – und das markiert unsere Schwäche, mit einem militanten Untersuchungsprojekt hier noch nicht in die Gänge gekommen zu sein. Es gibt einige Vorarbeiten, aber wir haben es noch nicht geschafft, daraus Artikel zu machen.

Wir werden uns heute die Fragen revolutionärer Perspektiven nicht auf einer nationalen Ebene stellen können. Das war schon immer so, nun wird uns diese Notwendigkeit aber durch die weltpolitischen Ereignisse und die Internationalisierung des Kapitals in erneuter Schärfe aufgezwungen. Das Ende der traditionellen Solidaritätsarbeit, das mit der Krise der Befreiungsbewegungen und des Modells der »jungen Nationalstaaten« verbunden ist, kann für uns nur die Aufforderung sein, eine internationalistische Klassenpolitik zu entwickeln. Das Treffen war bis auf einige Ausnahmen – z.B. die Diskussion der Automobilindustrie in Südkorea – auf die Bedingungen in Westeuropa konzentriert. Die Wichtigkeit dieser Diskussion ist klar, da es von Arbeiterseite noch keine dem kapitalistischen Integrationsprozeß entsprechende Antwort gibt. Aber wir sehen es auch als momentane Beschränkung, daß es noch kaum internationale Treffen gibt. Denn eins hat uns das Ende der »alten Welten« nochmal gezeigt: Revolution kann's nur weltweit geben!

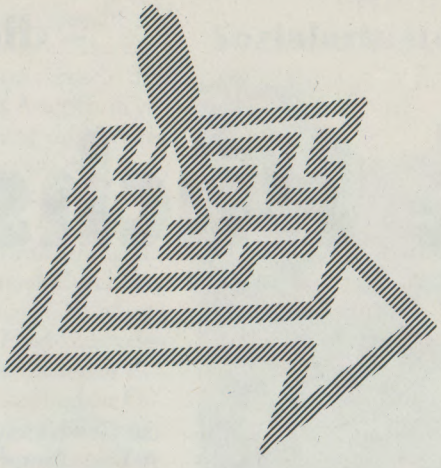


Auf dem Treffen haben wir in drei Arbeitsgruppen diskutiert und Verabredungen für eine weitere Zusammenarbeit getroffen. Diese Aufteilung in drei Gruppen, entlang der verschiedenen Konfliktlinien im heutigen Produktionsprozeß, soll nicht als schematische Aufteilung der breiten Klassenrealität verstanden werden, sondern als Versuch, die Klasse in einer Breite zu erfassen, bei der nicht Fabrik, Riot oder illegale Arbeit je nach politischer Mode gegeneinander gestellt, sondern als Momente einer aktuell stark zersplitterten Klassensituation begriffen werden sollen.

● Die Widersprüche der modernen Fabrik, wo wir anhand der Entwicklungen in der Automobilindustrie und Erfahrungen aus verschiedenen Fabriken die Kampfperspektiven in einem nach wie vor zentralen Bereich der Arbeiterklasse diskutiert haben. Es ging um die Themen: Veränderung in der Zusammensetzung dr Belegschaften, technologische Entwicklung und die Einführung neuer Organisationsformen wie Gruppenarbeit. (Die einleitenden Thesen könnt ihr in der Interim Nr. 179 nachlesen.) Als wir uns getroffen haben, war der Streik der Renault-Arbeiter in Cléon gerade zu Ende gegangen. Der Streik hat die neue Verwundbarkeit des Kapitals durch seine eigenen Produktionsstrategien offengelegt, läßt aber auch viele Fragen offen, wie die Arbeiterklasse zum autonomen Subjekt werden kann, das sich diese Verwundbarkeit als revolutionäre Waffe aneignet. Zum Renault-Streik daher in diesem Heft ein ausführlicher Bericht, ergänzt durch eine kurze Schilderung des Streiks in der französischen Luftverkehrsüberwachung.

● Die zweite Arbeitsgruppe hatte sich die »Dienstleistung« zum Thema gemacht. Die reichsten praktischen Erfahrungen der letzten Jahre stammen aus dem Krankenhaus. Die meisten TeilnehmerInnen in dieser Gruppe kamen aus dem Sozialbereich (KrankenhausarbeiterInnen und ErzieherInnen). Auch wenn es dazu hier nach dem Niedergang der Bewegung der Krankenschwestern und dem Ende

des Kita-Streiks wieder ruhig geworden ist, ist klar, daß hier ein neues und explosives Feld des Klassenkampfs entstanden ist. Die Kämpfe der letzten beiden Jahre an französischen Krankenanstalten und Überlegungen zur Entwicklung in der BRD stellt der Artikel »Die nächsten bitte ...!« vor. Außerdem wurde über Kämpfe von BankarbeiterInnen in Italien berichtet. Dazu haben wir dann im Januar ein längeres Interview gemacht, weil uns besonders interessierte, wie sie eine umfangreiche Untersuchung angepackt haben. Etwas offen bleibt dabei, wie sie den Zusammenhang von Untersuchung und politischer Kampfperspektive bestimmen.



● Die dritte Arbeitsgruppe hat versucht, das ganze Feld der prekären und illegalen Arbeit sowie der Migration zu erfassen. Obwohl sich die radikale Linke seit den Angriffen von oben und von unten auf die hier lebenden Migranten auf das Thema »Flüchtlingspolitik« gestürzt hat, fehlt es an wirklichen Erfahrungen aus diesem Bereich. Praktische Initiativen bleiben oft in Sozialarbeit und moralischem Anti-Rassismus stecken, ohne in dieser Praxis eine revolutionäre Perspektive sehen zu wollen oder zu können. Holländische Genossen haben in der Arbeitsgruppe über die Erfahrungen von illegalen Arbeitern und deren Versuchen zur Selbstorganisation berichtet. In Fortsetzung des Artikels über die illegalen Nähstuben in Amsterdam in der letzten Nummer kommt daher jetzt noch ein Bericht über die Schwarzarbeit in der niederländischen Landwirtschaft. Außerdem das überarbeitete Thesenpapier zu dieser Arbeitsgruppe mit einem Vorschlag, wie ein konkretes Untersuchungsprojekt hier aussehen könnte. Die Erfahrungen aus Holland sollen nicht für sich stehen, sondern Anstoß sein, hier eine vergleichbare Praxis aufzunehmen! Im Debattenteil dieses Heftes setzen wir die Diskussion, die wir im letzten Heft mit zwei Beiträgen von uns begonnen hatten, mit Antworten darauf und Texten von anderer Seite fort.

Es gibt in dieser Nummer keinen Artikel, der versucht, die aktuelle Entwicklung in der alten und neuen BRD einzuschätzen. Auffällig ist auf der einen Seite, welcher Wirbel um die hohen Tariforderungen von Staat und Gewerkschaft gemacht wird. Als es noch so aussah, als würde die IGM die Stahlarbeiter in den Streik treten lassen, weckte dies breites Interesse – auch in autonomen Kreisen, für die Arbeitskämpfe sonst kein Thema sind. Offensichtlich verband sich damit die Hoffnung, daß wirkliche Streiks die momentane blockierte gesellschaftliche Situation aufbrechen könnten: statt die eigene soziale Unzufriedenheit und Wut in Asyldebatte und nationalistischer Demagogie zu ertränken, statt sich vor der Größe der weltpolitischen Ereignisse in den privaten Bereich wegzuducken, wieder die Initiative in die eigene Hand zu nehmen und als kollektives Subjekt aufzutreten. Aber es wurde sehr bald klar, daß es den Gewerkschaften in der BRD nicht darum ging, mit Streiks möglicherweise eine Protestbewegung gegen die bisherigen Angriffe auf den Lohn loszutreten, die sie dann nicht mehr kontrollieren könnte. Den Gewerkschaften geht es mit ihrer Streik- und Forderungsrhetorik um etwas ganz anderes. Sie laborieren an einer schweren innerorganisatorischen Krise und müssen Terrain verteidigen. (Ein für diese Nummer vorgesehener Artikel über die Hintergründe und die politische Bedeutung dieser Krise der deutschen Gewerkschaften wird erst in der nächsten Nummer erscheinen – dies auch als Antwort auf die berechtigte Frage in dem Leserbrief aus Hamburg.) Unklar ist aber, wie es von Klassenseite aussieht. Mit den Urabstimmungen im Ruhrgebiet hat die IG Metall ein geschicktes Ventil für die Unzufriedenheit geschaffen und ihrer weiteren Verwaltung von Einkommensverlusten einen demokratischen Anstrich gegeben. Die Gewerkschaften müssen in einer solchen Situation Stärke demonstrieren und in kämpferischer Pose dem Kapital gegenübertreten, um ihre Glaubwürdigkeit zu behalten. Aber bestehen Chancen, daß sich Teile der Klasse selbständig in Bewegung setzen gegen die sozialen Angriffe? Sie finden auf einer Ebene statt, die die ArbeiterInnen als vereinzelte trifft, wo es schwer ist, eine kollektive Macht in die Waagschale zu werfen: Steuerabzüge, Beitragserhöhungen, Zinsanhebung, Mietsteigerung ... Wer hat letztes Jahr im Betrieb nicht die Hilflosigkeit der allgemeinen Empörung über Benzinverteuerung oder »Solidarabgabe« mitgekriegt?

Das finden wir auch das Wichtige an zunächst mal unbedeutend erscheinenden Bewegungen wie der in Turin gegen die Verteuerung der Kindergarten- und Schulgebühren. Daß die Klasse hier erste Antworten auf eine Form des Angriffs findet, dem sie schwer begegnen konnte.

Umstrukturierung im Gesundheitswesen – die Kämpfe in Frankreich

»Die Nächsten bitte ...«

Als sich 1988 in verschiedenen europäischen Ländern, auch hier, eine breite Bewegung auf einem bemerkenswerten Niveau von Selbstorganisierung entwickelte, beteiligten wir uns an diesen Mobilisierungen. Wir hatten schon vorher Signale einer neuen Kampfbereitschaft in den »weißen Fabriken« – wie wir die Krankenhäuser seitdem provokativ bezeichneten – mitbekommen[1]. Der kurze Sommer dieser Bewegung ist bekannt. Die ÖTV, an der sich die Mobilisierung zunächst völlig vorbei entwickelt hatte, trat mit ihrem gewerkschaftlichen Anspruch auf das Monopol bei der Interessenvertretung auf, inszenierte ein paar lächerliche Warnstreiks um das Aktionsbedürfnis zu befriedigen. Mit dem Tarifabschluß vom Sommer 89, der den Drang nach einer grundsätzlichen Veränderung in maßvolle prozentuale Lohnanhebungen kanalisierte, brach die unabhängige Mobilisierung in sich zusammen. Viele gingen frustiert aus dem Bereich heraus. In Frankreich, wo sich die Bewegung breiter und militanter und mit einem höheren Organisationsgrad entwickelt hatte – was auch die KrankenhausarbeiterInnen hier stark beeindruckte und anspornte – brach die Mobilisierung zwar nicht ganz so abrupt zusammen. Die neu geschaffenen Koordinationen konnten bestehen bleiben, aber nur zu dem Preis, daß sie sich selbst in neue Gewerkschaften verwandelten. Neues Blut für das Gewerkschaftswesen statt autonomem Arbeiterkampf.

In der letzten Zeit hatte auch die Wildcat die Situation an den Krankenhäusern aus dem Auge verloren. Eine Situation, die immer noch die Elemente eines tiefgreifenden sozialen Konflikts enthält – unabhängig davon, wie erträglich die konkreten Arbeitsbedingungen gestaltet werden. Es geht um grundsätzliche Fragen des »Dienens«, des Lohns, der Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion. Es wäre daher falsch, sich nur an dem unmittelbaren Vorhandensein oder der Abwesenheit großartiger Kämpfe zu orientieren. Die Untersuchung und das Eingreifen in diesem Bereich, der eine immer größere Bedeutung für die gesellschaftliche Reproduktion bekommt und explosiv bleibt, wie im gesamten Feld der sogenannten »Dienstleistungen«, steht daher auf der Tagesordnung. Aus Frankreich haben wir von *Echanges & Movement* Material zu den Kämpfen 1990/91 bekommen. Es ist zugegebermaßen recht oberflächlich, gibt nicht genügend Aufschluß über die inneren Vorgänge in diesen Bewegungen, und läßt gerade die spannendsten Fragen nach der Selbstorganisierung und den praktischen Formen dieser Klassenkämpfe offen. Wir dokumentieren es hier als Anstoß, die Situation in den »weißen Fabriken« der BRD stärker zum Thema zu machen, dazu kommen am Schluß noch einige Überlegungen.

Mobilisierung gegen die Gesundheitsreform

In Frankreich haben sich mit dem Niedergang der Bewegung aus der Koordination der Krankenschwestern von 1988 drei neue Gewerkschaften gebildet: die CNI (Coordination Nationale Infirmiere) und die Union Infirmiere de France, die sich ausschließlich auf KrankenpflegerInnen beziehen, und die CRC-Gesundheit, eine Sektion der CFDT, die 1989 ausgeschlossen wurde. Die GründerInnen der neuen Gewerkschaften sind oft Leute, die aus den alten Gewerkschaften ausgeschlossen wurden – meistens wegen ihrer Beteiligung an Streikaktionen.

In der Pariser Region hat sich ein krankenhausübergreifendes Kollektiv (Interkomitee) gebildet, in dem 30 Krankenhäuser vertreten sind. An dem Komitee beteiligen sich hauptsächlich nicht gewerkschaftlich organisierte, aber auch Leute aus der CRC-Gesundheit.

Als die KrankenpflegerInnnen 1990/91 ihren Kampf wieder aufnehmen, sind die Arbeitsbedingungen beschissener denn je. Konkreter Anlaß für die Demonstrationen im Herbst '91 ist die Gesundheitsreform vom Juli '91, die eine tiefgehende Umstrukturierung aller Krankenhäuser vorsieht: Erhöhung der Produktivität und Kontrolle der Rentabilität, mehr betriebswirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen Krankenhausverwaltungen, jedes Krankenhaus erhält einen Haushaltsbetrag, mit dem es wirtschaften muß. Die Versorgung soll in

den großen städtischen Krankenanstalten zentralisiert und gleichzeitig 60 000 Betten abgebaut, »unrentable« Bereiche, kleine Provinzkrankenhäuser und psychiatrische Kliniken geschlossen werden.

Breite und Schwäche der Bewegung 1991

Die 1988 in Gang gesetzten Umstrukturierungen machen die Arbeit zur Hölle: Zunahme der Arbeit, aufgezwungene Flexibilität der Arbeitszeiten, Überstunden; die Pausen werden verschoben oder verweigert; die Verlängerung des Arbeitstages wird teilweise in neuen Schichten festgelegt (von 8 auf 10-12 Stunden), die festen Belegschaften werden in Frage gestellt. Die Leute hauen massenweise ab aus dem Krankenhaus, gehen in die »freie Pflege«, 2000 Stellen sind sowieso unbesetzt.

Dieser breite Angriff auf die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern trifft alle und an den Aktionen gegen die Gesundheitsreform und für Lohnerhöhungen im Sommer '90 an 25 Krankenhäusern in der Pariser Region beteiligen sich fast alle Kategorien von KrankenhausarbeiterInnen. Das Verwaltungspersonal schafft es, die Abrechnungen zu blockieren, die WäscherInnen streiken 2 Monate lang und kippen damit die für sie in der Reform vorgesehene Änderung der Vorruhestandsregelung.

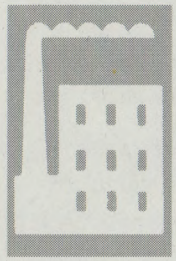
Der erste Streik 1991 ist der des Anästhesiepersonals, das schon 1988 eine eigene Koordination gegründet hatte. Auch die Anästhesieärzte beteiligen sich am Streik. Die Arbeit in den Bereitschaftsdiensten wird verweigert. Nach fünf Wochen beenden sie den Streik, ohne viel erreicht zu haben. Nur die Ärzte bekommen mehr Kohle zugestanden.

Diese Aktion und eine Reihe weiterer Streiks münden im Herbst '91 in eine Bewegung aller Berufsgruppen, die mehr oder weniger hart alle Krankenhäuser von Paris und in der Provinz treffen. Die Bewegung erreicht aber nie die Stärke von 1988. Damals war versucht worden, hauptsächlich die Situation der »eigenen Kategorie« zusammen zu diskutieren (Hilfsschwestern, ungelerntes Personal, höher qualifizierte PflergerInnen, das Verhältnis zu den Ärzten und auch die Rolle der »Klienten«, den PatientInnen ...) Daraus hatte die Bewegung ihre Dynamik und Breite gezogen. Diesmal geht es zwar um die Situation aller ArbeiterInnnen, die von den Umstrukturierungen getroffen sind, aber jede Kategorie ist unterschiedlich getroffen. Auf der hohen politischen Ebene eines Reformprojektes kann es zu keiner Vereinheitlichung der Kämpfe kommen. Trotz der tiefen Unzufriedenheit bleiben die Spaltungen bestehen. Die neuen Gewerkschaften halten an den Aufspaltungen zwischen den Berufsgruppen fest, und die Regierung versucht sie durch ein abgestuftes Prämiensystem zu verstärken. In der Pariser Region versucht das Interkomitee, die Breite des Angriffs in eine gemeinsame Mobilisierung der ArbeiterInnen umzudrehen. Aber aus dem vorliegenden Material geht nicht hervor, ob dies eine wirkliche Basis gehabt hat. Wichtig wäre zu wissen, wie z.b. die Koordinierung der Kämpfe 1990/91 in Frankreich durch das Interkomitee ausgesehen hat. Gab es gemeinsame Versammlungen, Flugblätter oder Diskussionen über die verschiedenen Arbeitssituationen an den Kliniken und die Organisierung? Oder handelte es sich in erster Linie um einen politischen Versuch zur Vereinheitlichung von einigen AktivistInnen der 88'er Bewegung?

Anfang November '91 geht die Mobilisierung zurück, ein Sit-in vor dem Gesundheitsministerium wird von den Bullen mit Wasserwerfern und Tränengas abgeräumt. Neun Gewerkschaften nehmen an Verhandlungen teil, das Interkomitee jedoch nicht. Das Ministerium verspricht zusätzliche Prämien (nur für die Krankenschwestern) und die Schaffung von 5500 neuen Stellen bis 1993, von denen bisher nichts zu sehen ist, sowie eine Verkürzung der Nachtarbeitszeit. Die Gesundheitsreform und ihre Konsequenzen sind kein Thema.

Gegen Ende der Verhandlungen für die öffentlichen Krankenhäuser entwickelt sich an Toulouser Privatkliniken die härteste Auseinandersetzung: am 12.11. wird eine Klinik in Toulouse vollständig bestreikt und in der größten Klinik sind ein Drittel der Stationen geschlossen. Krankenschwestern und Pflegehilfen versammeln sich jeden Tag, die Ärzte werden verpflichtet, die Arbeit der Schwestern mitzumachen oder die Patienten werden in andere Krankenhäuser verlegt. Trotz der Drohung mit Zwangsverpflichtungen streiken sie weiter und fordern eine Angleichung an die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Bereich: mehr Lohn, Prämien, mehr Urlaub. Andere Kategorien sind an dem Streik nicht beteiligt, die CNI unterstützt ihn.

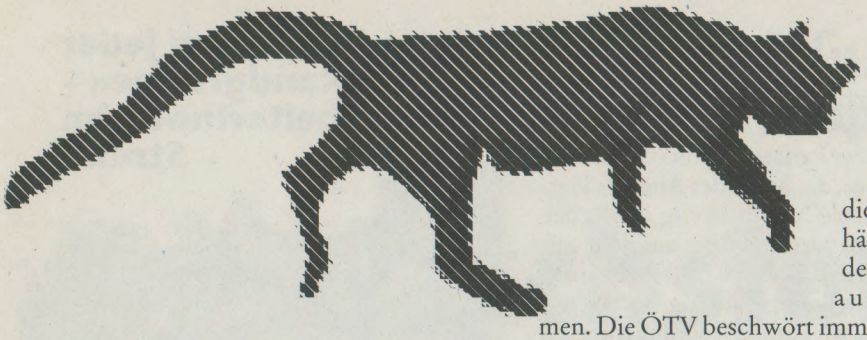
Die Verhandlungen in Toulouse ergeben nichts, aber bei den gleichzeitig in Paris stattfindenden Tarifverhandlungen für den Privatsektor wird ein Teil der Forderungen erfüllt.



Der Traum jeder »Randgruppe« – SozialarbeiterInnen im Streik!

Im Herbst 91 mobilisieren sich auch die SozialarbeiterInnen über zwei Monate hinweg – aber ihr Kampf bleibt von dem der Krankenschwestern getrennt. Ihre Forderungen, die Mobilisierung und die Organisationsformen ähneln denen der Bewegung an den Krankenhäusern von 1988. Auch in anderen Bereichen, die von Umstrukturierungen betroffen sind, z.B. Eisenbahn und Schule, organisieren sich ArbeiterInnen außerhalb der Gewerkschaften. In dieser Situation ist es der herrschenden Klasse wichtig, die Bewegungen wieder in den Händen »geordneter Gewerkschaftsstrukturen« zu wissen. Die Erfahrung einer unabhängigen gemeinsamen Stärke könnte zur »Nachahmung« ermutigen.

In Frankreich gibt es 35 000 »SozialarbeiterInnen«, anders als hier bezieht sich diese Bezeichnung nur auf Leute, die unmittelbar mit der »Betreuung von Problemgruppen« zu tun haben. Sie sind auf etwa 15 verschiedene Arbeitgeber verstreut (Staat, Kommunen, halbstaatliche Vereinigungen, private...). Um mit den Problemen fertig zu werden, die sich aus der steigenden Arbeitslosigkeit ergeben, wurde ihnen in den letzten Jahren immer mehr Arbeit aufgehalst. Viele unbesetzte Stellen, hohe Fluktuation, Flexibilisierung, Wochenendarbeit und Nachtschichten ohne Zuschläge verschärfen die Situation. Die ArbeiterInnen fordern ein Anfangsgehalt von 10.000 f (bisher 5700 f), volle Anrechnung der 3 Ausbildungsjahre nach dem Abi und mehr Arbeitsmittel. Der Kampf beginnt im März 1990 mit einer starken Mobilisierung. Die SozialarbeiterInnen gehen nach dem Aufruf eines Aktionskomitees zum ersten Mal in ihrer Geschichte auf die Straße. Im No-



vember schließen sie sich in einer nationalen Koordination zusammen. Die Initiative dazu geht von Unorganisierten aus. Es folgen 2 Demos und ein Streik mit 50-90% Beteiligung. Angesichts der Größe der Bewegung lanciert die Koordination einen Aufruf zum unbefristeten Streik ab September. Verschiedene Einrichtungen sind 2 Monate im Vollstreik, es gibt herbe Gehaltsabzüge, manche bekommen ab Oktober kein Geld mehr. Auf dem Höhepunkt der Bewegung haben sich in 87 der 101 Departements Kollektive gebildet. An den Demos im Oktober '91 beteiligt sich ein Drittel aller SozialarbeiterInnen.

Am 10. Oktober wird der Square Bouricault in der Nähe des Regierungssitzes besetzt. Angesichts der totalen Weigerung der Regierung zu verhandeln, geht die Bewegung Anfang November zurück. Es folgen spektakuläre Aktionen, wie die Blockade des TGV auf dem Bahnhof Montparnasse am 7. und die Besetzung der Oper Garnier am 14. November. Die Koordination wird nirgends empfangen. Die Regierung will in keinem Punkt nachgeben. Am 15. November beschließen die ArbeiterInnnen – ohne etwas erreicht zu haben – die Arbeit wieder aufzunehmen. Anfang Dezember wird eine gemeinsame Erklärung von den Gewerschaften CFDT, CFTC und FEN unterschrieben, aber von der Koordination abgelehnt. Die Regierung gewährt 20 Mio. f für die Ausbildungszentren und mehr Stipendien, aber nichts zu ihren Forderungen!

BRD: Die Entwicklung der »weißen Fabrik« setzt an den Forderungen der Bewegung an.

Ein Ausmaß der Umstrukturierungen wie in Frankreich (und wohl auch in England in Planung) ist in der BRD noch nicht in Sicht.

Auch wenn die letzte Gesundheitsreform damit angefangen hat, Kosten und Mehrarbeit auf die ArbeiterInnen abzuwälzen – »direkt« finanziell wie »indirekt« durch die angestrebte Förderung der »Präventivmedizin« (z.b. Erhöhung der Selbstbeteiligung bei unregelmäßigem Zahnarztbesuch) – die Krankenhäuser wurden erst mal ausgenommen. Die ÖTV beschwört immer mal wieder den »Pflegenotstand«, wenn sich nicht bald »entscheidende Verbesserungen« ergeben. Tatsächlich werden Stationen geschlossen, weil keiner mehr da arbeiten will und es gibt Situationen, in denen die Notfallversorgung in Frage gestellt ist (hierzu laufen heftige Wortgefechte in den Medien). Krankenschwestern aus dem Osten werden angeworben, verschiedene Krankenhäuser in der BRD haben Delegationen nach Jugoslawien geschickt, und von dort ArbeiterInnen »geholt«. Auch wenn das natürlich Druck gegen die eigene Arbeiterklasse ist, ein Angriff auf die Arbeitsbedingungen wie in Frankreich ist so (noch) nicht da.

Einerseits scheinen sie sich Mühe zu geben, den ArbeiterInnen den Verbleib im Job leichter zu machen:

- Von einer Ganztagsstelle bis zu einer 1/4 Stelle ist alles im Angebot.
- In vielen Krankenhäusern sind inzwischen fast alle »Putztätigkeiten« nicht mehr der Job der PflegerInnen.
- Vor 2 Jahren haben die Sitzwachen an der Freiburger Uniklinik noch wochenlang Treffen und Flugblätter gemacht, um Dinge wie Sonn/Feiertagszuschläge, Bezahlung bei Krankheit durchzusetzen, und nur Teile der Forderungen durchgekriegt. Jetzt hat ein kurzer Brief an die Verwaltung und ein Auftritt bei der letzten Personalversammlung ausgereicht, um ab Januar 92 auch die bisher verweigerten Zuschläge zu bekommen.
- Es gibt Zugeständnisse bei der immer beklagten mangelnden Mitsprache bei der Betenbelegung, beim Umbau (zusätzliche Gremien werden eingerichtet, wo dann Pflegedienstleitung, Stationsschwestern mit Vertretern der Verwaltung am Tisch sitzen).
- Die Weiter- und Fortbildungspalette wird bis hin zu akademischen Möglichkeiten ausgeweitet.

Andererseits wird versucht eine Hierachisierung durchzuziehen, die ArbeiterInnen in besser bezahlte, besser qualifizierte, studierte, usw. spaltet. All das kann an der Forderung nach »besserer Pflege«, der »Aufwertung des Berufsbildes« anknüpfen. Da tun sich jetzt neue Fronten auf: viele ArbeiterInnen, die vor drei Jahren noch über »bessere Pflege« und das »Berufsbild« diskutiert haben, kümmern sich inzwischen einen Dreck um diese Diskussion, thematisieren das nicht mehr. Entweder Sie sind raus aus dem Job, arbeiten Teilzeit oder suchen sich Stationen, wo Leute arbeiten, die »genauso drauf sind«. Andere sehen in der weiteren Qualifizierung eine Möglichkeit, ihre Situation zu verbessern, mit diesem Job »doch noch was anzufangen«. Schon jetzt gibt es auf den Stationen Diskussionen darüber, wie das werden wird, wenn die »besser qualifizierten« auftauchen. Die Diskussion um »bessere Pflege« wird dann nicht mehr nur als schwer greifbare und widersprüchliche Mystifizierung des Jobs auftauchen, sondern als praktischer Widerspruch zwischen denen, die die Arbeit machen sollen, und denen, die sie uns aufdrücken.

Die Auslagerung vieler Tätigkeiten hat außerdem zur Folge, daß es im Krankenhaus immer mehr ArbeiterInnen mit unterschiedlichen Ausbeutungssituationen gibt. Für die Krankenschwestern scheint es erst mal angenehm zu sein, gerade mit Putz- und Verwaltungsarbeiten nichts mehr zu tun zu haben. Die Entwicklung der modernen »weißen Fabrik« in der BRD räumt den PflegerInnen Spielräume ein, eine erneute Mobilisierung wird momentan kaum diskutiert (siehe das Interview aus Köln).

Möglich wurden diese Spielräume u.a. auch durch die Abwerbung bzw. die Abwanderung von Pflegepersonal aus der Ex-DDR. Zugleich konnte der Staat damit die Situation im Osten entschärfen und die Spaltung der Klasse aufrechterhalten. In der Ex-DDR gab es 1991 Streiks an vielen Krankenhäusern. Der miese Lohn, nur 60% des Westlohnes, die schlechten Arbeitsbedingungen, der Personalmangel und die Umstrukturierung waren da meist der Auslöser. In den Ostberliner Krankenhäusern Charité und Friedrichshain gab es im Juli '91 befristete Streiks von über 600 ArbeiterInnen. Sie griffen den miesen Deal der ÖTV an, deren Tarifvertrag eine volle Anerkennung der Dienstjahre verwehrte und eine »Lohnanpassung bis 1994« versprach. »100 % Westlohn sofort« war die Forderung, und die volle Anrechnung der Dienstjahre. Die Dynamik, die diese Forderung auf die Kämpfe der ArbeiterInnen in der EX-DDR hätte haben können, wurde dann durch Stasi-Geschichten und »Aufdeckung von Transplantationsgeschäften« erstickt. Diese Kämpfe waren hier in den Kliniken kaum Thema. Es war sogar eher möglich über die Entwicklung in Frankreich zu diskutieren. Da gab es eine »gemeinsame Kampfgeschichte«, während die Ausbeutungssituation im Osten weit weg ist und die öffentliche Diskussion um die Entwicklung in der EX-DDR die dortigen Arbeitskämpfe hinter ganz anderen Themen versteckt.

1 Siehe Wildcat 44, 45, 46, 47 und 48.

Interview mit einer Krankenschwester

über die unterschiedlichen Bedingungen auf einer »alten« Station und in einer »modernen« weißen Fabrik.

Ich arbeite bei den Kölner Unikliniken und bin seit kurzem im Bettenhaus. Das ist ein Hochhaus, auf 14 Etagen sind jeweils 4 Stationen. Vorher war ich auf einer anderen Station, ein extra Gebäude auf demselben Gelände, wo alles noch altertümlich organisiert ist. Wir waren dort für viele Laufarbeiten zuständig, mußten z.B. Akten holen und wegbringen, Röntgenbilder besorgen, teilweise Patienten zur Untersuchung bringen. Wir mußten sämtliche Materialien bestellen, vom Schreibpapier, Bleistift bis zu Kanülen, Verbandsmaterial usw. Und das alles auch wieder in Schränke packen und umpacken, wenn es gebraucht wurde. Das hieß, sich pro Woche einmal den ganzen Nachmittag Zeit nehmen und alle Schränke kontrollieren, was fehlt, Nachbestellungen machen. Dafür gab es tausende von Zetteln, und manche Sachen standen auf keiner Liste. Dann mußtest du raten, wo du das dazuschreiben kannst. Wenn du Pech hattest, warst du fünfmal damit beschäftigt, die gleiche Sache zu bestellen. Das war ziemlich nervig, und damit verbunden war das Durch-die-Gegend-Laufen, um Sachen auszuleihen, die ausgegangen sind.

Wieviele Krankenschwestern wart ihr auf der Station?
Wir haben 24 Betten gehabt und 11 Planstellen, von denen aber nie alle besetzt waren. Als wir im Sommer gesagt hatten, so arbeiten wir nicht mehr, ist zwar immer gesagt worden, wie haben keine Leute und wissen nicht, wo wir die herkriegen sollen. Aber als ich aus dem Urlaub zurückkam, waren auf einmal drei Stellen mehr besetzt. Das hat schon was bewirkt, daß wir Briefe an die Pflegedienstleitung geschickt haben, diese Überlastungsanzeigen ...

Was waren deine Gründe, dich von der Station weg zum Bettenhaus zu bewerben?
Das war einmal der Krach im Sommer. Da hatten viele von den Ärzten gesagt, sie würden die Station trotzdem weiter belegen. Wenn wir zu zweit nicht die Arbeit schaffen, die eigentlich vier Leute machen, dann seien wir einfach zu doof. Nach dem dritten Treffen mit Ärzten und Pflegedienstleitung, wo wieder nichts bei rausgekommen war, haben drei Frauen gesagt, 'hier bleibe ich nicht'. Wir vier sind dann auch nacheinander gegangen. Das ist was schief gelaufen, weil wir uns überlegt hatten, daß wir alle gleichzeitig gehen, damit klar wird: Das ist kein Zufall.
Ich wollte auch weg von der Station, weil du da doch ziemlich isoliert bist. Von dem, was im Bettenhaus passiert, und wie die Stimmung da ist, kriegst du gar nichts mit. B. hatte bei dem Krach im Sommer sofort die Idee, wir sollten mal Flugblätter im Bettenhaus verteilen, damit die das auch mitkriegen. Dazu ist es leider nicht mehr gekommen.

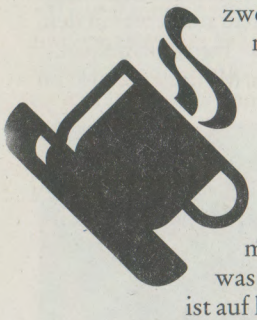
Du hast dir vom Wechsel ins Bettenhaus versprochen, mehr Kontakt zu bekommen ... hat das geklappt?
Es ist auch da nicht so einfach, weil alles so geregelt ist. Es gibt Leute, die Blut holen und wegbringen, EKG, Röntgen usw., für jede Arbeit ist jemand zuständig. Nur Leute in den OP bringen und wieder abholen müssen wir selbst. Wenn mal Medikamente ausgegangen sind, ist das eine Möglichkeit, auf ne andere Station zu gehen. Aber das kommt selten vor. Im Großen und Ganzen hast du höchstens Kontakt zu den Leuten, die auf der gleichen Etage arbeiten. Früher, als Schülerin, waren die Rundgänge für uns die beliebtesten Jobs, weil du da von der Station wegkamst.

Für welche Arbeiten, die ihr in der alten Station selber machen mußtet, gibt es im Bettenhaus andere Leute?
Zum Beispiel für die ganze Materialbeschaffung: In jedem Zimmer sind Schränke, die du vom Flur und vom Zimmer aus aufmachen kannst. In der Schranktür hängt ein Zettel, auf dem genau steht, was in dem Schrank drin sein muß - Infusionsbestecke, Kompressen, Kanülen, Mülltüten ... also im

Prinzip alles, was du irgendwann mal brauchen könntest. Und dann gehen mehrmals am Tag Leute von der Zentralversorgung mit einem großen Wagen über die Stationen. Die nehmen Sachen mit, die schmutzig oder voll sind, und füllen das auf, was fehlt. Wir müssen nicht mehr aus dem Zimmer rauslaufen, einen langen Flur entlang und irgendwas holen oder suchen gehen. Das ist ein ziemlich großer Unterschied.

Was ist mit Terminen, die mit den Funktionsbereichen gemacht werden müssen?
Das macht die Sekretärin vorne. Auf jeder Etage gibt es für die vier Stationen eine Sekretärin. Die macht auch ziemlich viele Schreibarbeiten, füllt z.B. die Zettel für die Pathologie aus, für die Blutbank, usw. Das hält sonst immer ziemlich auf. Die macht auch die Kurven fertig und die ganzen Anmeldescheine. Wir müssen das nur noch bei Notaufnahmen am Wochenende machen, wenn die Sekretärin nicht da ist.

Führt denn die Entlastung von den »nicht-pflegerischen« Tätigkeiten dazu, daß sich jetzt alle auf die »gute Pflege« konzentrieren?
Also es ist nicht so, daß sich die Krankenschwestern um den armen kranken Patienten scharen in ihrer Freizeit ...
Arbeitszeit! ...
... in ihrer freien Arbeitszeit. Nee, das ist wie überall, jeder ist froh, wenn er nicht arbeiten muß. Wir sitzen dann ziemlich viel rum. Es ist halt weniger hektisch und wir gehen z.B. im Spätdienst zweimal durch die Zimmer. Du hast mehr Zeit und da bleibst du schon ein bißchen länger im Zimmer drin, und so ergibt es sich schon mal, daß man mit dem Patienten etwas länger redet. Aber es ist auf keinen Fall so, daß du



ix zu tun hast und deswegen denkst, ich önnte ja mal zum Herrn soundso gehen. as macht niemand.
auf diese zwei Durchgänge durch die Paenzimmer ist da auch im Spätdienst groß was zu tun. Es wird ziemlich viel rieben im Unterschied zu der alten Sta- Die machen eine ziemlich genaue Pfleng und -dokumentation. Aber das nach Schema F. Es gibt diese fertin und du mußt nur abhaken, wann macht hast.
ehr kontrolliert durch das Pflentationssystem. Auf meiner Sta- die anderen auch sehr darauf, rdneten Sachen gemacht wer- d aber auch deshalb eher gemacht, weil du mehr Zeit hast. Wenn du im Kopf hast, du mußt noch Urinflaschen sauber machen und irgendwelche Pöttchen spülen und Zellstoff schneiden und so'n Scheißdreck, der mit den Patienten nicht viel zu tun hat, dann nimmst du dir für so Sachen auch weniger Zeit.

Wie empfindest du die Situation für Euch im Bettenhaus?
Für mich ist es erstmal eine Erleichterung. Die alte Station hatte den Vorteil, daß du alles unbeobachtet machen kannst, wie es dir in den Kram paßt. Da haben auch mehr ältere Schwestern gearbeitet. Bei denen gibt es vielleicht eher noch die Sehnsucht nach einem kleinen gemütlichen Krankenhaus. Bei den jüngeren ist das nicht mehr so. Oder Klatsch und Tratsch - das war da großgeschrieben. Da wußte man immer, welcher Chefarzt mit wem gerade ... furchtbar interessante Geschichten. Das kriegst du im Bettenhaus gar nicht mit. Da wird auch nicht so rumgetratscht. Etwa wie der Unterschied zwischen Dorf und Großstadt... Der Nachteil ist, daß du jetzt nichts mehr mitnehmen kannst. Selbst das Frühstück müssen wir selber einkaufen, weil alles schon fertig auf die Station kommt.

Wie ist denn euer Verhältnis zu dem übrigen Personal?
Das Verhältnis zu den Ärzten ist hier streßfreier. Z.B. ist klar, daß wir kein Blut abnehmen, da muß ich mich mit niemandem drüber streiten, und wenn der Arzt keine Lust hat, dann bleibt das Röhrchen halt stehen. Bettenüberbelegung gibt es auch nicht mehr. Wir haben zwanzig Betten auf der Station und mehr Betten sind nicht da. Die Ärzte sind hier stärker der ganzen Organisation unterworfen und haben sich daran zu halten. Da läuft es nicht so, daß Ärzte gegen Krankenschwestern stehen, weil jemand zusätzlich aufgenommen werden soll. Auf der anderen Station war uns das gleich als Unmenschlichkeit ausgelegt worden, wenn wir uns geweigert haben. Im Bettenhaus läuft das auf einer anderen Ebene ab: das sind die Gegebenheiten und damit müssen wir umgehen. Ich bin da nicht schuldig, wenn jemand nicht aufgenommen werden kann. Und diesen Gegebenheiten fügen sich auch die Ärzte, ohne großartig zu murren.

Zu den Leuten, die die übrigen Arbeiten wie Transport oder Einräumen machen, haben wir kaum Kontakt. Ich bin aber auch noch nicht so lange da. Insgesamt ist es im Bettenhaus eher ein technisierter Ablauf, das hat ne Struktur von Fließbandarbeit, wo Arbeitsschritte nicht hintereinander sondern nebeneinander laufen. Es ist alles sehr aufgeteilt. Es gibt nicht mehr eine Person, die für alles zuständig ist. Aber ich empfinde das bis jetzt als eine Entlastung, und nicht als störend.

Als der Konflikt auf der HNO anfing, hattest du ja gewisse Hoffnungen, daraus könnte sich was entwickeln. Woran lag es, daß das dann ziemlich schnell verebbt ist?
Das hat stark an unserer isolierten Situation gelegen. Der Konflikt konnte sich nicht ausweiten. Die anderen Stationen in dem Haus wußten schon Bescheid, aber das blieb unsere Sache. Ich denke, im Bettenhaus würden sowas recht schnell mehr Leute mitkriegen. Wie sich das dann weiterverbreiten würde, kann ich nicht einschätzen, weil die Etagen doch ziemlich abgeschottet sind. Auch hier im Bettenhaus wird oft gesagt, wir müßten mindestens 500 Mark mehr kriegen. Das wird damit begründet, daß alles teurer wird, wir brauchen einfach mehr Geld. So'n bißchen berufen sie sich natürlich auch auf die Qualifikation und die besondere Arbeit, so Sprüche: 'Was wir hier machen, würd ja eh kein anderer machen! Bald macht es gar keiner mehr!' Ich glaube aber, daß die Forderung nach einer besseren Pflege in der Bewegung immer eine Art Schutzbehauptung gewesen ist, um die eigenen Forderungen zu legitimieren, um zu sagen, wir wollen nicht einfach so mehr Geld, sondern aus gutem Grund. Die alten Argumente von WWU1, das war ja immer die Arbeitsüberlastung, und daß wir soviel Sachen machen müssen, die gar nicht dazu gehören, daß wir lieber Pflege machen wollen. Das können wir hier nicht mehr sagen. Heute ist das eher auf der Ebene, daß Arbeit immer blöd ist. Ob du da sitzt und Kaffee trinkst oder ob du dir die Hacken abrennst - du mußt halt da sein.

Ich weiß nicht, ob die, die mehr Geld fordern, auch wirklich was dafür machen würden. Du kommst ja auch in Bedrängnis, wenn du dich immer auf der Ebene bewegt hast, mit der Arbeitsüberlastung zu argumentieren und daran die Forderung nach mehr Geld festgemacht hast. Aber daß die hingehen und sagen, sie brauchen einfach aufgrund der Gegebenheiten mehr Geld, weil alles andere teurer geworden ist und wir unseren Lebensstandard halten bzw. erhöhen wollen, das ist schwierig, das machen die wenigstens.

1 *WWU - Wir Wehren Uns, war ein von der Gewerkschaft unabhängiger Zusammenschluß von Krankenschwestern und Pflegern in Köln, der Ende 1988 aus einer Veranstaltung zu den Streiks der Krankenschwestern in Frankreich hervorging und bis zum Tarifabschluß der ÖTV im Sommer 89 ein Bezugspunkt für die Mobilisierung an den Krankenhäusern war.*

Luftverkehr(t)überwachung!

Der Streik der Elektroniker in Frankreich

1100 Elektroniker haben die Aufgabe, für das Funktionieren des Radars, der Computer, des Funks und der Bildschirme in den Luftverkehrkontrollzentren zu sorgen. Sie sind Beamte und unterstehen dem Transportministerium. Sie arbeiten in fünf regionalen Zentren (Athis Mons (das Wichtigste), Reims, Aix-en-Provence, Bordeaux und Brest) und kümmern sich nur um den zivilen Luftverkehr. Der militärische Luftverkehr ist völlig getrennt, hat eigene spezielle Luftraumkontrollzentren und untersteht dem Verteidigungsministerium. Nach den Arbeitsregeln in den zivilen Luftraumkontrollzentren müssen die Gewerkschaften einen Streik drei Tage vorher ankündigen und für einen Grunddienst sorgen, um einen Teil des Luftverkehrs aufrechterhalten zu können. Während ein Streik der Fluglotsen den Luftverkehr ernsthaft stören kann, bleibt derjenige der Elektroniker, die für die Wartung zuständig sind, praktisch ohne Konsequenzen. Für den Fall, daß ein Steuerpult ausfällt, ist eingeplant, daß alle eingehenden Informationen automatisch an ein anderes funktionierendes Steuerpult weitergeleitet werden. In einem Zentrum wie Athis Mons, wo normalerweise 20 Steuerpulte im Einsatz sind, bleibt ein Streik der Elektroniker praktisch unbemerkt, weil es sich auch um Anlagen handelt, die besonders betriebssicher sind und selten ausfallen.

Das ist auch der Grund, warum bei der Ankündigung eines Streiks durch zwei Gewerkschaften der Elektroniker (USA-CGT und SAPAC-Unabhängige) selbst von den Luftfahrtgesellschaften praktisch nicht in Betracht gezogen wird, daß er irgendeine ernsthafte Störung des Luftverkehrs verursachen könnte, selbst wenn der für Freitag, den 8.November angekündigte Streik sich um einige Tage verlängern sollte und dabei ein Wochenende mit viel Luftverkehr tangieren könnte.

Auch wenn der Streik an sich keine Überraschung war, so waren doch alle von der Art und Weise, wie er geführt wurde und den Konsequenzen überrascht: am Morgen des 8.November, als die Fluglotsen um 7 Uhr ihre Arbeit im Zentrum von Athis Mons aufnahmen, entdeckten sie, daß 14 der 20 Steuerpulte außer Betrieb waren. Die gleiche Situation in den anderen Zentren: in Brest waren es sieben von zehn. Die drei Elektroniker, die in Athis Mons den »obligatorischen Grunddienst« verrichteten und dazu dienstverpflichtet sind, die Pannen unverzüglich zu beheben, erklärten, daß diese Pannen »völlig außergewöhnlich seien und in Kürze nicht zu reparieren wären«. Da das Zentrum von Athis Mons für die zwei großen Flughäfen von Paris, Orly und Charles de Gaulle zuständig ist, hatten die Fluggesellschaften keine andere Wahl als den größten Teil der Starts und die gesamten Landungen ausfallen zu lassen. Auf allen Flughäfen Frankreichs herrschte das totale Chaos, diejenigen inbegriffen, die von Zentren geleitet werden, bei denen der Betrieb »normal« lief.

Die Vorgesetzten reagierten zweischneidig. Zuerst versuchten sie die Auswirkungen des Streiks einzuschränken, in dem sie den gesamten Militärverkehr über Frankreich stoppten und die militärischen Kontrollzentren dazu benutzten, die Streikbrecher für den In- und Auslandsflug zu spielen. Das dies aber nicht so ohne weiteres möglich ist, zeigt das letzte Mal, als zu einer derartigen Maßnahme gegriffen worden war. Dabei war es zu schwerwiegenden Fehlern gekommen, die eine tödliche Flugzeugkatastrophe in der Nähe von Nantes provoziert hatten. Die zweite Reaktion war, die Elektroniker der Sabotage zu beschuldigen und eine Untersuchung einzuleiten, die die »Schuldigen« dieser Aktionen, »die die normalen Spielregeln des Streikrechts überschreiten«, ermitteln sollte, wie sich der sozialistische Transportminister ausdrückte. Er konnte in diesem Fall aber nicht einmal das übliche Argument, daß die »Sicherheit gefährdet sei« benutzen, weil das Ziel des Streiks ja genau war, den gesamten Luftverkehr lahmzulegen und somit eine größere Sicherheit herzustellen. Die Regierung trug selbst die Verantwortung für die Benutzung von weniger sicheren Kontrollmitteln als den Üblichen.

Obwohl der Streik von Gewerkschaften mitgetragen wurde, war es ein wilder Streik. Im Juli hatten die Gewerkschaften ein Abkommen unterzeichnet, welches vorgab, »die Probleme der Elektroniker zu regeln«. Die zwei in den Streik mit hineingezogenen Gewerkschaften hatten sich geweigert, dieses Abkommen mit zu unterzeichnen und hielten an den nicht erfüllten Forderungen fest: die sofortige Einstellung von 120 Elektronikern und gleiche Löhne wie die Fluglotsen (was eine Lohnerhöhung von 500 Francs zusätzlich zu einem Monatslohn von 23000 Francs bedeutete).

Am Freitag abend waren 12 der 20 Steuerpulte in Athis Mons repariert, aber der gesamte Flugverkehr blieb die folgenden drei Tage, die der Streik andauerte, erheblich gestört. Nach anfänglichen Untersuchungen und Drohungen, die lautstark von der Presse untermalt wurden, wurde vom Transportminister zuguterletzt alles begraben: selbst bei den harmlosesten Sanktionen bestand die Gefahr einer heftigen Gegenwehr, weniger von den Elektronikern als von den Fluglotsen.

Was unterstrichen werden muß, ist die Verwundbarkeit der modernen Produktionssysteme und die Art und Weise, wie sehr wenige »Spezialisten« ihre Position in diesem System nutzen können. In der Vergangenheit hatten vergleichbare Fälle bspw. die Macht der Wartungsmechaniker bei der Metro gezeigt. Darüber hinaus lassen sich Vergleiche mit Kämpfen anstellen, wo die ArbeiterInnen ihren Platz in der modernen Organisation der Produktion dazu nutzen, nicht nur die Produktion in einer Fabrik lahmzulegen, sondern sie auch die Möglichkeit haben andere Fabriken in ihren Kampf mit einzubeziehen: der Streik in den Renault-Werken von Cléon; die Besetzung eines Umspannwerks, die eine BULL-Fabrik im Osten Frankreichs versorgt; die Besetzung eines automatisierten Versandhauses für Waren auf Bestellung etc. All das ist nicht neu, aber es ist immer offensichtlicher, daß die neuen Produktionsformen die Produktion nicht unverwundbarer machen können. Sie bemühen sich, »Lösungen« für dieses zentrale Problem zu finden, ArbeiterInnen zu haben, die genauso »betriebssicher« sind wie Maschinen. Diese Situation ist der Grund für alle Bemühungen, die Beschäftigten zu »engagierten« und »kooperativen« Helfern in Unternehmensfragen zu machen. Aber auf dieser Ebene gibt es keine Wundermittel, sondern nur einen Berg von Widersprüchen: Umstrukturierung und Partizipation zusammen bergen in sich eine noch größere Verwundbarkeit, weil sie den grundlegenden Widerspruch der Ausbeutung nicht aufheben, die in den Formen, in denen man sie unsichtbar machen wollte, sogar wieder deutlicher zum Vorschein tritt.

Kollektiv der Turiner BankarbeiterInnen

Bank – Untersuchung

Interview mit einem italienischen Bankarbeiter, Januar 1992

Das italienische Bankensystem steht mitten in einem großen Konzentrationsprozeß. Es gibt bisher nicht solche Großbanken wie in Frankreich, Deutschland und England mit drei bis vier martkführenden Banken. Skandale und Pleiten haben in den 80er Jahren in Italien schon viele Banken ausgelöscht. Das Legge Amato *legte dann 1988 die Grundlage, die öffentlichen Banken in AGs zu verwandeln. Einerseits will der italienische Staat damit sein großes Defizit sanieren, andererseits werden dadurch den BankarbeiterInnen große Teile ihrer Garantien und Sozialleistungen weggenommen (sie könnten entlassen oder in Kurzarbeit geschickt werden; die automatische Beförderung nach Dienstjahren wird gekappt, die Arbeitskraft insgesamt wird stärker hierarchisiert, der Lohn durch Prämiensysteme an individuelle Leistung gekoppelt usw.). Bei diesem Prozeß entstehen zur Zeit eine Handvoll Großbanken, die auch im »vereinten Europa« überlebensfähig sein werden. Eine dieser Großbanken (nach bestimmten Kriterien inzwischen sogar die erste) ist die* San Paolo di Torino, *eine frühere Regionalbank, die in den letzten zwanzig Jahren zur nationalen Bedeutung heranwuchs und inzwischen beispielsweise auch Vertretungen in Frankfurt und Berlin hat. In dieser Bank arbeitet seit einigen Jahren ein autonomes Kollektiv von BankarbeiterInnen, die bereits in der Wildcat 50 über die Umstrukturierung der Bank und die Kämpfe dagegen berichtet haben. Dieses Kollektiv hat in den letzten 3 Jahren zusammen mit zwei anderen Gruppen eine ausgedehnte Untersuchung in ihrer Bank organisiert, deren Ergebnisse sie Ende 91 in einem Buch veröffentlicht haben (*Inchiesta sui lavoratori dell'istituto Bancario San Paolo - *Untersuchung über die Bankarbeiter bei San Paolo). Mit einem Genossen vom* Kollektiv der Turiner BankarbeiterInnen *haben wir Anfang Januar dazu folgendes Interview gemacht.*

●●●

Wie seid Ihr auf die Idee gekommen, diese Untersuchung zu machen?
Die Initiative dazu begann im Herbst 1988. Es gab eine Debatte über die Wiederaufnahme der »Untersuchung« in der Turiner Region. Bei einer Veranstaltung hielt Revelli ein Referat, in dem er das Konzept der Untersuchung von Marx bis zu den Quaderni Rossi und bis zur Arbeiteruntersuchung in den 60er und 70er Jahren in Italien darstellte. Diese Debatte überzeugte die anwesenden GenossInnen von der Notwendigkeit und der Nützlichkeit einer solchen Arbeit. Wir sahen die Möglichkeit, sie in unserem Bereich durchzuführen; andere, anwesende Genossen begannen gleichzeitig mit uns dieselbe Arbeit bei FIAT [siehe letzte Wildcat, Lavoro vivo]. In der Bank, in der wir arbeiten, gab es damals drei Kollektive von GenossInnen, die praktisch keinerlei gemeinsamen Bezugspunkt hatten und sich kaum kannten. Formell begann die Initiative mit einem Brief, den wir an die anderen beiden Kollektive schrieben und in dem wir sie einluden, Vorschläge zu unterbreiten und die Initiative auf diesem Gebiet zu beginnen. Nach mehreren Treffen hatten wir einen Diskussionsentwurf zum Fragebogen erarbeitet; wir teilten uns in fünf Arbeitskommissionen auf und jede dieser Kommissionen bereitete einige Kapitel der Fragen vor. Zunächst stellten wir so 150 Fragen zusammen, die haben wir dann so weit wie möglich verkürzt und vereinfacht, und so kam es schließlich zu dem Fragebogen mit 100 Fragen.

Bei San Paolo arbeiten in Italien über 13 000 Leute. Wie habt ihr den Umfang Eurer Untersuchung bestimmt?
Wir hielten es nicht für möglich, eine »wissenschaftliche« Auswahl zu treffen. Deshalb entschieden wir uns, den Fragebogen so breit wie möglich zu verteilen, um so viel wie möglich Leute zu erreichen. Wir haben also so viel wie möglich GenossInnen an der Arbeit beteiligt und so viel wie möglich Filialen und Arbeitsplätze abgedeckt (über 100 in ganz Italien).

Bei euch in der Bank gab es ja bis vor kurzem die »garantierte Karriere« bis zum Büroleiter, seit einigen Jahren wurde oberhalb des Büroleiters die Stufe der »Kader« eingeführt, die nur durch Beförderung erreicht werden kann. Ihr habt trotz anfänglicher Bedenken auch diese in die Untersuchung eingeschlossen?
Ja, wir wollten mit der Untersuchung alle Lohnabhängigen erreichen, ausgeschlossen haben wir nur die Funktionäre und die leitenden Angestellten.

Ihr habt 2400 Fragebögen verteilt und mehr als 1500 ausgefüllt zurückgekriegt. Das sind über 30% der Beschäftigten in der Provinz Turin und immer noch über 15% in ganz Italien. Wie ist es euch gelungen, so viele Leute zu überzeugen, den Fragebogen auszufüllen und so viele Leute zu überzeugen, daß sie sich aktiv an der Arbeit des Verteilens und Einsammelns beteiligen? Lief dabei viel über gewerkschaftliche Kanäle? Gab es somit nicht die Gefahr, daß die Leute das für eine gewerkschaftliche Initiative hielten?
In unserem Kollektiv sind keine gewerkschaftlichen Vertreter, einige sind noch nicht einmal Mitglied in einer Gewerkschaft. Deshalb hatte da, wo wir präsent sind, auch kein Gewerkschaftler etwas mit dieser Sache zu tun. Aber natürlich war klar, daß wir uns auf die gewerkschaftlichen Strukturen wie Abteilungsdelegierte usw. stützen mußten. Gleichzeitig hatte die Gewerkschaft keinerlei Absicht, uns zu helfen. Deshalb haben wir uns an die einzelnen Genossen gewandt und versucht, zu ihnen direkte Kontakte zu kriegen ohne Umwege über Vermittlungsinstanzen. Wir haben die Leute meistens direkt an ihrem Arbeitsplatz angerufen und damit ein günstiges Klima für die Initiative zu schaffen versucht. Dann haben wir die Fragebogen mit der normalen Post auf unsere Kosten verschickt.

Und diese Genossen haben dann die Fragebögen in ihren Abteilungen verteilt?
Genau! Viele Gewerkschaftsdelegierte und andere uns bekannte Genossen, die keine gewerkschaftliche Funktion haben, ver-

teilten den Fragebogen an alle Leute, die bereit waren, ihn auszufüllen. Natürlich ist das bereits eine gewisse Auslese, weil die Leute, die dem ganzen wohlwollender gegenüberstanden, den Fragebogen ausfüllten und die anderen nicht. Aber im großen und ganzen sind keine besonders verzerrten Ergebnisse rausgekommen.

Das stimmt, nach allen möglichen Kategorien habt ihr in etwa die/den durchschnittliche/n BankarbeiterIn erreicht: in der Bank arbeiten 41% Frauen, 44,% der ausgefüllten Fragebogen waren von Frauen; etwa 60% sind in der Gewerkschaft organisiert, 66% der ausgefüllten Fragebögen waren von Gewerkschaftsmitgliedern. Das sind also sehr geringe Verzerrungen; am überraschendsten fand ich, daß sogar die hierarchischen Abstufungen sehr genau repräsentiert waren!

Ich denke, es gab insgesamt kein großes Mißtrauen gegenüber der Sache, und deswegen stellen die Ergebnisse recht gut den normalen, allerdings sehr heterogen zusammengesetzten Lohnabhängigen, den Durchschnitt dieser beruflichen Kategorie dar.

– Methode

Allerdings hattet ihr einige Schwierigkeiten, die befristet Beschäftigten und die Hilfskräfte zu erreichen ...

Befristet Beschäftigte gibt es nur wenige, die werden für ein Jahr eingestellt als Ersatz für Leute, die Militärdienst ableisten oder Mutterschaftsurlaub haben. Im ganzen Unternehmen gibt es vielleicht 100 Zeitverträge, aber die allerwenigsten von ihnen haben wir mit dem Fragebogen erreicht, es gibt eine objektive Schwierigkeit, mit ihnen in Beziehung zu kommen. Zeitverträge wurden erst vor ein paar Jahren eingeführt.

Die Hilfskräfte sind eine etwas seltsame Kategorie, denn hier fallen sowohl die drunter, die die Putzarbeiten machen als auch die Wächter im Innern der Bank. Von all diesen haben wir glaube ich nur sieben ausgefüllte Fragebögen zurückgekriegt.

Bei Fragebögen, die ausgefüllt werden sollen, kann man ja nur sogenannte »geschlossene Fragen« stellen, um die Antworten auswerten zu können. Das ist der große Schwachpunkt dieser Methode. Auch in eurem Fragebogen hast du nur die Möglichkeit, zwischen »ja«, »wenig« und »nein« zu wählen, es gibt kaum Möglichkeiten, die Fragen zu »korrigieren«, zu sagen, damit bin ich nicht einverstanden, ich sehe das so und so ...

Ja, in der Tat war das ein Fehler, den wir auch selbst bemerkt haben, und tatsächlich haben es viele Leute benutzt, wenn wir einen kleinen Spalt für persönliche Kommentare, freie Interpreationen usw. gelassen haben. Einige Leute haben uns auf der letzten Seite sogar einen kleinen Brief geschrieben und auf den zu rigiden Zuschnitt der Fragen hingewiesen.

Warum habt ihr dann keine anderen Formen von Untersuchung in eure Überlegungen einbezogen? Habt ihr nicht daran gedacht, zum Beispiel Interviews zu machen?

Wir als Kollektiv zum Beispiel hatten geglaubt, im Höchstfall eine Reihe von Interviews machen zu können, eventuell mit einem vorgefertigten (Frage-)Schema mit vier, fünf Fragen, und eben hauptsächlich die Leute zum Reden zu bringen. Aber als wir dann zu Beginn der Initiative etwa 20 Leute waren, schien uns das schwierig, denn das ist eine Methode, die du ernsthaft mit drei oder vier Personen anwenden kannst. Aber wenn du so viele bist, wird eine solche Arbeit zu fragmentarisch. Deshalb haben wir das Instrument des Fragebogens bevorzugt.

Im großen und ganzen macht das Buch den Eindruck, daß ihr mit dem Fragebogen zufrieden und auch viel Glück hattet. Es gab anscheinend keinen bewußten Entschluß »machen wir es jetzt«, aber trotzdem kam der Fragebogen gerade zur rechten Zeit ...

Ja und nein. Wir hatten im Herbst 88 angefangen; den Fragebogen haben wir nach dem Sommer 89 verteilt. Zu diesem Zeitpunkt war der nationale Tarifvertrag gerade ausgelaufen und mehrere Fragen im Fragebogen berührten direkt die Tarifverhandlungen: eine zum Beispiel betraf die Rigidität der Arbeitszeit, Flexibilität usw. Wir wollten es auch schnell machen, um rechtzeitig die Daten zu haben, um gegen das Manöver von Unternehmen und Gewerkschaft bestehen zu können. Zum Teil ist uns das gelungen, weil wir die ersten rohen Daten schon in der Phase hatten, als die Tarifforderungen beschlossen wurden, so konnten wir in den Versammlungen diese Daten direkt für einen politischen Eingriff benutzen. Es ist uns allerdings nicht gelungen, über Flugis hinaus schriftliches Material zu produzieren. Und das Buch kommt jetzt zu spät heraus, um auf irgend eine Art den Verlauf der Tarifverhandlungen zu beeinflussen.

Ihr habt ein Jahr lang diskutiert, dann habt ihr den Fragebogen verteilt, nach zwei bis drei Monaten wart ihr sehr schnell in der Lage, mit den »rohen Daten« politisch einzugreifen .... Aber was habt ihr dann gemacht? Das Buch ist erst Ende 91 erschienen...

Wir haben mindestens sechs Monate an der Ausarbeitung der Daten gesessen, stell Dir vor: 1500 Fragebögen mal 100 Antworten: wir mußten 150 000 Antworten bearbeiten. Wir hatten zwar ein spezielles EDV-Programm dafür, das Genossen im Rechenzentrum während ihrer Arbeitszeit geschrieben hatten, aber das war eine Heidenarbeit. Daraus haben wir dann einen ersten Entwurf hergestellt und an alle verschickt, die sich am Einsammeln der Fragebögen beteiligt hatten. Aber erst jetzt haben wir es geschafft, das Buch herauszubringen. Neben anderen Fehlern hatte die Untersuchung auch diesen: sie hat in einem einzigen aktiven Moment 1500 ArbeiterInnen eingeschlossen (als sie den Fragebogen ausgefüllt haben), und nur in einem zweiten, passiven Moment noch einmal (dem Verkauf des Buchs). Es gab keine politische Aktivierung auf der Basis der gesammelten Daten.

Aber dennoch hatte Eure Untersuchung ja bereits jetzt einige Auswirkungen. Und Euer Beispiel hat inzwischen sogar ein zweites Bankarbeiter-Kollektiv in Turin dazu angeregt, an ihrer eigenen Bank eine ähnliche Untersuchung durchzuführen. Kannst Du vielleicht eine praktische Auswirkung kurz erzählen?

Zu einem ersten Resultat dieser Untersuchung kam es, als das Unternehmen im März 1991 im Austausch für mehr Zulagen die Schalteröffnungszeiten verlängern wollte, die Leute hätten dafür eine halbe Stunde täglich länger arbeiten sollen. Wir machten daraufhin Flugblätter, in denen Untersuchungsergebnisse als Beleg dafür angeführt wurden, daß die Leute dagegen waren und die Gewerkschaft es also ablehnen sollte. In einer Abstimmung haben sich dann 60% der Leute dagegen ausgesprochen. Das war ein wichtiger politischer Sieg auf heiklem Terrain: wir konnten die Aufrechnung »Flexibilität gegen mehr Geld« stoppen. Der Firma hat das sehr gestunken, denn für ihre Strategie der verlängerten Schalterzeiten war

das ein zentraler Punkt (im nationalen Tarifvertrag hatten sie das Recht auf einen langen Donnerstag wie bei euch in Deutschland erworben). Wenn die Arbeiter dem Vorschlag zugestimmt hätten, wäre donnerstags Schichtarbeit eingeführt und die Schalter bis 6 Uhr abends offengehalten worden.

Wenn man das Buch liest, merkt man, daß (fast?) alle politisch Aktiven Büroleiter oder Bürovizeleiter sind - während es unter den Jungen, den Hilfskräften und in bestimmten anderen Situationen so gut wie keine GenossInnen gibt. Ist es euch mit der Untersuchung gelungen, diese Grenzen zu durchbrechen, setzt sich dieses Bild neu zusammen?

Was das betrifft, stehen wir vor recht großen Schwierigkeiten. Die Leute, die am stärksten gewerkschaftlich organisiert sind und die sich am meisten über die Bank und die Arbeit aufregen, sind die aus den mittleren Ebenen: Büroleiter und Bürovizeleiter zwischen 30 und 40 bzw. zwischen 25 und 35 Jahre alt. Sie haben nicht die Qualifikationen für eine »berufliche Karriere«, die sich auf Verdienste und Identifikation mit dem Unternehmen gründet. Gleichzeitig werden sie von der Politik der Gewerkschaft am stärksten getroffen, die immer stärker Lohnerhöhungen entsprechend der Verdienste und der Qualifikation favorisiert. Deshalb sind diese Schichten der eigentliche Knochenbau des Widerstandes und der Opposition in den Banken. Die Jungen hoffen noch auf eine Karriere, das heißt, sie sehen ihre Situation als langfristige Angelegenheit, mit Beförderungen usw. Und deswegen engagieren sie sich nicht gleich, sondern warten erst mal ab, was passiert. Die Leute darüber, die Kader und Kader super, sehen das ganze als eine Frage von Karriere, die Kader super etwas weniger, die Kader base etwas stärker, und sie sind am allerschwierigsten in einen politischen Diskurs einzubinden.

Ich denke, eine mögliche Neuzusammensetzung wird es entweder in einer Phase von Unternehmenskrise oder von intensiver technologischer Umstrukturierung geben, mit der eine ganze Reihe von Statusgarantien angegriffen würden - an diesem Punkt könnte vielleicht ein Widerspruch entstehen, der die künstlichen Differenzierungen überwindet und dem es tatsächlich gelingen könnte, eine Opposition zwischen Arbeitern und Unternehmer, Klasseninhalte zutage zu bringen.

Wenn ich mich recht erinnere, war geographisch gesehen das Rechenzentrum der schwächste Punkt bei der Untersuchung, von dort habt ihr nur wenige Fragebögen bekommen ...

Das Rechenzentrum ist ein Komplex mit 1500 Arbeitern, und wir haben von dort nur 50 Fragebögen ausgefüllt gekriegt, es ist uns auf keine Art gelungen, Kontakt dorthin zu kriegen. Das sind entweder alte Leute, die dorthin geschickt worden sind wie auf einen Elefantenfriedhof, oder junge mit Computerkenntnissen. Das Rechenzentrum liegt außerhalb, es ist also sowohl örtlich als auch im produktiven Zyklus von den Filialen abgetrennt. Bestimmte Probleme beobachten sie sehr aufmerksam, andere wenig oder gar nicht. Beispielsweise waren sie in den letzten Tarifverhandlungen sehr aktiv, denn es hing die Drohung in der Luft, daß sie in den Geltungsbereich eines anderen Tarifvertrags, des Metalltarifvertrags, kommen sollten, was für sie deutliche Verschlechterungen bedeutet hätte. Deshalb haben sie sehr hart gekämpft und die Bank praktisch einen Monat lang stillgelegt. Aber als sie dieses Problem gelöst hatten, ging wieder alles in sehr traditionellen Geleisen weiter. Natürlich haben sie nicht die Probleme der Schalterarbeiter was Öffnungszeiten betrifft, deshalb kümmern sie sich kaum drum, ob nun die Bank um 8 Uhr morgens aufmacht und erst um 6 Uhr abends wieder schließt, viele von ihnen arbeiten sowieso schon in Schichten ...

Also auch durch ihren Kampf hat sich die Situation von Nicht-Kommunikation nicht verändert?

Nein, die Kontakte haben sich dadurch nicht ausgeweitet. Sie haben sich zu diesem spezifischen Problem bewegt und danach haben wir nichts mehr davon erfahren. Alles in allem ist das Rechenzentrum für uns ein etwas geheimnisvoller Ort. Einerseits gibt es da Arbeiter, die sich stark fühlen, zumindest diejenigen, die im »Maschinenraum« arbeiten oder im zentralen Informatikbereich, andere hingegen nicht, weil es in diesen Büros, wie man weiß, einen Personalüberhang gibt. Folglich gibt es eine Art politische Beziehung: man arbeitet wenig, die Rhythmen sind erträglich, was aber vom Unternehmen toleriert wird. Das ganze gilt natürlich nur so lange, wie diese Angestellten keinen Ärger machen. In Phasen von Umstrukturierung, wie wir gegenwärtig gerade eine erleben, kann sich das aber ganz schnell ändern: im November 91 hat die Firma eine äußerst harte Entscheidung getroffen: 550 Leute sollen von den zentralen Dienstleistungen in die Filialen versetzt werden - sie verstärken das Verkaufsnetz, indem sie die zentralen Dienstleistungen automatisieren. Diese Leute stehen heute also schon wieder vor sehr ernsten Problemen aufgezwungener Mobilität. In den nächsten sechs Monaten wird es eine ganze Reihe Verhandlungen über diesen Punkt geben.

Der zweite »Schwachpunkt« eurer Untersuchung sind die Jungen, wie Ihr sie nennt (gemeint sind damit Leute unter 25 Jahren). Wenn ich Eure Resultate lese, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es hier viele Probleme und auch eine ganze Reihe Mißverständnisse gegeben hat; und zwar von beiden Seiten: die Jungen haben vielleicht manche Frage gar nicht verstanden, und Euch ist es am Ende auch nicht gelungen, besonders viel Neues über die Jungen rauszukriegen.

Ich denke, die Jungen haben vor allem zwei Probleme: einerseits haben sie die Unternehmenskurse erst vor kurzem durchlaufen und sind gewissermaßen noch stärker von den Parolen beeinflußt, die sie dort gehört haben, die haben sie vielleicht noch im Kopf und wiederholen sie einfach mechanisch ...

Aber sie sind andererseits unter denen, die eher sagen, daß solche Kurse dazu dienen, die Unternehmerideologie zu propagieren, anstatt einen auf die Arbeit vorzubereiten und zu qualifizieren!

Ja, weil die Einführungkurse sicherlich am stärksten ideologisiert sind, denn die Firma gibt dir 8 Wochen Unterricht, in dem du nicht lernst, wie deine Arbeit funktioniert, sondern die Botschaft lautet: Unterstützung der Produktivität, der Rhythmen und des Konsens. Die Leute merken das natürlich, aber gleichzeitig stellen sie über diese Vermittlung den Bezug zu ihrer Arbeit her. Außerdem sind das Leute, die die Arbeitswelt nicht kennen, denn in der Regel kommen sie von der Schule, und deshalb benutzen sie häufig Werte, Sätze und Ausdrücke, die sie dort oder in den Unternehmenskursen gelernt haben. Und zweitens kennen sie weder die vorhergegangenen Kämpfe noch die historischen Probleme der Bank, die Probleme der Bankarbeiter. Aber die Jungen empfinden sehr stark den Widerspruch zwischen ihren Erwartungen und der Realität der Arbeit. Sie haben den Qualifizierungskurs gemacht, in dem sie sich sehr gut aufgeführt haben, hervorragende Durchschnittsnoten hatten, viel studiert haben usw. und kommen in die Bank mit der Gewißheit, daß sie eine besonders abwechslungsreiche und qualifizierte Arbeit vorfinden werden. Stattdessen werden sie dann mit den repetitivsten und schwersten Aufgaben betraut. Wir denken gerade aufgrund der Untersuchungsergebnisse, daß sie in ganz kurzer Zeit den Unterschied feststellen werden zwischen

dem, was ihnen die Firma erzählt, und dem, was sie jeden Tag zu tun gezwungen sind.

So weit wird das Bild klar, ich habe aber beim Lesen eurer Auswertung den Eindruck, daß die Antworten der Jungen nicht sehr kohärent sind: manchmal antworten sie jetzt so und kurz darauf völlig anders - zumindest so, wie »wir« das interpretieren. Oft habe ich gedacht: entweder haben sie die Fragen nicht »verstanden« (manche Fragen sind stark in unserem Politjargon verfaßt) oder »wir« schaffen es nicht, ihre Antworten zu kapieren ...

Stimmt total! Man kann sagen, unter denen, die die Untersuchung durchgeführt haben, waren die jüngsten in meinem Alter [über 30], das sind also Leute, die seit mindestens zehn Jahren politisch aktiv sind und die noch mit der vorhergehenden politischen Generation zu tun hatten, jener der Kämpfe der 70er Jahre. Diejenigen, die nach 85 angefangen haben, haben dazu keine direkte Beziehung mehr.

Beim Interpretieren der Antworten der Frauen in bezug auf spezielle Frauenprobleme seid ihr äußerst vorsichtig ...

Die Frauenkommission war eine der problematischsten, weil die politischen Differenzen in ihr sehr stark zutage traten. Es gab Genossinnen, die der alten feministischen Kultur verbunden sind, aber immer versucht haben, das vor dem Hintergrund des Klassenwiderspruchs zu behandeln, das heißt, sie sahen die Frau als am stärksten ausgebeutestes Subjekt in den Klassenverhältnissen, die jedoch bestimmend sind. Andere hingegen vertraten eine stark gewerkschaftliche Linie und wollten die Ergebnisse lediglich dazu benutzen, einen Forderungskatalog für Chancengleichheit zu erstellen. Deshalb haben sie monatelang gestritten, und schließlich kam ein sehr vorsichtiger Rahmen heraus, in dem sie so wenig wie möglich Stellung beziehen, um diese Widersprüche nicht offensichtlich werden zu lassen.

Aber meiner Ansicht nach ist das objektive Bild ziemlich klar: Die Frauen arbeiten auf den am wenigsten qualifizierten Arbeitsplätzen, das tun sie, weil ihr Leben sehr stark von der Hausarbeit geprägt ist, von den Schwierigkeiten mit der Mutterschaft, die sehr oft zu einer Versetzung führt, einem Qualifikationsverlust, oder sogar zum definitiven Ende der Karriere. Dazu kommt, daß die Frauen schon nach zwanzig Jahren in Pension gehen können, und daß fast alle das auch tun.

Fast alle Ergebnisse dieses Teils der Untersuchung konnten effektiv genutzt werden und sind in den Forderungskatalog bei den Betriebsverhandlungen eingeflossen. Die Firma hat praktisch zu allem »ja« gesagt. Praktisch gibt es vor allem drei wichtigere Ergebnisse: schwangere Frauen brauchen nicht mehr im Stehen zu arbeiten; wenn ihre Schwangerschaft besonders schwierig ist, können sie in Mutterschaftsurlaub gehen (eine bessere Regelung als die gesetzliche), wenn sie nach dem Mutterschaftsurlaub in die Firma zurückkommen, muß ihnen diese einen Kurs anbieten, durch den sie in die Lage versetzt werden, auf denselben Qualifizierungsstufen weiterzuarbeiten.

Du hattest am Anfang gesagt, daß vieles rauskam, das ihr erwartet hattet, aber auch einiges, das ihr nicht erwartet hattet...

Am wenigsten hatten wir die positive Bewertung einer Verbindung des Lohns mit den Profiten der Bank erwartet. Wir dachten, hier gäbe es ein starkes Mißtrauen, stattdessen erklärten sich 40% dafür und ein großer Prozentsatz war sich unschlüssig...

... aber letztlich weiß man dann nicht, was das bedeutet. In eurer Auswertung stellt ihr zwei mögliche Interpretationen auf: eine wäre, daß die Leute nunmehr vom Liberalismus und Kapitalismus überzeugt sind; die andere ist, daß diese Leute wissen, wie hoch die Profite der Bank sind und daß sie einen Teil davon abhaben wollen.

Genau! Wir hatten eine ideologische Verweigerung gegenüber einem solchen Modell erwartet, und stattdessen gaben die Leute eine sehr pragmatische Antwort: »Da wir in einer Bank arbeiten, die sehr viele Profite macht, wollen wir daran teilhaben, aber wir wollen eine kollektive, ausgehandelte Teilhabe mit einem Vertrag, der die Quoten festsetzt, die an die Firma gehen und die an uns gehen.« Denn auf unsere Frage, ob sie damit einverstanden sind, den Lohn an die Quantität der verkauften Produkte [Lebensversicherungen, z.B.] zu knüpfen, haben gut 70% absolut »nein« geantwortet. Diese beiden Antworten stehen nur scheinbar in Widerspruch zueinander: die Leute sind für eine Beteiligung an den Profiten, die ausgehandelt und kollektiv sein soll, und sie sind gegen eine Verbindung zwischen Lohn und Profit, die an die individuelle Leistung geknüpft ist.

Eine Sache, in der unsere Vermutung bestätigt wurde, war ihre recht negative Einstellung der Gewerkschaft gegenüber. Die Gewerkschaft hat in unserem Sektor, und ganz besonders in unserer Firma, standgehalten, aber im allgemeinem gibt es ein großes Mißtrauen der Leute gegenüber der Gewerkschaft als zentraler Organisation und mehr Sympathie dem Delegierten gegenüber, der als Delegierter deines Arbeitsplatzes gesehen wird.

Aber hier waren meiner Ansicht nach die Fragen auch sehr ungenau! Wenn du fragst: »was hältst du von der Gewerkschaft?« wirst du sicher eine negative Antwort kriegen. Wenn du stattdessen fragst: »Aber dein Delegierter, persönlich ...?« werden die Leute im großen und ganzen sich zufrieden äußern, »er ist die einzige Ausnahme im ganzen Mafia-Apparat« usw. In diesem Abschnitt eures Fragebogens hatte ich den Eindruck, daß die übliche Geschichte ablief: Basisgewerkschaftler nehmen die (voraussehbaren) Antworten, um ihre politischen Entscheidungen zu legitimieren.

Ja, das stimmt. Aber es stimmt auch, daß die Gewerkschaft bei uns in der Firma immer versucht hat, eine demokratische Beziehung zu den Arbeitern aufrechtzuerhalten, das heißt, über jedwede Entscheidung, vor der sie stand, hat sie immer die Leute abstimmen lassen. Und es gab wirklich Verträge, die nicht all zu gut waren, aber sie sind immer mit Zustimmung der Leute durchgegangen, objektiv jede Stimme gezählt. Ich denke, das wiegt, denn alles zusammengenommen haben die Leute jedes Mal die Kompromisse akzeptiert, die die Gewerkschaft vorschlug, auch rein formal gesehen. Aber in den Antworten wird die Gewerkschaft doch recht mittelmäßig beurteilt, die Leute kritisieren, daß sie überhaupt nicht bei der Vorbereitung des Forderungskatalogs beteiligt werden. Dies wird geradezu massenhaft als Mangel an Basisdemokratie betrachtet.

GF 220024 A

Die Leute sehen das so, aber vielleicht sind sie darüber nicht all zu wütend, denn eine Mehrheit will sowieso eine Dienstleistungsgewerkschaft.
Genau, und in der Tat ist die Beurteilung der Gewerkschaft eines der widersprüchlichsten Dinge: die überwiegende Mehrheit der Leute will eine Dienstleistungs- oder geradewegs eine Mitbestimmungsgewerkschaft. Aber wenn du sie dann nach ihrer Meinung zu den Basiskomitees fragst, zur Alternativgewerkschaft, dann sagen 37% »ja, damit bin ich einverstanden, so sollten wir es machen!«, und weitere 30% antworten »ich weiß nicht«. Alles in allem scheinen sie also für eine alternative Gewerkschaft zu sein, die ihre Interessen härter und entschlossener verteidigt.

Aber während ich in bezug auf die Frauen den Eindruck hatte, daß in den Antworten mehr lag, als ihr dann rausgeholt habt, ging es mir in bezug auf die Gewerkschaftsfragen gerade umgekehrt: die Antworten (wie bereits die Fragen!) geben sehr wenig her, aber ihr macht eine große interpretatorische Anstrengung bis hin zu Zuspitzungen »die Leute haben so und so geantwortet, aber in Wirklichkeit wollten sie folgendes sagen ...«
Tatsächlich haben wir am Schluß darüber diskutiert. Ich stelle es mir ungefähr so vor: 23% haben sich für eine antagonistische Gewerkschaft ausgesprochen, das sind die Leute von der CGIL-Basis; alle anderen akzeptieren die Gewerkschaft so, wie sie ist, und es kommt heraus, daß sie sehr wenige Unterschiede zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen sehen, denn sie sind davon überzeugt, daß jede Gewerkschaft im Grunde dieselben Sachen macht.

Wenn du eure Erwartungen mit den Ergebnissen der Untersuchung vergleichst, was ist dann dein Urteil? Am Ende des Buchs macht ihr den Versuch, sechs »Bankarbeiterprofile« aufzustellen. Aber obwohl ihr da äußerst vorsichtig verfahrt und pro Profil immer eine »falsche« Antwort erlaubt, gelingt es euch lediglich, 30% eurer KollegInnen in dieses Raster einzuordnen. Du arbeitest doch schon recht lange da, hättest du eine solche Einteilung nicht bereits vor der Untersuchung und sogar genauer machen können?
Es ist immer sehr schwierig zu verstehen, welche Gruppe von Arbeitern die Basis für eine politische Arbeit sein kann. Auch deshalb, weil sich Mentalität, Verhaltensweisen, subjektive Merkmale usw., die bis zum Tag davor unwägbar schienen, sehr oft ändern. Alles in allem ist offensichtlich der mittlere Teil der Kategorie [der BankarbeiterInnen] am stärksten einem Veränderungsprozeß unterworfen, der ihn direkt trifft. Von daher ist eine Zunahme der Möglichkeiten von politischer Arbeit, von Kämpfen vorhersehbar, da läuft meiner Ansicht nach eine ganze Menge.

Hast du noch zwei, drei Ratschläge für GenossInnen auf Lager, die eine Untersuchung machen wollen?
Ich würde sagen, es ist besser, die Dimension einzuschränken, um die Situation deutlicher beherrschen zu können. Mit einer Gruppe von Leuten arbeiten, die so homogen wie möglich ist. Sich weniger mit Gewerkschaftsleuten vermischen. Versuchen, sehr viel öfter Momente von Feedback zu haben, wenn möglich Versammlungen organisieren, an denen alle teilnehmen, die den Fragebogen verteilt haben, um die Arbeit kollektiv fortsetzen zu können. Versuchen, den Zeitraum zwischen der Untersuchung und der Veröffentlichung der Ergebnisse so kurz wie möglich zu halten, also die Leute nicht auf ein Buch warten lassen, sondern zum Beispiel einen Aufsatz veröffentlichen, der unmittelbar benutzt werden [illegible]

Keine Autos aus dem Paradies

Der Streik bei Renault

Renault wurde schon in den 60er Jahren geographisch breit dezentralisiert. Die meisten Fabriken befinden sich in einem Radius 200 km westlich und nördlich von Paris. Statt großer Konzentrationen von 30 oder 40 000 ArbeiterInnen, sind es jetzt Produktionseinheiten von 5 - 7000.

Die Renault-Gruppe zählte Ende 1983 214 000 Beschäftigte; Ende 1989 sind es nicht mehr als 160 000. Die Direktion hat vor, mit den Rationalisierungen fortzufahren, was den Abbau von 40% der Arbeitsplätze in den kommenden Jahren bedeuten wird.

Die Löhne bei Renault liegen noch 10% über denen der Peugeot-Citroën-Gruppe, aber diese Schätzungen des Durchschnittslohns sind mit Vorsicht zu genießen. Die Lohnsteigerungen in den vergangenen Jahren waren minimal, nach Angaben der CGT hat sich die Kaufkraft eines Renault-Arbeiters seit 1983 um 17% verringert. Zudem führt das Prämiensystem zu einer Verfälschung der Lohnschätzungen. Die Prämien, die drei Mal jährlich gezahlt wurden und zusammen etwa zwei Monatslöhnen entsprachen, wurden durch eine Beteiligungsprämie ersetzt, die ab Juli ausgezahlt wurde, und deren Höhe von Fabrik zu Fabrik schwankt. Mit dem Gewinnrückgang ist diese Prämie in Cléon von 4800 Francs 1989 auf 1500 Francs 1990 gefallen. An dieser Prämienfrage entzündet sich der Streik im Herbst.

Um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten, vor allem gegenüber Japan, mußte sich Renault für »Just in Time«-Produktion einsetzen, d.h. die Minimierung der Lagerzeiten. Die durchschnittliche Lagerzeit für Teile wird zwischen 1985 und 1990 von 14,4 auf 5,8 Tage gesenkt. Renault ist aber stärker als seine japanischen Konkurrenten von der eigenen Teilefertigung abhängig. Vor allem die Motoren und Getriebe werden zu einem großen Teil in einer einzigen Fabrik, in Cléon produziert. 50% der Einzelteile stammen aus Tochterfirmen. Die japanischen Firmen sind nur bei 30-40% der Teile von ihren eigenen Fabriken abhängig.

Ein anderes grundlegendes Element dieser Politik ist der Versuch, über die Gruppenarbeit einen sozialen Frieden zu erreichen, der die Verwundbarkeit des modernen Produktionsapparats kompensiert – eine Fabrik kann in kürzester Zeit alle Fabriken des Unternehmens stillegen.

Ende 1989 unterzeichnen alle Gewerkschaften (CFDT, FO, CGC, CFTC) mit Ausnahme der CGT einen »Kompromiß«, der die Schließung der Fabrik in Billancourt 1992 vorsieht. Diese Kompromißlinie wird im März 1991 von denselben Gewerkschaften durch die Zurückstufung der Beschäftigten in »überflüssiges« Personal fortgesetzt. Die gleiche Gewerkschaftskoalition unterzeichnet in derselben Zeit ein Abkommen über die Einführung einer dritten Schicht in der Fabrik von Flins und erneuert das Sozialabkommen mit dem Unternehmen, um den »Konsens über die Prinzipien der Wettbewerbsfähigkeit und Anpassung« seitens der Gewerkschaften zu bekräftigen. Flankiert wird dies mit einem Abkommen über Gewinnbeteiligung. Ein »Professionalisierungsplan« für 25 000 unqualifizierte Beschäftigte ist vorgesehen (von denen 5000 Analphabeten sind), allerdings ohne Einstellungsgarantie.

Bei den Wahlen zu den Betriebsausschüssen [vergleichbar den deutschen Betriebsräten] am 19. Juni 91 verlor die CGT die Vorherrschaft im zentralen Betriebsausschuß, die sie dort seit 1946 hatte. Die Politik des neuen Betriebsausschuß wird von der CFDT als Beginn eine »Gewerkschaftspolitik des Entgegenkommens« begrüßt.

Der Streik in Cléon beginnt.

Der zum Teil von der Regierung verhängte Lohnstop, die Ungewißheit über die Weiterbeschäftigung durch die vergangenen und zukünftigen Personalkürzungen, die Verringerung der Beteiligungsprämie um 3300 Francs (in Cléon noch höher) rufen eine breite Unzufriedenheit hervor. Einige sehen in dem nun folgenden Konflikt einen Beweis dafür, daß die CGT durch das erneute Aufgreifen einer Politik des »Klassenkampfs« verlorenes Terrain zurückgewinnen will. Aber das geht am Kern dieses Konflikts völlig vorbei.

Am 4. Juli, direkt vor den Ferien, kommt es nach einem Aufruf der CGT und der CFDT zu einer befristeten Arbeitsniederlegung. An ihr beteiligen sich über die Hälfte der ca. 4000 ArbeiterInnen.

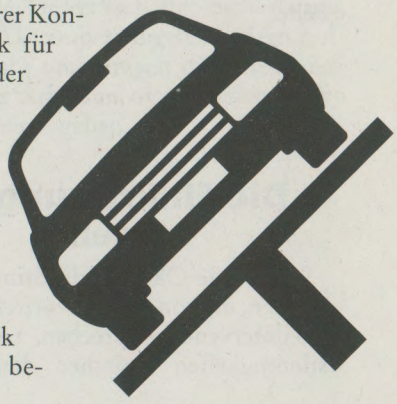
Le Monde schrieb im November: »Am Anfang des Konflikts waren es die Arbeiter, die die Gewerkschaften angeschoben haben, nicht umgekehrt«. Nach den Sommerferien organisieren diese Gewerkschaften weitere Arbeitsniederlegungen. Die CGT-Gruppe bei Renault weigert sich aber, am 27. September in der ganzen Renault-Gruppe zum Kampf aufzurufen. Anfang Oktober kommt es in Cléon, Le Mans und in Sandouville zu weiteren Arbeitsniederlegungen. Aber nur in Cléon beteiligen sich fast alle 4600 ArbeiterInnen am Streik. Sie fordern mehr Lohn und die sofortige Aufnahme von Verhandlungen.

Der Streik in Cleón beginnt am 16. Oktober. Er wird von der Basis initiiert, bleibt aber unter der ständigen Kontrolle der CGT. Trotzdem gibt es einzelne Initiativen und Kampfmethoden, die diese Kontrolle zum Teil sprengen. Von Anfang an stehen Massenstreikposten an den Toren, 300 bis 400 sind immer anwesend. Die Nichtstreikenden werden reingelassen, aber sind so wenige, daß die Fabrik praktisch nichts mehr produziert. Die Blockade des LKW-Verkehrs und damit der Teilezulieferung (Motoren und Kupplungen) für die anderen Werke spitzt sich rasch zu.

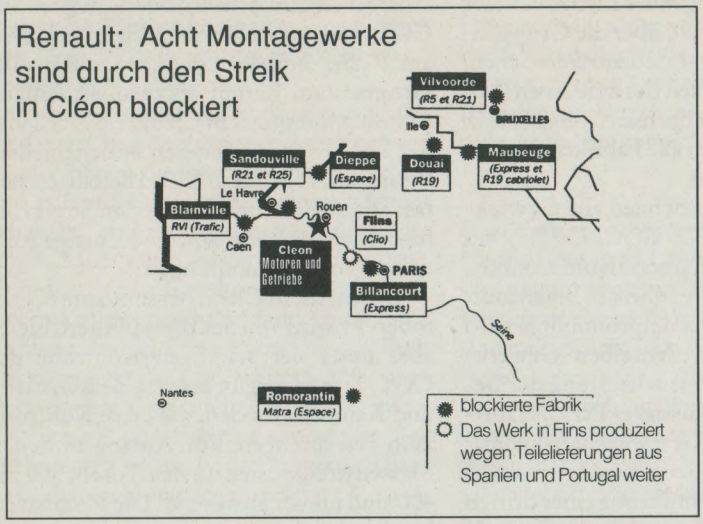
Die Direktion erkennt die Dimension des Konflikts und setzt am Montag, den 21.10. eine einstweilige Verfügung gegen neun Verantwortliche der CGT-Sektion der Fabrik durch, die sie dazu verurteilt, innerhalb von 24 Stunden den Werksverkehr wieder durchzulassen.

Cléon streikt – die anderen Fabriken stehen still.

Die Renaultfabriken in Frankreich und Belgien und auch die Volvo-Fabrik in Holland sind von dem Streik direkt betroffen. Die Tochterfirmen drosseln ihre Produktion und entlassen daraufhin Leute. Die ganze Woche über ist die Situation in den anderen Fabriken konfus: einerseits kommt es zu Arbeitsniederlegungen in den nationalen Hochburgen der CGT, andererseits zu Entlassungen wegen Mangel an Nachschub. Die Situation ist selbst in Le Mans konfus, obwohl die Fabrik nicht von dem Streik in Cléon betroffen ist: die sich ausbreitenden Arbeitsniederlegungen werden von den Gewerkschaften gebremst, um sie unter ihrer Kontrolle Stück für Stück wieder aufzunehmen.



Am 28. Oktober ist die Situation klarer. Nur die Fabrik von Cléon be-



findet sich im Streik, die anderen arbeiten oder sind wegen fehlendem Nachschub blockiert. Der Großteil der Fabriken steht auch ohne Streik still oder es wird Kurzarbeit gemacht.

Der Streik zeigt die Zerbrechlichkeit des Just-in-Time-Systems, aber gleichzeitig die Kehrseite der Medaille. In einem Betrieb wird gestreikt – in anderen Werken gibt es Kurzarbeitergeld. Die ArbeiterInnen in den verschiedenen Werken beziehen sich nicht aufeinander und setzen der Spaltungspolitik keine Ausweitung des Streiks entgegen.

In Cléon funktioniert der Streik über eine starke Beteiligung der ArbeiterInnen an den Streikposten, die die Tore Tag und Nacht besetzt halten. Rund um die Uhr sind mehr als 200 an den Toren, die in neun Posten zu jeweils gut zwanzig aufgeteilt sind. Das Streikkomitee ist eine permanente Versammlung, die während des Schichtwechsels anschwillt und wo der Austausch und die Organisierung des Streiks stattfinden. Am Haupteingang befindet sich der größte Posten und dort ist die Basiszentrale. Mehrere Treffen finden hier täglich zur Ausarbeitung von neuen Abmachungen statt. »Niemand ist in der Lage zu sagen, wieviele der Beschäftigten gestreikt haben«, berichtet ein Reporter am 30. Oktober, aber alle können feststellen, daß kein Teil Cléon verläßt. Nicht nur weil die Tore blockiert sind, sondern weil niemand mehr wirklich arbeitet.

Die Einkreisung des Streiks

Als Ende Oktober die Stimmen lauter werden, die von einer bevorstehenden Polizeiintervention sprechen, tauchen Unstimmigkeiten zwischen den Gewerkschaften und einem Teil der aktiven Basis auf. In der Nacht von Montag auf Dienstag, den 29. Oktober, besorgt sich eine Gruppe Feuerlöscher aus der Fabrik und plaziert sie zur Verteidigung an den Toren. Die Verantwortlichen der CGT bemächtigen sich dieser Feuerlöscher und verhindern so die Verteidigung. Andere Ereignisse zeigen, daß sich der Kampf zum Teil ihrer Kontrolle entzieht: Autos von Nichtstreikenden werden von Streikenden verfolgt, die teilweise Kapuzen tragen oder sich vermummen. Eine von der Direktion organisierte Demonstration der leitenden Angestellten, wird an den Fabriktoren rigoros gestoppt. Angestellte, die versuchen, vor Supermärkten Unterschriften für die Wiederaufnahme der Arbeit zu sammeln, werden angegriffen. CFDT und FO verurteilen diese Aktionen. Der Delegierte der CGT von Le Mans erklärt: »Wir unterstützen die Forderungen der Streikenden von Cléon. Im Augenblick kommt es für uns aber nicht in Frage, die gleichen Aktionen anzufangen«.

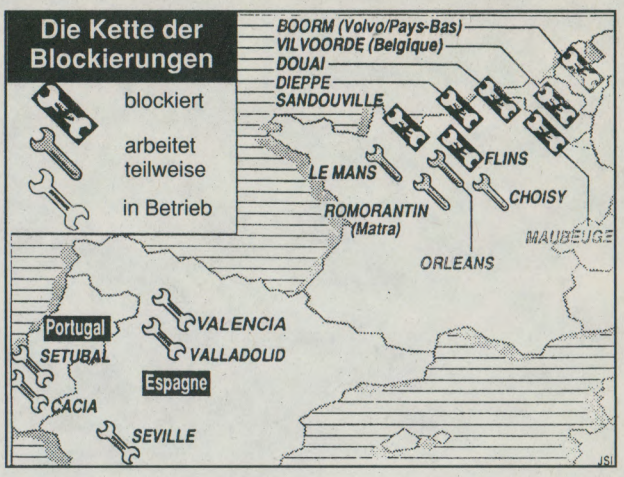
Das ist der Augenblick, auf den Gewerkschaft und Regierung gewartet haben, um Verhandlungen aufzunehmen und den Konflikt zu beenden. Am 30. Oktober übernimmt die Regierung eine Art Vermittlerrolle. Der Arbeitsminister präzisiert, daß »gleichzeitig das Recht auf Arbeit wiederhergestellt und Verhandlungen aufgenommen werden«. Die Direktion ist bereit, über neue Gelder zu reden, mit denen »die Bemühungen des Personals anerkannt werden«. Sie verspricht, »sich über das Nacharbeiten der Streiktage und über die durch die verhängten Sanktionen entstandenen Probleme Gedanken zu machen« (zehn Beschäftigte waren wegen dem Streik entlassen worden). Die CFDT erklärt sich einverstanden und die CGT flüchtet sich in gewundene Formulierungen, daß die Aufnahme von Diskussionen keine Niederlage sei. Aber die am 1. November einberufene Versammlung weigert sich, die Waffe des Streiks – die Posten und die Blockade der Tore – aus den Händen zu geben.

Die Polizei verschafft den Gewerkschaften eine Ausrede.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Regierung aus Furcht vor einer Ausweitung des Konflikts vor einem Polizeieinsatz zurückgeschreckt. Aber am 4. November tritt die Fabrik von Le Mans in den Streik und blockiert die Tore der Fabrik: es scheint, daß der Druck der Basis mit den gewerkschaftlichen Ausreden Schluß gemacht hat. Auf einen Aufruf von CGT-CFDT hin wird der unbefristete Streik beschlossen und am Abend der Betriebsausschuß besetzt. Die Streikenden schweißen die Fabriktore zu – auf Eingreifen der Gewerkschaftsdelegierten hin wurden sie später aber wieder geöffnet.

Am 5. November um 3.30 Uhr morgens greift in Cléon die Polizei auf das Ersuchen der Geschäftsleitung hin ein, um die Streikposten aufzulösen. Wahrscheinlich geschieht das mit Zustimmung der CGT. Merkwürdigerweise verteilt die CGT im selben Moment, als die Polizei angreift, ein Flugblatt gegen diesen Angriff – Just-in-Time! Vor hunderten streikenden ArbeiterInnen geben die Delegierten die Order aus, die Räumung »in Ruhe« über die Bühne gehen zu lassen.

Um 6 Uhr zwängen sich fast 1000 Arbeiter durch die Tore und ziehen durch die Fabrik, um festzustellen, daß nur einige Dutzend die Arbeit wieder aufgenommen haben. Aber die LKWs leeren schon die Lager, damit die Bänder in den anderen Fabriken wieder in Gang gesetzt werden können. Um 8.30 Uhr verkünden die Gewerkschaften und die Direktion die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Die Polizeiintervention arrangiert es für alle. Sie hat offensichtlich dazu gedient, die Gewerkschaften im »aufrechten Gang« aus einem



Streik rauszukommen zu lassen, den sie nicht gewollt hatten. Die Verlierer sind die seit drei Wochen streikenden Arbeiter der Fabrik, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen, wohl wissend, daß sie ihre mächtigste Waffe schon verloren haben.

Während die Gespräche an den folgenden Tage fortgeführt werden, nimmt fast nur das nicht in der Produktion arbeitende Personal die Arbeit wieder auf. Täglich gibt es Umzüge von mehr als 1000 Streikenden durch die Fabrik. Nur 10 bis 15% der Arbeiter sind an die Bänder zurückgekehrt, was nicht ausreicht, um sie laufen zu lassen.

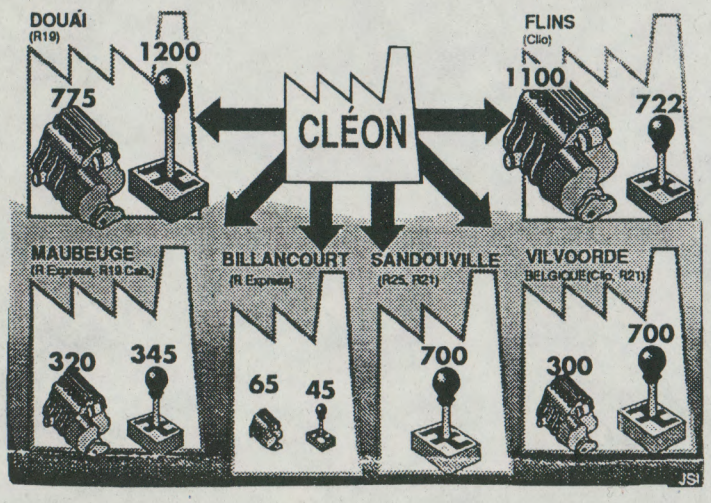
Am 6. November werden nach 19 Stunden Verhandlung die Angebote unterbreitet:
- eine monatliche Prämie von 224 Francs, ein Gemisch aus weiteren Prämien.
- eine Sonderprämie von 1000 Francs, angeblich rückwirkend, in Wirklichkeit aber eine Prämie für die Beendigung des Streiks.
- der Verzicht auf Sanktionen: sechs Rausschmisse und acht Entlassungen werden in vorübergehende Entlassungen von 5 bis 20 Tagen umgewandelt.
- Abbau der hierarchischen Beschäftigungsstruktur und individuelle Anerkennung einer höheren Qualifikation in den Abteilungen.
- freiwillige Mehrarbeit am Samstag, den 9. und Montag, den 11., um die Lohneinbußen auszugleichen.

Diesen Angeboten ist ein Ultimatum beigefügt: die Arbeiter müssen sich innerhalb von 18 Stunden entscheiden.

In einer Vollversammlung malt ein Delegierter der CGT den Teufel an die Wand: »Gegen die Wiederaufnahme der Arbeit zu stimmen, bedeutet Entlassungen«. Die Abstimmung wird im Hau-Ruck-Verfahren durchgezogen, obwohl nur ein Teil der ArbeiterInnen anwesend ist. 807 sind für die Fortführung des Streiks und 717 dagegen. Die »Verantwortlichen« sind konsterniert. Es ist 17.45 Uhr.

Die »Verantwortlichen«, vor allem die CGT, nehmen sich »Zeit zum Nachdenken, um sich mit ihren Aktivisten über das Ergebnis zu beraten«. Wie sollen sie sich nun einem Engagement für die Wiederaufnahme der Arbeit entziehen, wo sie doch mit sicherem Gefühl bei der Direktion dafür eingetreten sind. Um 20 Uhr ruft die CGT unter Pfiffen und Buhrufen der Versammlung zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, und um 21 Uhr unterzeichnet sie das Abkommen. Der Streik in Cléon ist theoretisch zu Ende, während die Arbeitsniederlegungen in allen Fabriken des Unternehmens fortgesetzt werden, und der Streik in Le Mans nun isoliert weitergeht. 2/3 der Arbeiter befinden sich dort am 12. November im Streik. In Cléon selbst wird die Arbeit am 12. wieder aufgenommen, aber am 13. kommt es wieder in einigen Abteilungen zu Arbeitsniederlegungen. Am 14. November verkündet die Direktion, daß die Lohnverhandlungen für 1992 auf den 3. Dezember vorgezogen werden. Gleichzeitig wird in Le Mans ein Abkommen zwischen Gewerkschaften und Direktion über eine monatliche Prämie von 200 Francs unterzeichnet, die Beteiligungsprämie wird auf 1300 Francs für 1991 und auf 2400 Francs für 1992 festgelegt. Nach 11 Tagen Streik wird die Arbeit bei einem Abstimmungsergebnis von 730 Ja-Stimmen und 683 Gegenstimmen wieder aufgenommen.

Die täglichen Lieferungen von Cléon an andere Werke



In Cléon ziehen die Gewerkschaften das durch, worauf sie sich zuvor eingelassen hatten: das Zusammenspiel mit der Polizei und der Chefetage. In der aktuellen Periode scheren sich die Gewerkschaften nicht darum, den Konflikt zu bereinigen, sondern ordnen schlicht und einfach die Wiederaufnahme der Arbeit an, ohne auf den Willen der Basis einzugehen.

Rivolta del bambino! Rivolta del panino!

Die Revolte des Brötchens

In Turin wurde das neue Jahr von den Eltern eingeläutet, die Kinder in den Kindertagsstätten und den Grundschulen haben: mit ihrer Protestbewegung gegen die von der Stadtregierung beschlossenen Erhöhung der Beiträge für die Tagesstätten und die Mensen in den Einrichtungen. Zwischen 1984 und 1992 sind die monatlichen Beiträge (inklusive der geplanten Erhöhungen) für die Kindertagesstätten von umgerechnet 153 auf 725 Mark gestiegen, für die Kindergärten von 80 auf 280 Mark und für die Grundschulen von 60 auf 180 Mark. Es handelt sich dabei um die Beitragssätze, die die »reichen« Kunden zahlen sollen, das heißt diejenigen, die ein jährliches Einkommen von 21 000 Mark brutto pro Kopf der Familie haben (das sind weniger als 10 000 netto). Im gleichen Zeitraum ist das durchschnittliche Arbeitereinkommen von 23 000 auf 38 000 Mark brutto gestiegen.

Da die Nettolöhne aus steuerlichen Gründen weniger als die Bruttolöhne gestiegen sind, wird offensichtlich, daß die finanziellen Belastungen für diese Dienstleistungen drastisch gestiegen sind. In einer Arbeiterfamilie, in der beide Elternteile arbeiten – und das ist die Regel – wird die vorgesehene Obergrenze entweder überschritten oder man kommt zumindest in ihre Nähe. Das bedeutet, daß diese Erhöhungen ein Angriff auf die Realeinkommen sind, die im letzten Jahrzehnt sowieso schon gefallen waren.

Das Gleiche gilt in noch größerem Ausmaß für die Angestellten, Techniker, Lehrer usw. Die Stadtregierung hat diese Erhöhungen unter dem Druck verschiedener Kräfte beschlossen. Auf der einen Seite gibt es eine immer stärkere Orientierung an der von oben beschlossenen Sparpolitik, die mit dem aktuellen Finanzgesetz[1] nochmals bekräftigt wurde. Auf der anderen Seite wirkt sich das Interesse von Teilen der Christdemokraten aus, die Privatschulen favorisieren, die zum Großteil von der Kirche geleitet werden.

Und schließlich war es die Schwäche der institutionellen Arbeiterbewegung – das jahrelange Fehlen von wirkungsvollen Kämpfen in Betrieben, vor allen bei Fiat – die ein allgemeines Klima des Angriffs auf den gesellschaftlichen Lohn erzeugte. Die Stadtregierung war davon überzeugt, sie könne ohne größere Schwierigkeiten einen weiteren harten Schlag auf das ArbeiterInneneinkommen führen. Aber wieder einmal haben sie sich verrechnet!

Donnerstag, 10. Januar: Bei einer Versammlung der »Ersten Gewerkschaftlichen Sektion zur Koordinierung der Eltern« (ein Organismus, den es bereits vor der Bewegung gab) kommen etwa 1500 Menschen zusammen. Es waren viel mehr, als die Veranstalter je zu hoffen gewagt hatten. Da der Raum zu klein war, verwandelte sich die Versammlung in eine Demonstration, die durch die ganze Stadt ging, den Verkehr blockierte und vor der Fernsehanstalt endete.

Montag, 13. Januar: An einer Kundgebung vor der Stadtverwaltung beteiligen sich mehrere tausend Menschen. Es kommt zu einer neuen und kämpferischen Demonstration.

Dienstag, 14. Januar: 1500 Menschen kommen zu einer Versammlung in einem Kino. Aus »technischen Gründen« können einige hundert TeilnehmerInnen nicht rein und müssen eine parallele Versammlung improvisieren, bei der sie wiederum den Verkehr blockieren. Die Versammlungen werden darüber informiert, daß die Stadtregierung ihren Beschluß aus »technisch-juristischen« Gründen aufgeschoben hat. Allen ist klar, daß die Aufschiebung ein Taschenspielertrick war, um die Wogen zu glätten – die nächsten Wahlen stehen an – um danach die Sache in Ruhe, vielleicht mit einigen unwesentlichen Änderungen über die Bühne zu bringen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, an der sich mehrere Dutzend Eltern beteiligten, wurde eine Resolution verabschiedet und für den 21. Januar ein Streik des Brötchens sowie eine Demonstration am 25. Januar beschlossen.

Es ist nicht leicht vorherzusehen, wie sich die Bewegung und der aus ihr hervorgegangene Kampf weiter ausbreiten und entwickeln, zu welchen Ergebnissen er führen wird. Schon die Tatsache, daß die Stadtregierung gezwungen wurde, den Rückwärtsgang einzulegen, ist ein bedeutender Sieg. Es handelt sich um eine der ersten und bedeutendsten Antworten der Klasse gegen den aktuellen Angriff auf den gesellschaftlichen Lohn. Die Bewegung hat die Schulen und Kindergärten als Orte der Organisierung benutzt. Es gab ein Meer von Versammlungen, Veranstaltungen und Treffen. Das hat es ermöglicht, ein wichtiges selbstorganisiertes Netz aufzubauen, das den Entwicklungen in anderen Basisbewegungen der letzten Jahren ähnelte, die allerdings von ihren Arbeitsorten geprägt waren.

In der Bewegung selbst standen einige Militante an der Spitze, die verschiedene politische und gewerkschaftliche Erfahrungen gesammelt hatten. Meistens sind das Menschen, die keinen besonderen Organisationen angehören, sondern die ihre politische Entwicklung ihrem Engagement in den Kämpfen und ihrer Sensibilität für den gesellschaftlichen Konflikt verdanken. Die Anwesenheit dieser politischen Subjekte verhinderte auch die Infiltrierung der Be-

wegung durch die Lega Nord (nationalistische Wählervereinigung im Norden Italiens, rassistisch gegen Süditaliener). Immer wo diese versuchte, die Proteste auszunutzen, stand sie vor einer Klassenhaltung, die wenig Raum ließ für populistische und demagogische Haltungen. Auf der politischen Ebene haben sich auch die Rifondazione, die PDS[2] und die Grünen gegen die Stadtregierung gestellt und damit versucht, die Bewegung zu kanalisieren und auf »vernünftige« Forderungen auszurichten. Sie propagierten z.B. die Verschiebung und die Begrenzung der Erhöhungen auf die geschätzte Inflationsrate. Solche Positionen scheint es auch in einigen lokalen Flugblättern der Eltern einzelner Tagesstätten und Schulen zu geben. Jedenfalls gibt es bei den Eltern der Koordination ein ausgeprägtes Bedürfnis, unabhängig von Parteien zu bleiben.

Widersprüchlicher ist ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Faktisch hat sich die Koordination immer auf CGIL-CISL-UIL gestützt, die in den vergangenen Jahren Versammlungsräume, Strukturen, Geld usw. zur Verfügung gestellt haben. Zum Beispiel konnte die Koordination letztes Jahr in ihrem Kampf gegen die Streichungen im Vorschul-, Schul- und Nachschulbereich,

Es handelt sich um eine der ersten und bedeutendsten Antworten der Klasse gegen den aktuellen Angriff auf den gesellschaftlichen Lohn.

bei dem es keine massenhafte Beteiligung gab, dennoch eine bestimmte Unabhängigkeit und ein gutes Verhältnis zu den institutionellen Gewerkschaften aufrechterhalten.

Mit der Entwicklung der Bewegung wurde das komplexer. Auf den Versammlungen, den Demonstrationen und in den Diskussionen wurde die Parole vom Generalstreik gegen die Stadtregierung ausgegeben. Letztlich forderte man, daß sich CGIL-CISL-UIL entschlossen in diese Front einreihen sollte. Aus offensichtlichen Gründen können und wollen die Gewerkschaften einen solchen Vorschlag nicht unterstützen.

Deshalb wurde ihr Sprecher auf der Versammlung am Montag, den 13. Januar fürchterlich ausgepfiffen, als er versuchte, in reinstem Gewerkschafterslang eine komplexe Analyse über die Situation vorzutragen. Diese Feindlichkeit kommt natürlich aus den Erfahrungen, die die Arbeiter in den vergangenen Jahren mit dem gewerkschaftlichen Stil gemacht haben. Sie beinhaltet aber nicht per se die Fähigkeit, die Bewegung auszuweiten und den Kampf auf lange Zeit selber zu führen. Ein reales Problem dabei ist das Mißtrauen vieler Eltern gegen jeden Versuch, über den Kampf gegen die Erhöhungen hinauszugehen und ihn mit dem Widerstand gegen das Finanzgesetz, gegen die Erhöhung anderer Tarife usw. zu verbinden. In anderen Worten, es gibt sowohl eine Angst, das könne von einer, auch informellen, politischen Schicht manipuliert werden, als auch eine, oft kurzsichtige Begrenztheit.

Das Wichtige ist, daß von der Bewegung eine präzise und radikale Botschaft ausgeht: Opposition gegen die Lohnkürzung und die Privatisierung.

Diese Komplexität von Dynamiken führt dazu, daß sogar die Koordination hin- und herschleudert zwischen dem Versuch, die Gewerkschaften um jeden Preis einzubeziehen, und der Entwicklung einer radikaleren Opposition. Aber dies ist ein klassisches Problem von Basisbewegungen.

Über die organisatorischen Entwicklungen der Bewegung muß weiter nachgedacht werden. Aber es bleibt die wichtige Tatsache, daß in Turin innerhalb weniger Tage eine bedeutende soziale Oppositionsbewegung herangewachsen ist, mit der die Stadtregierung rechnen muß, und die interessante Auswirkungen auch auf die Diskussionen am Arbeitsplatz haben kann.

Turin: Tausende von Eltern auf der Straße gegen die Stadt

25. Januar: Tausende von Eltern und Kindern sind auf der Straße gegen die Erhöhungen der Kosten der Kindertagesstätten und der Preise in den Mensen der Kindergärten, der Grund- und Mittelstufen. Der Erfolg der Demonstration ist außerordentlich, wenn man bedenkt, daß die bürgerliche Presse nichts darüber veröffentlicht hat, genauso wie übrigens die »Genossen« von Telegironale 3 (KPI-Sender). Die Information wurde nur weitergegeben von der Elternkoordination und vom breiten informellen Netz, das sich im Verlauf weniger Wochen entwickelt hat. Die Leute sind sich völlig im Klaren darüber, daß die Verschiebung der Entscheidung aus »technischen Gründen« nichts garantiert, und daß die Stadt nur darauf wartet, sie mit einigen Abänderungen von Neuem in Kraft zu setzen. Es also ein politischer Kampf zwischen der Bewegung und der Stadtregierung über die sozialen Kosten (Sozialleistungen..), die Privatisierung der Dienstlestiungen, die Verteidigung des Lohns ist.

Innerhalb weniger Wochen hat die Bewegung bedeutende Schritte nach vorn gemacht. Jedweder Infiltrierungsversuch von seiten der Legen wurde zurückgewiesen. Die Bewegung selbst, ihre Verbindung mit einer Geschichte von Fabrik- und anderen Betriebskämpfen, die Anwesenheit von Tausenden von Menschen, die in diesen Kämpfen, und vielleicht auch gerade in deren Niederlagen viel gelernt haben, garantiert bis jetzt, daß jede reaktionäre, populistische oder lokalistische Funktionalisierung zurückgewiesen wird.

23. Januar: »Samarcanda« (wöchentliche Sendung im Fernsehen, steht der KPI nahe) hat eine Verbindung zu der Bewegung der Eltern hergestellt. Es war eine wichtige Gelegenheit, um den Kampf in Turin und im ganzen Land bekannt zu machen. Sendungen wie »Samarcanda« können in solchen Situationen zum direkten Sprachrohr einer Gesellschaft werden, die keine politische Vermittlung hat. Santoro, der Moderator dieser Sendung, wird zu einer Art Medienführer der gesellschaftlichen Opposition. Es ist logisch, daß die Leute das benutzen – und sich in gewisser Weise auch von solchen Mechanismen benutzen lassen. Das Wichtige ist, daß von der Bewegung eine präzise und radikale Botschaft ausgeht: Opposition gegen die Lohnkürzung und die Privatisierung. Die Fernseh-Übertragung hat sich nach Vallette verlagert, einem der kaputtesten proletarischen Viertel Turins. Dadurch konnten die dort lebenden Menschen Botschaften durchgeben, die über das Problem der Beiträge für die Kindergärten hinausgingen. Eine unglaublich große Menschenmenge ist auf die Straße gegangen, um ihr tiefes Unbehagen auszudrücken, um die Entscheidungen einer Stadt anzugreifen, die Milliarden für das Stadion ausgibt und ganze proletarische Stadtteile verfallen läßt.

21. Januar: der Brötchenstreik ist ein Erfolg. Er besteht darin, daß sich die Kinder weigern, die Schulmahlzeiten zu sich zu nehmen *(rivolta del panino)*, oder daß sie gleich zuhause bleiben *(rivolta del bambino)*. Und das, obwohl einige Direktoren und LehrerInnen versuchten, Kinder und Eltern einzuschüchtern.

Ich habe die jüngste Entwicklung der Bewegung bewußt in umgekehrter zeitlicher Reihenfolge dargestellt, um das quantitative und qualitative Anwachsen der Bewegung deutlich zu machen. Das Interessanteste ist vielleicht ihr Durchhaltevermögen, ihre Fähigkeit kollektives, und nicht insti-

tutionelles Subjekt zu sein. Es gibt noch andere wichtige Aspekte:

Die Koordination der Eltern, die in gewisser Weise an die Gewerkschaften gebunden war, wurde durch die Entwicklung der Ereignisse gezwungen, sich unabhängiger zu machen. Von der Forderung nach

Kämpfen bedeutet auch das unmittelbare Leben zu ändern, die Stadt als etwas anderes zu benutzen als den grauen und toten Raum, den die gegenwärtige Gesellschaft uns aufzwingt.

»vernünftigen« Preiserhöhungen ging sie zur klaren Ablehnung der Erhöhungen über. Die Forderung nach einem lokalen Generalstreik gegen die Stadt hat sich verstärkt, bei der Demonstration haben die Gewerkschafter auf der Tribüne nicht einmal versucht zu reden.

Daß die Bewegung auf den Generalstreik zielt, zeigt, daß sich in ihr breite Schichten von Lohnabhängigen ausdrückt, derselben ArbeiterInnen, denen es schwerfällt, in der Fabrik für mehr Lohn, die sich nun aber an der Frage des gesellschaftlichen Lohns mobilisieren. Dadurch erhält der Streik wieder seinen Reichtum als politischer Indikator. Die Politik wird zur Angelegenheit der Leute, lebendiges, faßbares, konkretes Problem. Hier wird um Probleme, Vorschläge, Widersprüche und nicht um Apparate und vorgefertigte Identitäten gekämpft.

Die Linksparteien (PDS, Rifondazione und Grüne) »unterstützen« die Bewegung, halten sich aber abseits, weil ihnen klar ist, daß die Leute aufmerksam auf ihre Autonomie achten. Es steht zwar im Moment nicht an, aber auch die Linke würde Kürzungen und »Rationalisierungen« der sozialen Dienstleistungen verwalten, und die Gewerkschaften tun es bereits.

Schließlich ist es interessant, daß die Koordination und die Leute auf einen »sanften« Stil bei der Mobilisierung setzen. Die Anwesenheit von Kindern, die Ausarbeitung von neuen Kampfliedern, die Organisierung von Spielen und Festen, das Benutzen des Kampfs als Gelegenheit kollektiven Lebens, das Aufbauen gemeinsamer Räume, die Überwindung der individuellen Atomisierung waren wichtige Merkmale. Man kämpft nicht nur gegen, sondern für etwas. Kämpfen bedeutet auch das unmittelbare Leben zu ändern, die Stadt als etwas anderes zu benutzen als den grauen und toten Raum, den die gegenwärtige Gesellschaft uns aufzwingt. Neue Kräfte in Bewegung zu setzen und alte von neuem zu aktivieren. Gemeinsam zu handeln führt nicht nur zur Durchsetzung von Forderungen, sondern zu einer unmittelbaren Veränderung des Lebens – und das ist vielleicht das Wichtigste.

1 Die Entwürfe zum Finanzgesetz in Italien enthielten einen breiten Angriff auf den sozialen Lohn: Erhöhung der Krankenkassenbeiträge usw. Nach Protesten mußte vieles davon aus dem Gesetzt gestrichen werden, aber es blieb z.B. bei einer deutlichen Erhöhung der Lohnsteuer.

2 Rifondazione: Abspaltung von der Kommunistischen Partei Italiens, die gegenüber der Sozialdemokratisierung der KPI, heute PDS, Demokratische Partei der Linken, an der alten kommunistischen Politik festhalten will.

Radieschen sind der schlimmste Job.

Erfahrungen illegaler kurdischer Arbeiter in den holländischen Gewächshäusern

In der letzten Wildcat haben wir einen Artikel über illegale Arbeit in den Niederlanden und das Solidaritätskomitee SKIKA, die Selbstorganisation der illegalen türkischen Arbeiter in der Amsterdamer Konfektionsindustrie geschrieben. Dort war bereits erwähnt, daß Illegale, die in den Treibhäusern arbeiten, in Den Haag ein ähnliches Komitee gegründet haben. Im Oktober sind wir dort hingefahren, um sie zu treffen. Nach einer öffentlichen Veranstaltung des Komitees haben uns mehrere kurdische illegale Arbeiter ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Hintergründe für ihre Migration und ihre Hoffnungen auf einen selbständigen Kampf gegen die Ausbeutung in den Treibhäusern erzählt.

Glashaus Westland

Das Westland ist ein relativ kleines Gebiet zwischen Den Haag und Rotterdam, das wie eine riesige Glasfläche aussieht. Hier stehen ein Fünftel der niederländischen Treibhäuser. In kleineren und größeren Familienbetrieben werden Gemüse und Blumen angebaut, die zu den wichtigsten Produkten der niederländischen Exportwirtschaft gehören. Von den 30-40_000 dort beschäftigten ArbeiterInnen sind etwa 10-15_000 Illegale. Sie sind – neben Familienmitgliedern der Gartenbesitzer, Hausfrauen, SchülerInnen und legalen MigrantInnen – die flexible und billige Arbeitskraftreserve, die entsprechend dem schwankenden und schwer planbaren Arbeitsanfall in der Landwirtschaft angeheuert wird. Im Sommer arbeiten sie bis zu 80 Stunden pro Woche, dafür gibts im Winter oft nur für 2 oder 3 Tage in der Woche Arbeit.

Die festangestellten holländischen Arbeiter fungieren als Aufseher oder machen die besser bezahlte Arbeit mit Maschinen. Bei den miesesten Arbeiten, wie z.B. dem Radieschenpflücken, bei dem man den ganzen Tag auf Knieen durch die Beete rutschen muß, werden die Illegalen eingesetzt. Sie werden in der Regel nicht direkt eingestellt, sondern über Sklavenhändler, die sog. Koppelbazen (wörtlich: Kuppelchefs). Allein in Den Haag soll es hunderte von ihnen geben, Holländer wie auch Marokkaner und Türken, die Kolonnen von Illegalen wochenweise anheuern. Wer neu anfängt, muß oft erst einmal 2-3 Wochen umsonst arbeiten, bekommt dann als Anfangslohn 5 fl/Std., und nach »Bewährung« langsam mehr, bis zu 10 – 12 fl. Der Koppelbaas kassiert von den Gärtnereibesitzern im Durchschnitt 30 fl pro Stunde für einen Arbeiter.(Wir schreiben Arbeiter, weil in den Glashäusern kaum illegale Frauen arbeiten, was auch daran liegt, daß es für sie nicht so leicht ist, hierherzukommen. Die kurdischen Arbeiter sagen, daß etwa 5% der Illegalen Arbeiterinnen sind).

Lieber miese Arbeit in Holland als noch schlechter bezahlte miese Arbeit in Ankara...

Ein großer Teil der Illegalen in den Treibhäusern kommt aus dem türkischen Teil Kurdistans. Wegen der katastrophalen ökonomischen Situation dort sind viele Familien darauf angewiesen, daß ihre Söhne in türkischen Städten oder im Ausland arbeiten und Geld nachhause schicken. Wenn sie nach Ankara oder Istanbul gehen, um dort Arbeit zu finden, müssen sie auch dort die dreckigsten und miesesten Jobs machen. Ein Kurde meint im Gespräch, daß der türkische Staat mit den Schlepperorganisationen zusammenarbeitet, um die sozialen Konflikte im eigenen Land durch Menschenexport zu entschärfen. Für eine Fahrt nach Holland verlangen diese Banden 5-6000 Mark.

Viele Migranten wissen schon, wenn sie nach Den Haag kommen, daß sie dort wahrscheinlich Arbeit finden werden. Die Arbeiter, mit denen wir uns getroffen haben, kommen alle aus demselben kurdischen Dorf und haben im Den Haager Viertel Schilderswijk zusammen eine Wohnung gemietet. In diesem heruntergekommenen Sanierungsviertel leben sehr viele MigrantInnen. Sie haben eine eigene Infrastruktur mit Cafes, Treffpunkten und Nachbarschaftshilfe aufgebaut. Aber auch in der türkisch-kurdischen Community stehen die »Touristen«, wie die Illegalen von ihren legalen Landsleuten genannt werden, an unterster Stelle. Die meisten kommen als alleinstehende junge Männer und haben kaum Möglichkeit, hier zur heiraten, weil sie für legale Migranten als Schwiegersöhne nicht akzeptabel sind.

Die sind auf uns angewiesen...

Für uns war es erstaunlich, wie offen und selbstbewußt die illegalen Arbeiter in Holland auftreten. Als bei der Veranstaltung in Den Haag gefragt wurde, wer von den Anwesenden illegal arbeiten würde, haben sich etwa 80 Leute gemeldet. Sie stellen sich mit Transparenten mit der Forderung nach Legalisierung auf die Straße, geben Interviews vor laufenden Kameras. Sie erklären uns das mit der enormen Bedeutung, die die Illegalen für die niederländische Wirtschaft haben: Der Gemüseexport ist ein boomendes Geschäft. Einer, der schon seit 1984 in Holland ist, hat selbst miterlebt, wie rasch die Arbeit und der Einsatz von Arbeitern aus der Türkei in diesem Sektor zugenommen hat. Es gibt zwar immer mal wieder Razzien und Ausweisungen. Einige von ihnen waren davon auch schon selbst betroffen und mußten dann das Geld für die Schlepperorganisation aufbringen, um wieder nach Holland zu kommen. Aber ihnen ist klar, daß die niederländische Wirtschaft auf sie angewiesen ist. Entsprechend auch ihre Einschätzung der Veranstaltung, die eine Podiumsdiskussion mit Vertretern von Gewerkschaft, Kirche und den Grünen Groen-Links war: Diese Vertreter können oder wollen nichts für uns tun. Weil sie aber alle wissen, welche Bedeutung wir Illegalen und unsere Arbeit haben, versuchen sie auf solchen Veranstaltungen, sich als Freunde der Illegalen darzustellen...

Schluß mit der Unterdrückung von Illegalen – Solidaritätskomitee!

Die erste Versammlung der illegalen Treibhausarbeiter fand im Dezember 1990 mit 60 Beteiligten statt. 13 Aktivisten haben dann auf dieser Versammlung das Komitee Illegaler Arbeiter (Kacak Isciler Komitesi) gegründet. Mit Öffentlichkeitsarbeit

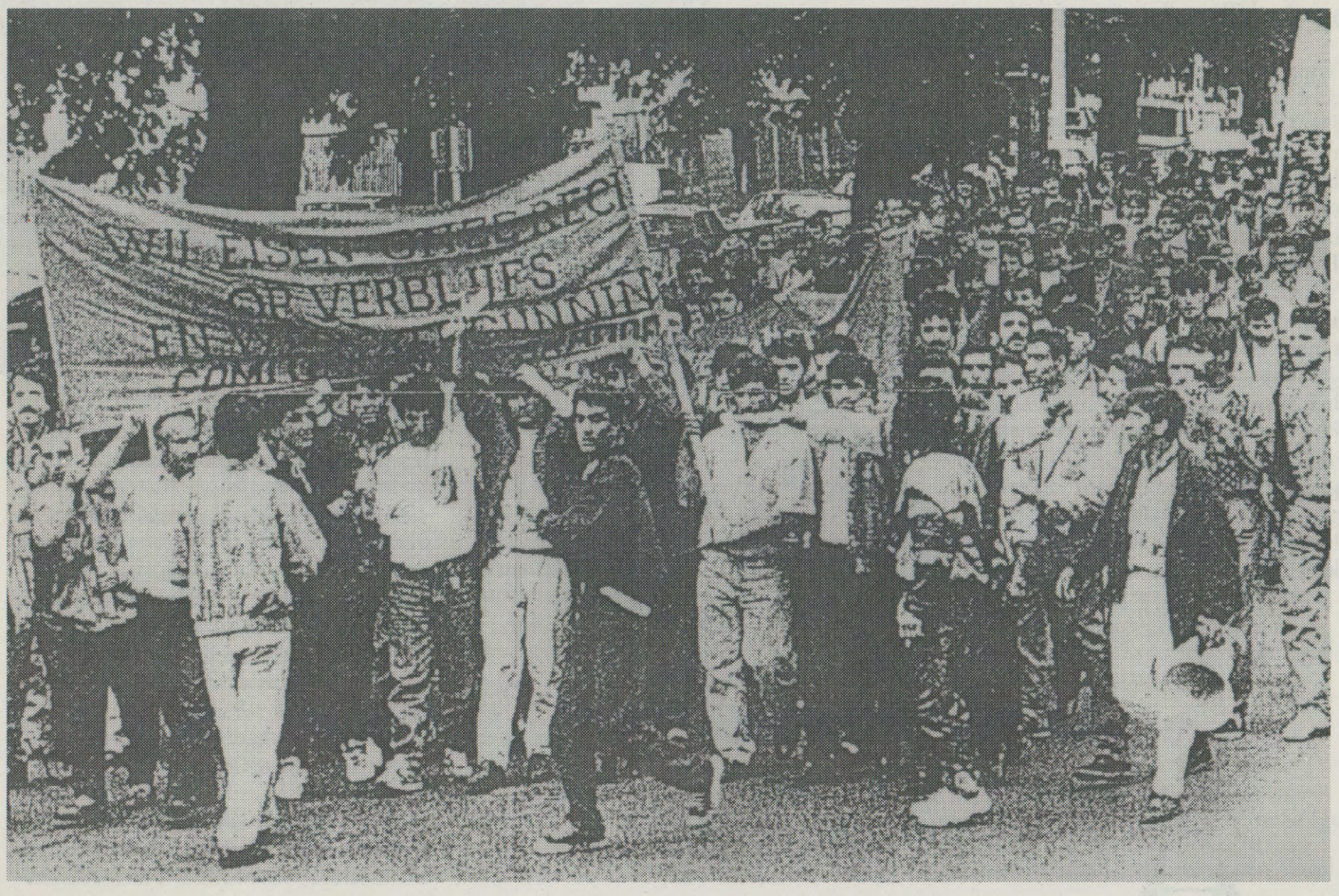
haben sie erreicht, daß ihre Arbeitsbedingungen und ihre Situation in Presse und Fernsehen zum Thema wurden. Höhepunkt der Öffentlichkeitskampagne war die Demonstration im Schilderswijk im Juli 1991. Die Organisatoren hatten mit 150 Teilnehmern gerechnet, es kamen aber etwa 2000. Auch die niederländischen Bullen scheinen diese Ansätze zu kollektiven Kämpfen ernst genommen zu haben. Die Kurden erzählen uns, daß die Polizei kurz vor Beginn der Demo zu dem Cafe gekommen ist, wo sie sich getroffen haben, und von einer Bombendrohung gegen das Cafe geredet hat. Sie haben die Einschätzung, daß die Polizei durch Panikmache verhindern wollte, daß die Demo überhaupt erst losgeht. Einer der wichtigsten Erfolge war für sie, daß sich illegale Arbeiter unabhängig von ihrer politischen Einstellung oder religiösen Gesinnung der Demo angeschlossen haben. »Wir hatten ja alle eine gemeinsame Forderung!«

Das Komitee hat keinen festen Treffpunkt oder Adresse, aber spätestens seit der Demonstration wissen die illegalen Arbeiter, wen sie ansprechen können. Das Komitee benutzt die Rekrutierungsorte der Koppelbazen und die Haltestellen der Busse nach Westland, um die Leute anzusprechen und Flugblätter zu verteilen. Öfters kommen Illegale, weil ein Koppelbaas die zugesagten Löhne nicht gezahlt hat. Leute vom Komitee gehen dann zusammen mit ihnen zum Koppelbaas, um das Geld einzutreiben. Es ist schwierig, gemeinsam gegen die Koppelbazen vorzugehen, da die Konkurrenz unter den Arbeitern groß ist. Viele versuchen, schneller als die anderen zu arbeiten, um auch bei der Einstellung für die nächste Woche wieder dabei zu sein. Die Koppelbazen schüren die Konkurrenz unter den Illegalen, indem sie ihnen verschiedene Löhne zahlen, und sie unterhalten ein Spitzelsystem: Auf jedem Feld gibt es einen, der dem Koppelbaas Informationen über die anderen Arbeiter liefert, ob sie z.B. politisch diskutieren. Eine Arbeitskolonne hat es mal geschafft, gemeinsam »ihren« Koppelbaas aufzusuchen und ihren Lohn von 10 auf 14 fl raufzudrücken. Es kommt aber selten vor, daß es gelingt, das System der Arbeitskolonnen auf diese Weise gegen die Koppelbazen (die oft auch noch Verwandte der Arbeiter sind!) umzudrehen. Häufiger kommt es vor, daß sich Kolonnen schon bei der Rekrutierung gemeinsam weigern, für den angebotenen Lohn zu arbeiten – vor allem in der Erntezeit, wenn die Illegalen noch nötiger gebraucht werden. Im Komitee gibt es Überlegungen, in dieser Zeit, in der sie tatsächliche Macht haben, den Versuch eines Streiks zu unternehmen. Schon 2-3 Tage Streik könnten in der Erntezeit bedeuten, daß tonnenweise Gemüse und Blumen auf dem Müll landen. Fraglich ist für sie allerdings, wie sich die dann anwesenden übrigen Prekären zu einem solchen Streik verhalten würden...

Die Kolonne, die gemeinsam mehr Lohn durchgesetzt hat, bestand übrigens nur aus PKKlern. Die gemeinsame Organisationszugehörigkeit hat die solidarische Aktion sicher gefördert. Diese Organisationszugehörigkeit führt im Komitee aber auch immer wieder zu »Exilproblemen« und zu Diskussionen, ob der Kampf in Kurdistan und seine Unterstützung nicht viel wichtiger sei, als der Arbeiterkampf in den holländischen Glashäusern.

Illegale raus aus dem Land – NiederländerInnen rein in die Arbeit??

Für die Legalisierungsforderung der Illegalen gab es bisher ein starkes Argument: In den Niederlanden bestand die außergewöhnliche Situation, daß auch Illegale eine Sozialversicherungsnummer beantragen und Beiträge bezahlen konnten. Viele Unternehmer haben die Abgaben bezahlt, um sich gegen Bußgelder wegen illegaler Beschäftigung zu schützen. Trotz der gezahlten Abgaben blieben die Illegalen aber von vielen Leistungen der Sozialversicherung ausgeschlossen. Diesen Widerspruch, diesen Betrug von Seiten des Staates haben sie in ihrer Agitation immer hervorgehoben. Aad Kosto, dem Scharfmacher gegen Illegale in der niederländischen Regierung, ist es nun gelungen, diese Regelung abzuschaffen. Damit hat er nicht nur ein Mobi-



lisierungsgrund aus der Welt geschafft, sondern auch die Arbeitsbedingungen für die Illegalen verschärft: Die Unternehmer können versuchen, mit dem Hinweis auf drohende Bußgelder die Löhne weiter zu drücken.

Die Abschaffung der Sozialversicherung für Illegale steht im Einklang mit dem härteren Kurs gegen illegale ArbeitsmigrantInnen und AsylbewerberInnen. Regierung und Opposition (inklusive Groen-Links) sind sich darüber einig, daß deren Zahl verringert werden muß. Mit dem Argument, daß 85% der abgelehnten AsylbewerberInnen abtauchen und im Land bleiben, wurde beschlossen, knastartige »Asylzentren" einzurichten. Die polizeilichen Möglichkeiten wurden ausgeweit«t – Illegale AusländerInnen können jetzt bis zu 15 Tage ohne richterliche Entscheidung in Gewahrsam genommen werden. Außerdem soll härter gegen illegale ArbeiterInnen vorgegangen werden. Das Gebiet zwischen Den Haag und Rotterdam wurde zu einem sogenannten Erprobungsgebiet für regelmäßige Razzien erklärt.

Im Januar wurden bei Razzien in 16 Betrieben im Westland 34 Arbeiter festgenommen und sofort abgeschoben. Um Ärger mit der Öffentlichkeit zu vermeiden, führen die niederländischen Bullen ihre Razzien an den Arbeitsplätzen durch, wo fast nur Illegale arbeiten, und nicht in den Wohngegenden. Ob dies nun tatsächlich eine Wende in der bisherigen Duldungspolitik gegenüber den illegalen Arbeitern bedeutet, ist noch nicht abzusehen. Die Gärtnereibesitzer waren über diese Aktion gegen ihre billigen Arbeitskräfte schwer empört.

Das propagierte Ziel der Regierung ist eine Wende am Arbeitsmarkt, sodaß die holländische Wirtschaft ohne Illegale auskommen kann. Der Staat verspricht den Unternehmern andere Billigarbeitskraft: Bei einem Besuch im Westland sagten Kosto und Arbeitsminister de Vries, daß doch Frauen besonders gut für diese Arbeit geeignet wären. Die Arbeitsämter machen Druck auf Arbeitslose, die unbeliebten Jobs im Westland anzunehmen. Trotzdem bleibt fraglich, ob sie es schaffen können, NiederländerInnen oder AusländerInnen mit Aufenthaltsgarantie in diese Scheißjobs zu pressen. Schließlich versucht die Regierung auch schon seit längerer Zeit, die Regelungen der WAO, des Krankengeldes, zu verschärfen. Angesichts der breiten Proteste, die es dagegen letztes Jahr in den Niederlanden gab, haben sie bis heute keinen Beschluß dazu gefasst...

Die
Arbeitsm

Vorschlag
»militante U

Seit gut einem Jahr powern Bundesregierung und ihre Medien gegen die wachsende Zahl von Menschen, die aus Bürgerkrieg oder politischer Verfolgung oder ganz einfach aus Armut fliehen, sich in Deutschland niederlassen wollen und zu diesem Zweck politisches Asyl beantragen. Der Staat betreibt auf der einen Seite Abschreckungspolitik (neue Gesetze, ständige Verschubung in immer schäbigere Lager, medienwirksame Darstellung der Brandanschläge und Schlägertrupps), auf der anderen Seite gibt es zwischenstaatliche Abkommen über geplanten Import von billigen ArbeiterInnen.

Um die ImmigrantInnen herum haben sich in den letzten Monaten - besonders seit der Welle von Angrif-

fen auf Flüchtlingswohnheime - sehr viele Initiativen entwickelt: von ländlichen Kirchengemeinden, die Sammlungen und bunte Abende organisieren bis zu linksradikalen Gruppen, die versuchen, die Flüchtlinge zu »schützen« bzw. mit ihnen zusammen eine organisierte Struktur für den Kampf ums Bleiberecht aufzubauen. »Antirassistische Politik« ist das aktuelle große Thema der Linken oder was davon übrig geblieben ist. Eine Politik mit sehr hohem moralischem Anspruch, die oft in Konflikt gerät mit den Bedürfnissen der Einwanderer.

Die Kategorie »Flüchtlinge« für alle Ankommenden verschleiert, daß es sich bei einem Großteil einfach um »Arbeits-

migration« handelt, für die es keine legale Form gibt. Die Argumente, die der Hetze gegen die »Wirtschaftsflüchtlinge« entgegengehalten werden, ignorieren meist die Probleme, die die Einwanderung von ArbeiterInnen, die bereit sind, für weniger Geld zu arbeiten, für die Leute bedeutet, die sich bisher am unteren Rand des Arbeitsmarktes bewegt haben... Wenn wir Fragen von Rassismus in der Arbeiterklasse offensiv angehen wollen, müssen wir uns mit der Veränderung und Neukonstituierung von Ausbeutungsverhältnissen auf der Basis der Migration auseinandersetzen.

Arbeitsmigration geht immer dorthin, wo ein Bedarf besteht. Einkommensansprüche, materielle Not, Wille nach Veränderung durch Auswandern treffen auf Rekrutierungsstrategien des Kapitals. Die Auswanderung wirkt oft als Ventil für aufgestauten Klassenhaß im Auswanderungsland und gleichzeitig als Spaltung der Arbeiterklasse im Einwanderungsland. Denn die einwandernden ArbeiterInnen begreifen sich zunächst nicht als Teil der Klasse hier - gerade Leute, die vorher nicht Arbeiter waren, aus eher feudalen Verhältnissen kommen, sehen die deutschen Arbeiter erstmal als Teil der Gesellschaft hier, die sie ausschließt von ihrem Lebensstandard. Der riesige Einkommensunterschied rechtfertigt für einige auch die Erzielung von Einkommen egal mit welchen Mitteln, und sei es durch Heroinhandel. Die Einwanderung nach Westeuropa hat zwar im letzten Jahr stark zugenommen, doch es ist trotz der informellen Strukturen, über die sie »sich selbst« organisiert, kein kollektiver Prozeß, sondern individuelle Flucht nach Einkommen. Die EinwandererInnen tauchen als vereinzelte hier auf, als isolierte Verkäufer der einzigen Ware, die sie besitzen: Arbeitskraft. Kämpfe der neuen Einwanderer gegen die verschärfte Ausbeutung können auch Prozesse von Neuzusammensetzung der Klasse insgesamt auslösen. Wenn es zu dieser Verbindung nicht kommt, enden die Kämpfe allerdings, wenn die üblichen Ausbeutungsstandards erreicht sind.

Speziell in Deutschland konnte das Kapital nie eine Ausweitung der Mehrwertproduktion mit der vorhandenen Arbeiterklasse durchsetzen und hat daher die Immigration in den verschiedensten Formen gefördert. Ein neuer Akkumulationszyklus war und ist immer verbunden mit einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse. Unerfahrene, »kulturell« isolierte, rechtlich benachteiligte ArbeiterInnen sollen die bestehenden Arbeitsbedingungen aufbrechen: die bestehende Starrheit der Löhne nach unten, den Acht-Stunden-Tag, die Arbeitsrhythmen. Im folgenden wollen wir einen Überblick gegen über die Entwicklung der Arbeitsmigration nach Deutschland.

neue migration

g für eine ntersuchung«

1 Die Massenarbeiter-Immigration bis 1974

a) Die Immigration nach 1945 spielte sich in Deutschland in mehreren Phasen ab: Zuerst wurde die Produktion - das mit 12 Millionen ZwangsarbeiterInnen gebaute größte und modernste Industriepotential Europas - mit neun Millionen »Ostflüchtlingen« wieder in Betrieb genommen. Bis zum Bau der Mauer 1961 wurden außerdem zwei Millionen Hochqualifizierte aus der DDR integriert. Danach probierte die BRD wie die anderen nordwesteuropäischen Staaten »Gastarbeiter«-Rotationsmodelle aus.

b) Die Anwerbung von ProletarierInnen aus Süd- und Südosteuropa auf eine begrenzte Zeit verschaffte dem Kapital (auch in der DDR) die notwendige billige Arbeitskraft für die Ausweitung der Massenproduktion in den Metropolen. Die Reproduktion dieser Arbeitskraft sollte außerhalb der (Sozial-)Staatsgrenzen stattfinden. Die gewollte Spaltung der Arbeiterklasse in Deutschland in einen national integrierten und einen anderen, aus dem Staat ausgeschlossenen Teil, sollte ein höheres Niveau von Klassenkampf verhindern.

c) Wie in ganz Europa und Nordamerika sind in den 60er Jahren die Wanderarbeiter vom Kapital direkt in die zentrale Arbeiterklasse gestellt worden (v.a. in die Montageindustrien). Von dort aus sind sie zu Protagonisten der politischen Neuzusammensetzung jener Phase geworden. Der gemeinsame Kampf mit »ausländischen« ArbeiterInnen begann die politische Integration der »Deutschen« in den Staat zu zersetzen. Wo das Kapital durch die Rotation die Unerfahrenheit zirkulieren lassen wollte, ließen 'zig Millionen ArbeiterInnen ihre Erfahrungen zirkulieren und damit auch die Kämpfe zwischen den Peripherien und den Industriezentren Europas (oft mehreren Stationen hintereinander, z.B. von Süditalien zuerst in die BRD und dann nach Turin). Der Krisenangriff 73/74 zielte auf diese Klassenzusammensetzung und stoppte folgerichtig auch die Anwerbung.

2 Die Entwicklung nach 1974: Prekarisierung

Die Krisenpolitik nach 1974 mit ihren Massenentlassungen trieb viele WanderarbeiterInnen zur Rückkehr. Mit dem neuen Akkumulationszyklus kam dann auch die Immigration wieder in Gang.

a) Die Rekrutierung neuer FabrikarbeiterInnen aus den »deutschen Minderheiten« in Osteuropa machte eine kanalisierte Einwanderung von Arbeitskräften möglich, ohne Deutschland offiziell zum Einwanderungsland zu machen. Der deutsche Staat förderte den »Ausreisedruck« aus Polen, Rumänien und der SU. Von den »Aussiedlern« erwartete das Kapital die Mobilität und Unerfahrenheit von frischen ImmigrantInnen und weitgehende politische Loyalität (nicht zuletzt Antikommunismus). Die Größenordnung dieser Immigration liegt allerdings mit ca. 60.000 pro Jahr weit unter den »Gastarbeiterströmen der frühen 70er.

b) WanderarbeiterInnen aus der Türkei und Jugoslawien hatten wegen der anhaltenden schlechten Wirtschaftslage in ihrer Heimat wenig Gründe zurückzugehen. Sie holten ihre Familie nach und wurden zu dauerhaften BRD-Bewohne-

Lesetip:

Das Heft Nr. 151/Dez. 91 der Ila - herausgegeben von der Informationsstelle Lateinamerika beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem »informellen Sektor«. Neben Artikeln über die Fluchtbewegungen allgemein und ihren Zusammenhang mit der Entwicklung des informellen Sektors finden sich im Heft zahlreiche Artikel, die die Situationen in einzelnen lateinamerikanischen Ländern beschreiben. Dabei geht es vor allem die Verlagerung der Beschäftigung von der großen Industrie in Straßenhandel, Schmuggel und Kleinwerkstätten. Das heißt auch, daß sich die Organisations- und Kampfformen der ArbeiterInnen verändern. In La Paz müssen die StraßenhändlerInnen gewerkschaftlich organisiert sein, wenn sie eine Genehmigung haben wollen. Interessant die Aussage eines ehemaligen Gewerkschaftsführers »Obwohl mir in vielerlei Hinsicht die Freiheit der Straßenarbeit gefällt, herrscht in diesem Bereich ein großes Vertrauensdefizit. In der Fabrik waren wir alle aufeinander angewiesen, um die Arbeit überhaupt zu schaffen. Wir alle wußten um die Unterstützung der Gewerkschaft bei unseren gemeinsamen Problemen. Hier muß sich jeder alleine durchschlagen. Klar, daß wir so nur wenig Sympathie füreinander hegen. Aber ich versuche, die wichtigen Erfahrungen aus der Gewerkschaftszeit nicht zu vergessen: Die Solidarität mit anderen Mitgliedern der Arbeiterbewegung. Wenn immer es möglich ist, verlange ich von mittellosen Käufern kein Geld oder nur sehr wenig.« Das Heft enthält Interviews mit einem Kleinunternehmer, mit Frauen, die als Prostituierte oder Haarflechterinnen arbeiten und mit einer Frauenorganisation. Außerdem Einschätzungen von Repräsentanten politischer Bewegungen über den »informellen Sektor«, der inzwischen alles andere als »marginal« ist. Der Tupamaro E.F.Huidobro dazu: »Faktisch haben wir heute schon zwei Welten vor uns, klar voneinander abgegrenzt bis hin zu ihren unterschiedlichen Wirtschaftsgesetzen. Aber das, was wir früher marginal oder minoritär nannten, das ist heute das Zentrale, das ist die Armutswirtschaft. ... Da beginnt eine neue Wirtschaft zu funktionieren, mit Chefs, Angestellten, auch Yuppies; Yuppies ohne Zähne, aber eben Yuppies. Die sind die Herrscher im Stadtviertel, die Mafia, die dort regiert, wo es Drogenhandel und Prostitution gibt. Sie diktieren die Regeln, sorgen für Ordnung. Und hier gibt es natürlich auch Klassenkämpfe. Du mußt nicht denken, daß alle diese Verkäufer auf der Hauptstraße von Montevideo in Elend und Armut leben. Manchen haben 10, 12 Stände und eigene Angestellte. Die haben einen Supermarkt des Straßenhandels mit seinen eigenen Gesetzen und einer kapitalistischen Akkumulation, die manchmal riesig ist. Das sind keine kleinen Fische mehr.« Auf die Frage: Es gibt in der BRD Leute, die glauben, daß im informellen Sektor eine neue Klasse entsteht, die hervorgegangen aus spontanen Aufständen, sogenannten »riots«, das revolutionäre Subjekt der Zukunft sein wird. Eine Klasse, die aus der Armut heraus die Werte einer besseren Gesellschaft hervorbringt. antwortet er: »Heutzutage habe ich keine so idealistische Sicht. Ich glaube nicht, daß man automatisch sagen kann, daß im informellen Sektor die neuen Wertvorstellungen entstehen. Denn im informellen Sektor kenne ich Yuppie-Chefs und proletarische Arbeiter, elende Kleinbauern, Parias, Prostitution, Drogen - all das, was sogar die andere, die »formelle« Welt beliefert. Da gibt es Händler, die aus diesem Sektor Prostituierte rekrutieren und sie nach Mailand exportieren.... Du kannst nicht behaupten, daß hier die Werte der neuen Gesellschaft enstehen. Alle möglichen Werte tauchen auf, wie in jeder nach Klassen strukturierten Gesellschaft, gibt es auch hier offensichtlich Ausgebeutete. Es gibt andererseits in meinem Land eine Gewerkschaft der Prostituierten. ... Wir haben da keine soziale Klasse vor uns, sondern eine sehr paradoxe, außergewöhnliche kapitalistische Struktur mit ihren spezifischen sozialen Klassen. Und dort kommt es auch zum Klassenkampf. Hier müssen wir agieren und eine genaue Klassenanalyse machen: wen unterstützt und wen bekämpfst du?«

ILA - Informationsstelle Lateinamerika e.V., Oskar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1. ila erscheint 10 mal im Jahr, ein Einzelheft kostet 5 Mark, das Jahresabo 50 Mark. Kto.-Nr. 583 99-501 Postgiro Köln (BLZ 370 100 50)

rInnen. Der Staat versucht, sie über sozialarbeiterische »Integrationsprogramme« an den Staat anzubinden. Scheinbar gegenläufig dazu werden selbst hier geborene Kinder von WanderarbeiterInnen rechtlich als »Ausländer« nicht den Deutschen gleich-, sondern unter permanenten Vorbehalt gestellt.

c) Der Personalabbau in den Fabriken und die Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse hat die Immigration aus Staaten wie der Türkei nicht beendet. Sie findet jetzt unter »prekären« Bedingungen statt, z.B. im Rahmen des Familiennachzugs und durch Einheirat. Die Beschäftigungsquote von Türken in der BRD sank von 71% im Jahre 1970 auf 35% im Jahre 1990 (gegenüber 40% im BRD-Durchschnitt). Diese Zahlen lassen nicht nur auf die größere Kinderzahl schließen, sondern auch auf Arbeitslosigkeit und v.a. vermehrte Schwarzarbeit, vom Staat durch restriktive Vergabe von Arbeitserlaubnissen gefördert. Viele dieser Jobs entstehen in einem neuen Niedriglohnsektor von Familien- oder »ethnischen« Betrieben, wo z.T. ehemalige Fabrikarbeiter die Kapitalisten sind.

3 Nach den Militärputschs in der Türkei und Polen, dem Umsturz im Iran dem Bürgerkrieg in Afghanistan, Sri Lanka und im Libanon kommen zigtausende von Menschen, die politisch verfolgt sind oder die einfach einen Weg raus aus der Armut suchen. Die einzige legale Aufenthaltsform ist der Asylantrag. Gleichzeitig wird dies eine neue Form der Arbeitsmigration.

Das Arbeitsverbot während des Verfahrens und nach Ablehnung des Antrags zwingt zur illegalen Arbeit.

* Das Asylverfahren ist ein flexibles Instrument, um die Migration zu selektieren und bei Bedarf auszudehnen oder zu verengen, die Bedingungen zu verschärfen oder zu lockern.

* Das Verfahren hat es bislang erlaubt, eine gewisse Kontrolle über den Schwarzarbeitsmarkt ausüben.

* Außerdem werden alle Einwanderinnen und Einwanderer politisch überprüft (Geheimdienste cheken Verfolgungsgeschichte und kontrollieren die Leute weiterhin.)

* Die Ausgrenzung der AsylbewerberInnen aus dem legalen Arbeitsmarkt trägt dazu bei, sie als ArbeiterInnen zu entpolitisieren - d.h. sie können sich kaum als Teil der hiesigen Arbeiterklasse begreifen. Dies fördert eine Orientierung nach ethnischer Zugehörigkeit, die gut in die modernen Sozialstaatskonzepte der multikulturellen Gesellschaft passen. (Die auf Nordeuropa beschränkte Er-

scheinung, daß AsylbewerberInnen Sozialhilfe bekommen, hat nur solange als sozialstaatliche Schutzmaßnahme gegenüber der einheimischen Arbeiterklasse funktioniert, wie das Asylverfahren als Übergang zur Eingliederung in den offiziellen Arbeitsmarkt bzw. das Ausbildungssystem verstanden wurde. Die fast nur noch aus Sachleistungen bestehende Sozialhilfe ist heute hingegen ein Grundeinkommen, das mit Schwarzarbeit aufgestockt wird. D.h. auch ein niedriger Stundenlohn wird akzeptiert, wie die Teilnahme an den Sozialamts-Jobs zeigt.)

4 1988/89 setzte das osteuropäische Proletariat seine eigene Mobilität durch. Die dauerhafte oder zeitweilige Auswanderung nach Westen sprengte nicht nur die Klassenzusammensetzungen in Osteuropa, sondern auch in Westeuropa. Speziell die BRD ist nun Ziel der osteuropäischen Immigration, deren unterschiedliche Kategorien sich v.a. aus den vorhandenen Gesetzen ableiten: »Übersiedler«, »Aussiedler«, »Asylanten« und »Illegale«.

a) Galten die ersten Flüchtlinge aus der DDR im Sommer 1989 als »stark motiviert«, schuf die »Wiedervereinigung« das Problem, wie ein gespaltener Arbeitsmarkt aufrechterhalten werden kann. In Ostdeutschland gelten niedrigere Tarife, aber die 8 Mio. ArbeiterInnen können sich frei auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewegen. Die Übersiedlung in den Westen (seit 1989 etwa eine Million Übersiedler) oder das Pendeln v.a. von jungen und ledigen ArbeiterInnen (500 000 täglich) nimmt den Abwehrkämpfen in den abgewickelten Betrieben einige Kraft. Gleichzeitig akzeptieren die Ostdeutschen in den Westbetrieben oft niedrigere Löhne, was zu erheblichen Konflikten führt. Spezielle »Ossi-Abteilungen« entstehen, in denen von den Ansässigen (bzw. Alt-Immigranten) niemand arbeiten würde (z.B. im Hamburger Hafen).

b) Seit der »Wiedervereinigung« scheint kein Interesse mehr an »Aussiedlern« aus Osteuropa zu bestehen, die sich dauerhaft hier niederlassen und für deren Reproduktion und Ausbildung der Staat aufkommen muß. Bis heute sind ca. 1,2 Mio. von ihnen eingebürgert worden, aber aufgrund der schlechteren Qualifikation, der fehlenden Deutschkenntnisse ist ihre Arbeitslosenrate bis heute sehr hoch. Als Konsequenz werden jetzt die Kontrollen zum Aussieben »nichtdeutscher« MigrantInnen, die als »Aussiedler« in die BRD zu kommen versuchen, verschärft und in die osteuropäischen Länder vorverlegt. Angesichts der Zahlen von zwei Millionen weiteren ausreisewilligen »Sowjetdeutschen« will die SPD den Aussiedler-Paragraphen ganz abschaffen; die Regierung verhandelt mit Rußland über Privilegien für »Rußlanddeutsche« dort.

c) Gleichzeitig haben sich die Zahlen der Asylbewerber mehr als verdoppelt (insgesamt 700 000 seit 88). Die Regierung geht zudem von z.Zt. 500 000 illegalen Einwanderern in der BRD aus.

* Legal Eingereiste, deren Touristenvisa abgelaufen sind. Neben Schwarz-Kleinhandel arbeiten sie v.a. in klassischen, großteils von »illegalen« Sklavenhändlern kontrollierten Schwarzarbeitersektoren wie Bau, Gebäudereinigung, Obst- und Weinernte usw., wobei sie die bisherigen Schwarzarbeiterlöhne drücken. Falls sie Asylanträge stellen, dann, um sich abzusichern oder auch, um eine Zeitlang von Sozi zu leben.

* PolInnen können ohne Visum einreisen, bekommen aber i.d.R. keine Arbeitserlaubnis. Sie können jederzeit abgeschoben werden und bei »Fehlverhalten« durch Stempel im Paß »gesperrt« werden. Dumping-Löhne im BRD-Schwarzarbeitssektor sind, in Zloty umgewechselt, immer noch recht hoch.

* Illegal Eingereiste. Sie werden meistens in der Türkei und Südosteuropa von Schleppern direkt als ArbeiterInnen angeworben. Einige setzen ihre Hoffnungen auf die Hilfe der Landsleute hier, um eine Arbeit zu finden. Andere kommen sowieso mit der Perspektive, sich hier als Händler zu betätigen oder krimineller Arbeit nachzugehen. Viele werden trotz der hohen Preise für Schlepper an der Grenze erwischt. Sie wissen, daß sie »Asyl« sagen müssen, um nicht sofort abgeschoben zu werden. Diesen Migranten ist die Sozialhilfe vielleicht ganz recht, aber nicht der entscheidende Grund für ihr Kommen.

Bei allen Gruppen bestimmt v.a. der Staat die Grenze zwischen Asyl und Illegalität.

d) Die Asyl-Immigration wirft für den Staat einige Probleme auf: Die Leute können nicht einfach ohne Verfahren abgeschoben werden, sie lassen sich aber auch nicht alle in die Ausbeutungsordnung einbauen. Die BRD verhandelt mit den Balkan-Staaten, damit die Roma dort bleiben.

e) Im Sommer 1991 steigerte der Staat bewußt die Zahl der Asylanträge (indem er einfach die Überwachung der grünen Grenze verschärft) und initiierte eine neue Kampagne gegen die »Asylanten«, z.T. indem er sie selbst noch mieser behandelt (sofortige ED-Behandlung für alle; Internierungslager...), v.a. aber, indem er gezielt kommunale Kassen belastet und über die Medien an rassistische Strömungen appelliert, dem angeblichen Volkswillen nachzuhelfen. Der Osten wird zum Faschistengebiet erklärt. Damit werden drei Ziele erreicht, von denen zwei mit den ImmigrantInnen so gut wie nichts zu tun haben:

* die sich entwickelnden Arbeiterkämpfe in der Ex-DDR werden über die unmittelbar Beteiligten hinaus kaum bekannt;

* es werden neue Legitimationen für den Ausbau der staatlichen Gewalt im Osten geschaffen (v.a. die »Ausländerfreunde« fordern: Bullen, Bullen, Bullen);

* alle ImmigrantInnen sollen von vornherein eingeschüchtert werden und Forderungen, wenn überhaupt, nur noch als Opfer stellen.

5 Die Bundesregierung legt die Grundlagen für eine neue Migrationspolitik:

a) EG-Politik: Die EG-Staaten erwarten im Binnenmarkt 93 zwar keine größeren Wanderungen von EG-Bürgern, aber die einzelnen Länder versuchen, die unterschiedlichen Situationen (z.B. geschätzte 2 Mio. völlig Illegale in Italien) zu vereinheitlichen, u.a. über europaweite Repressionsorgane (Schengener Abkommen/TREVI). Auch das Asylrecht wird vereinheitlicht werden.

b) Lösung von »Altlasten«: TürkInnen/KurdInnen und JugoslawInnen sind dauerhaft eingewandert, haben sich aber nicht kulturell »assimiliert«, sondern ethnische Communities gebildet, in denen Erfahrungen über ein weites Spektrum von staatlicher Sozialarbeit über garantierte Fabrikarbeit bis zu ethnischen Klitschen (in denen z.B. das starre BRD-Ausbildungssystem faktisch außer Kraft ist) und halblegalen Familien-Minibetrieben zirkulieren. Die in der BRD aufgewachsene Generation löst sich von den Begrenzungen des bäuerlichen Hintergrunds ihrer Eltern und ist gleichzeitig institutionell aus der BRD-Gesellschaft ausgeschlossen. Was Pädagogen und Bullen als Probleme sehen (Schulversagen, Kriminalität), drückt aus, wie wenig ein Teil dieser Generation in die produktive Kooperation der BRD integriert ist. Das seit 1991 gültige neue Ausländergesetz ist eine Art Wasserscheide: Den Angepaßten wird die Einbürgerung erleichtert (Ausbildungsinvestitionen des deutschen Staats gehen nicht verloren), die Unangepaßten werden stärker prekarisiert. Im wesentlichen ist der Zwang zur Arbeit verschärft: Wer zu lange nicht arbeitet, kann ausgewiesen werden. (Laut einer Umfrage unter Jugendlichen mit türkischer Staatsangehörigkeit wollen 70% hier bleiben und die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen - trotz der rassistischen Hetze!)

c) Zum ersten Mal seit 1974 hat die BRD letztes Jahr wieder Anwerbeabkommen abgeschlossen und zwar mit Polen, Ungarn, CSFR, Jugoslawien, Portugal. Dabei sollen die Fehler der alten nicht funktionierenden Rotationspolitik vermieden werden, indem statt der 3-5jährigen »Gastarbeiter«-Verträge diesmal nur 3-Monats-Verträge abgeschlossen werden und z.B. auf dem Bau ungarische und deutsche Kolonnen nacheinander arbeiten. Es gibt aber schon Stimmen (z.B. im Gaststättengewerbe), die eine Verlängerung auf 9 Monate fordern. Damit werden die Löhne und Arbeitsbedingungen in legalen Bereichen wie Bau und Krankenhaus und die Kämpfe der hier Beschäftigten direkt angegriffen. (Es gab in einem Krankenhaus schon Flugblätter, die den gleichen Lohn für jugoslawische Schwestern fordern.)

d) Über den illegalen Sektor wissen wir z.Zt. wenig. In Paris, Amsterdam oder London gibt es seit Jahren bestimmte Sektoren, in denen fast nur illegale ImmigrantInnen arbeiten, allen voran die Konfektionsindustrie (siehe Artikel in wildcat Nr. 57). Es gibt Stimmen, die das nun auch für Deutschland erwarten ....

Migration und illegale Arbeit -

Überlegungen zu einem Untersuchungsprojekt

Die Arbeitsmigration findet heute in anderen Formen statt als in den 70er Jahren. Da die meisten veröffentlichten Zahlen nur die jeweiligen politischen Forderungen untermauern sollen, widersprechen sie sich oft und gegen nur wenig Einblick in die Realität der WanderarbeiterInnen. Eine Untersuchung ihrer Bedingungen und ihrer Erwartungen ist die erste Voraussetzung, um gemeinsam handeln zu können. Dabei geht es nicht um eine Untersuchung »von außen«, sondern um die gemeinsame Diskussion der Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen hier als ersten Schritt zu gemeinsamer Aktion.

Mittel der Untersuchung: Wir haben begonnen, Interviews mit ausländischen KollegInnen, ihren Familienangehörigen zu machen. Wir gehen in türkische oder polnische Cafés, die oft Vermittlungsbörsen für Jobs sind. Fragebögen als Leitfaden zu nehmen, kann dabei sehr hilfreich sein.

Die ersten Fragen sind:

1) Welche Dimensionen hat die Migration: wie viele »MigrantInnen« sind hier, wie viele kommen gerade, woher, aus welchen Gründen? Wieviele sind es im Vergleich zu früheren Einwanderungswellen - und zur Einwanderung in andere Länder, Regionen?

2) Welche Arbeiten machen sie hier? unter welchen Bedingungen, zu welchen Löhnen? Warum machen sie gerade diese Arbeiten? Wie ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt, wie entwikeln sich Ansprüche an Arbeit, welche Qualifikationen bringen sie mit? Wie wirken Ausbreitung von prekärer und illegaler Arbeit und Migration zusammen?

Während früher die im Heimatland angeworbenen »Gastarbeiter« zum großen Teil in »legale« Ausbeutungsverhältnisse rekrutiert wurden, ist heute für die Mehrheit der illegalen Einwanderer diese Möglichkeit versperrt. Sie bilden die hauptsächliche Arbeitskraft in bestimmten Branchen.

Da der »informelle Sektor« die Ausgangsbasis für fast alle neuen MigrantInnen ist, setzt hier unsere Untersuchung an. Die politische Einschätzung dieses Sektors bewegt sich zwischen zwei Extremen:

* Für die einen ist der illegale Sektor Druckmittel, um die Löhne und die sozialstaatlich abgesicherten Bedingungen zu untergraben. Gerade in der gewerkschaftlichen Propaganda ist der illegale Bereich (oder oft noch platter: »die Illegalen«) Hauptübel der aktuellen Deregulierungstendenzen; im Kampf dagegen sind deswegen alle Mittel recht, und seien es Ausländerbullen, die Illegale abschieben, oder schärfere Gesetze, um sie schon am Herkommen zu hindern.

* Anderen erscheint der illegale Bereich als Beginn einer alternativen, selbstbestimmten Produktion: das Proletariat verwerte sich hier selbst, der Staat habe nur marginale Bedeutung.

Die erste Position schlägt in die altbekannte Gewerkschaftsposition um: das Erreichte sichern, die eigene Klientel verteidigen - das gleiche Schema wie in den 80ern: Stammbelegschaften verteidigen, die Prekären dem Kapital zum Fraß vorwerfen. Die zweite Position bemüht sich, die Interessen der »neuen MigrantInnen« zu vertreten und übersieht oft u.a. die Ausbeutungsstrukturen innerhalb der »ethnischen« Betriebe.

Daraus ergaben sich weitere Fragen:

3) Über welche Kanäle kommen sie auf den Arbeitsmarkt?

4) Verhältnis zum Arbeitgeber: Ausbeuter vs. Landsmann

5) An welchen Biographien, Karrieren orientieren sie sich; wie sehen sie ihr eigenes Fortkommen?

Die Antworten geben uns hoffentlich Anhaltspunkte, um allgemeinere Fragen zu beantworten:

- Weitet sich in Deutschland der informelle Sektor aus? wie verhält er sich zu »garantierten« Bereichen (Lohnkonkurrenz; Ausweitung)? Entstehen bestimmte Sektoren (wie z.B: Konfektionsindustrie) neu auf der Basis von Niedriglöhnen?

- Wie entwickeln sich die Löhne in den bisherigen Sektoren von Schwarzarbeit?

Diesen Teil der Untersuchung dürfen wir nicht vorschnell auf die Arbeit der ImmigrantInnen einengen: es geht um die Frage der Ausweitung des gesamten prekären Bereichs - und welche Rolle darin die Migration spielt.

Wir haben in Berlin mit dieser Untersuchung begonnen. Jede/r von uns kennt Leute, die in solchen Arbeitsverhältnissen stecken. Oft genug arbeiten wir am selben Arbeitsplatz. Wir wollen versuchen, daraus ein Verhältnis von gemeinsamer Diskussion und Aktion zu machen.

Der »Fall von Algier«?

Militärputsch in Algerien – und die Weltöffentlichkeit scheint zufrieden damit. Was ist los in diesem Land, das viele Linke lange Zeit als letztes Bollwerk des Antiimperialismus betrachtet hatten und erst aufgeschreckt wurden, als das Militär während des Aufstands im Oktober 1988 über 1000 Menschen erschoß?[1]

Die algerische Regierung hatte noch Ende 1991 Parlamentswahlen durchführen lassen, um das Land weisungsgemäß endgültig auf den Pfad der parlamentarischen Demokratie zu bringen. Als die Partei der islamischen Integristen FIS dank des Mehrheitswahlrechts im ersten Wahlgang fast die absolute Mehrheit der Sitze erreichte, horchte die bürgerliche und die linke Öffentlichkeit auf. »Der Fall von Algier«, titelte die italienische kommunistische Tageszeitung »Il manifesto« und übte Selbstkritik an der »ideologischen Komplizenschaft« der europäischen Linken mit den »nichtkapitalistischen Wegen der Entwicklung«. Sie habe es lange mit angesehen, wie nach der Befreiung vom Kolonialismus Unfreiheit und Unterdrückung im »befreiten Land« fortbestanden hätten, schreibt Rossana Rossanda. Und zur eigenen Blindheit gegenüber der Religion schildert sie ihr Schlüsselerlebnis 1962, zwei Monate nach der Befreiung, im Taxi in Algier. Der junge Taxifahrer sagte: »Dank Gott ist Algerien jetzt frei«, – »Nein, dank Euch selbst«, erwiderte sie. »Nein, nein, dank Gott«, antwortete er entschieden...[2]

Souad, mein Geprächspartner, lebt seit drei Jahren in Berlin. Zur Wahl im Dezember ist er nach Algerien gefahren und kurz vor dem

Putsch zurückgekommen. Er gehört noch zur Generation der »Kriegskinder«. In der Kabylei geboren, war er seit Ende der 70er Jahre in der Berberischen Kulturbewegung aktiv. Er war beim »Berber-Frühling« 1980 und auch bei der Revolte 1988 dabei... [3] Souad ist erbitterter Gegner der Islamisten, die die Berber, die auch Moslems sind, als Ungläubige, als »Juden« bezeichnen, die Kleine Kabylei »Monaco« nennen wegen der freieren Sitten und der Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten.

Im Befreiungskampf hatten religiöse, laizistische und sozialistische Kräfte in einer Front gekämpft. Nach dem Putsch Boumediennes 1965 wurde die Religion immer mehr zum Herrschaftsinstrument. Er selbst gab sich als tiefgläubigen Moslem aus. Wie schon die religiösen Nationalisten in den zwanziger Jahren gab er Arabersein und Islam als Staatsreligion und nationale algerische Identität aus – sehr zum Unmut der Kabylen, deren Kulturbewegung zur einzigen Opposition wurde. Die Kompromisse der Regierung mit den Islamisten, die seit 1982 in Algerien offen auftraten, fanden ihren Ausdruck im reaktionären Familiengesetz, das nach Auseinandersetzung mit den algerischen Frauenorganisationen erst 1984 verabschiedet werden konnte. Unter der FLN-Diktatur konnten sich islamistische Studenten Schlägertrupps bilden und als kleine Minderheit ganze Wohnheime terrorisieren, wenn sie irgendwo Alkohol sahen oder den Verdacht hatten, daß die Geschlechtertrennung nicht eingehalten wurde. Gewissermaßen ist die FIS ein Produkt der FLN. Zudem tragen sie ähnliche Züge: beide sind »Fronten«, die aus unterschiedlichen Gruppierungen bestehen und sich als klassenübergreifend sehen.

Seit dem Beinahe-Wahlsieg der FIS suchen die Journalisten nach den Gründen für die Hinwendung zum Islam: die Verarmung der Bevölkerung, die immer schlechtere Versorgung mit Lebensmitteln, die katastrophale Wohnungsnot, das Fehlen anderer Organisierungsmöglichkeiten, die Suche nach Identität. In ihrer Berichterstattung setzen sie oft den Haß auf die herrschende FLN-Clique fälschlich gleich mit einer Identifikation mit den Zielen der FIS.

Das Sichklammern an die Religion bei weiten Teilen der Bevölkerung ist zum Teil Ausdruck von Verzweiflung, zum andern bietet sich die religiöse Partei als Organisator des täglichen Lebens gerade für die armen Leute an. Die Moscheen sind soziale Treffpunkte, die Partei organisiert kleine Märkte zur Versorgung der Bevölkerung.

In der Tat hätten die Islamisten hart gearbeitet für ihren Erfolg, sagt Souad. Als einzige Partei haben sie die Kleinarbeit der Organisierung im Stadtviertel gemacht. Ihre Anhänger sind nach Feierabend noch stundenlang aktiv, organisieren, sammeln Geld – im Gegensatz zu vielen linken Gruppierungen, »die feiern lieber«.

Die Islamisten in Algerien haben immer viel Geld aus Saudi-Arabien und den USA bekommen. Der Golfkrieg und die offensichtliche Parteinahme breiter Teile der Bevölkerung für Irak und Palästina brachte die Partei in politische Bedrängnis. Die Ausbildung von Freiwilligen für den Dschihad war ein Mittel, die Begeisterung zu kanalisieren. Eingesetzt wurde keiner.

Fatima Mernissi hat vor einem Jahr den Zusammenhang zwischen dem Goldkrieg, die Erniedrigung der orientalischen Kultur durch die amerikanischen Bomben auf Bagdad und die absehbare Stärkung der reaktionärsten Tendenzen in den islamischen Gesellschaften hervorgehoben: »Aber in dieser Nacht vom 16. Januar sind es die Araber, die zu Sioux-Indianern wurden. Mehr denn je werden sie nun die verschleierten Frauen benötigen, um zu verbergen, wie nackt sie dastehen. Und um das Theater von vorgestern zu spielen. Jetzt werden alle arabischen Regime fundamentalistisch werden, denn sie haben den Schleier nötiger denn je zuvor!«

Während der Revolte 1988 agierten die Islamisten recht erfolgreich, indem sie den Volkszorn in Worte faßten und die Korruption des FLN-Regimes angriffen. Inzwischen haben auch sie sich die Hände schmutzig gemacht. Da sie als einzige Partei außer der FLN in allen Dörfern präsent waren, konnten sie bei den letzten Kommunalwahlen die Mehrheit der Protestimmen bekommen: wer gegen die FLN war, hat FIS gewählt. Danach zogen in zwei Drittel der Gemeindeverwaltungen FIS-Leute ein – oft ohne jegliche Erfahrung mit diesem Geschäft. Während die FLN-Bürgermeister immer einen Teil der Gelder in die eigene Tasche gewirtschaftet haben, verschieben die FIS-Bürgermeister das Geld vorwiegend in die Parteikasse, um populäre Aktionen zu finanzieren. 122 von ihnen sitzen inzwischen wegen Betrug im Knast. Für die Bevölkerung hat sich nicht viel geändert: die FIS hat Treffpunkte von Jugendlichen geschlossen und für eigene Zwecke umfunktioniert. Bei den Parlamentswahlen haben von 13 Millionen Wahlberechtigten nur noch 3 Millionen FIS gewählt – eine Minderheit. »Die größte Wählergruppe waren die Nichtwähler: fünf Millionen haben gesagt: ist doch egal, wer drankommt, es wird sich doch nichts ändern.« Zwei Jahre nach Einführung der »Demokratie«!...

Die massenhaften Demonstrationen, die alle anderen Parteien, Frauenorganisationen usw. am 2. Januar gegen die Machtübernahme der Islamisten organisiert hatten, waren das Signal für den Sturz Chadlis und eine Regierungsbildung unter dem Schutz des Militärs. Die Wahlen wurden um zwei Jahre verschoben. Die »Weltöffentlichkeit« hat das begrüßt als »Schritt zur Demokratie«.

Wer hat die Macht übernommen? Warum sehen viele Linke darin das kleinere Übel?

Wie der Politologe Bruno Etienne in einem Interview in der Taz erklärt, hat nicht das Militär, sondern der »militärisch-industrielle Komplex« heute die Macht in Algerien übernommen. Nach der Einleitung der »Demokratisierung« Ende 1988 waren Armee und Partei getrennt worden. Wie in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern kaufen die Generäle (die ein sehr hohes Einkommen haben!) seither die zur Privati-

sierung vorgesehenen Staatsbetriebe auf und betätigen sich als Privatkapitalisten.

Das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung sieht IWF-Kredite, die Öffnung des Landes für ausländisches Kapital und die Zulassung von Privatbetrieben vor. Nach 30 Jahren staatlich induzierter Entwicklungspolitik unter einer immer korrupteren Einheitspartei gibt es wenig Opposition gegen diese Ausrichtung – sofern die Regierung das Land vor dem »Ausverkauf« schützt. Und es scheint einige Konzerne zu geben, die Algerien als neuen Produktionsstandort betrachten. FIAT hat beispielsweise eine Autofabrik im östlichen Landesteil errichtet, in der demnächst Autos sowohl für den Export als auch für den Binnenmarkt produziert werden. »Privatbetriebe zahlen den Arbeitern dreimal soviel Lohn wie die Staatsbetriebe, ihre Produkte sind viel besser, die Busse der Privatbuslinien sind sauberer – darauf schauen die Leute«, sagt mein kabylischer Gesprächspartner. Aber wie soll ausgerechnet eine privatwirtschaftlich orientierte Regierung das Wohnungsproblem lösen? Das Recht auf Wohnung wurde nach Boumediennes Tod aus der Verfassung gestrichen. Das Land ist heute hochverschuldet, der Ölpreis liegt niedrig, der Spielraum der Regierung ist also gering. Wie soll das Wirtschaftswunder aussehen, das die verarmten Massen, die arbeitslosen AkademikerInnen zufriedenstellt?

Die neue Regierung scheint entschlossen, die FIS mit aller Härte zu zerschlagen: Verbot öffentlicher Versammlungen (das Freitagsgebet auf der Straße gehört dazu), Verhaftungen von Anführern. Mit Panzern im Rücken schikanieren die Polizisten jetzt systematisch Islamisten oder wen sie dafür halten: weißes Gewand und Bart reicht zur Identifizierung. Viele Linke sehen mit Genugtuung zu. Für sie sind das eh nur faschistische Banden, die ihnen das Leben schwer machen. Es gab bisher überraschend wenig Protest gegen die Maßnahmen des Militärs – viele scheinen das als eine Auseinandersetzung zwischen FLN und FIS zu sehen, wo sie nicht dazwischengehen wollen. Das Klima in den Städten soll geprägt sein von Angst und unterdrückter Aggressivität.

Etienne hingegen hält die Islamisten für die stärkste politische Kraft im Land. Er bezweifelt, daß das Regime ohne sie regieren kann. »Das Regime hat wenig Spielraum. Niemand will arbeiten, wozu auch? Es gibt keine Perspektive... 70% haben nichts zu beißen, also auch nichts zu verlieren.« Der Ausschluß der FIS könnte seiner Ansicht nach auf einen Bürgerkrieg, auf jugoslawische Zustände hinauslaufen, wobei die Frage der Loyalität der unteren Grade der Armee offenbliebe. Seine zynische Lösung: »...der historische Kompromiß – der islamisch-kapitalistische Maghreb, wie ihn Saudi-Arabien und dahinter die USA und Frankreich wollen: Die FIS übernimmt den Bazar und die moralische Ordnung. Es ist die Solidarność-Formel: Die Islamisten bringen die Leute zur Arbeit zurück, und der kapitalistische Kern bleibt beim militärisch-industriellen Komplex.« Chadli und einige andere mögen in diese Richtung gearbeitet haben – die gemäßigten Fraktionen der FIS sind ja dem technischen Forschritt gegenüber keineswegs abgeneigt. Den Massen eine revolutionäre und universelle Alternative anbieten und sie gleichzeitig zur Arbeit antreiben?

Souad sieht das übrigens anders: »die Islamisten? die sind doch alle faul. Wie kann denn jemand, der arbeitet, den ganzen Tag in einem weißen Gewand rumlaufen...«. Ihn selbst macht die abwartende, lethargische Haltung in Algerien ungeduldig: »Ich habe in Frankreich und Deutschland gelebt. Ich weiß, daß man arbeiten muß, wenn man was erreichen will.« Er sieht die augenblickliche Sitution so: »Jetzt hat die Linke zwei Jahre Zeit. Wenn sie bis dahin nichts zustandebringen oder sich wenigstens untereinander einigen, siegen die Islamisten zu recht. Besser diese Regierung, die streng nach den Gesetzen vorgeht, als die Herrschaft der FIS, die gesagt hat, daß sie keine Opposition duldet und überall die Scharia einführen will.«

Seit der Machtübernahme durch den Hohen Sicherheitsrat sind tausende von FIS-Kadern verhaftet worden und bei Auseinandersetzungen auf der Straße über 60 Menschen getötet worden. Islamisten haben Anschläge auf den Machtapparat unternommen, bei der Durchsuchung von Moscheen werden große Waffenlager entdeckt. Niemand will sich in diesen Tagen Spekulationen hingeben. Während die Panzer das Straßenbild bestimmen, ist die Regierung vielleicht schon am Verhandeln mit Teilen der FIS – die Frage ist, wie sich dann die Leute verhalten, die im Oktober 1988 revoltiert haben...

1 In Wildcat Nr. 47 gibt es einen ausführlichen Artikel dazu
2 Il manifesto, 5.1.92
3 Die Bewohner der Kabylei gehören zur Bevölkerungsgruppe der Berber, die lange vor den Arabern in Algerien lebten. Die Spannungen zwischen beiden Volksgruppen wurden von der französischen Kolonialregierung genährt. Berberische Organisationen beteiligten sich jedoch an vorderster Front im Befreiungskrieg, gegen dessen Ende es zu einer zweitweiligen Sezession der Kabylei kam. Ende der 70er Jahre entstand gegen den arabischen Nationalismus der FLN die anfangs stark nationalistisch ausgerichtete "Kulturbewegung", die im Frühjahr 1980 einen Aufstand organisierte. Zwischen der Partei dieser Bewegung RCD und der FSS des alten sozialistischen Kämpfers Ait Ahmed, der 1965 ins Exil gehen mußte, besteht Konkurrenz aufgrund der unterschiedlichen politischen Geschichte.
4 in: Arbeiterkampf Nr. 328 vom 11.3.91, S. 12
5 Taz vom 29.1.92

Buchhinweis:

Salima Mellah ist in Algier aufgewachsen, lebt aber seit langem in Deutschland. Im Frühjahr 1991 ist sie zweimal in Algerien gewesen. Zwischen ihrem letzten Aufenthalt 1988 lagen drei Jahre und die Oktoberrevolte. Sie hat in einem längeren Reisebericht die Veränderungen in der algerischen Gesellschaft seit der Einleitung des Demokratisierungsprozesses beschrieben. Über Verwandte und Freunde erlebt eine neue Hinwendung zur Religion und zur islamischen Tradition. Sie schildert, wie die Leute mit der Verschlechterung der materiellen Situation umgehen: Lehrerinnen, die ihren Job aufgeben, weil sie mit Kuchenbacken in Heimarbeit ein Vielfaches verdienen. Sie versucht zu verstehen, warum sich so viele Menschen zu den Islamisten bekennen – und vor allem, warum Frauen das tun. Sie besucht Frauenorganisationen verschiedener politischer Richtungen, macht Interviews, übersetzt Artikel aus algerischen Zeitungen. Dabei wird hauptsächlich das Leben in Algier beschrieben, der Blick auf die Provinz oder das Leben der Unterklassen in den Vorstädten kommt ein wenig zu kurz. Salimas besonderes Anliegen ist es, westliche KritikerInnen zu zwingen, genauer hinzuschauen, statt selbstgerecht die Frauen in den westlichen Industrieländern als »fortschrittlicher« und »emanzipierter« über die algerischen Frauen zu stellen, wie dies die Zeitschrift »Emma« tat. Sie sagt, im Iran sei doch nicht der Islam das Problem, sondern das terroristische System, das in seinem Namen regiert. – Aber gerade im Iran hat sich die Linke schon einmal verschätzt, als sie mit den Religionsführern ein Bündnis einging...

Salima Mellah, Algerien – Momentaufnahmen aus einem Land in Aufruhr, Schwarze Risse Verlag Berlin 1991, 16 Mark.

Rückkehr nach CHINA

von Charles Reeve

Charles Reeve, bekannt als Autor des Buches Der Papiertiger – über die Entwicklung des Kapitalismus in China *(1971; deutsch: Verlag Assoziation, Hamburg, 1975) hat nach dem Massaker in Peking vom Juni 89 China bereist und analysiert im vorliegenden Artikel (übersetzt aus der französischen Zeitung* Le monde libertaire, *Juni 91) die chinesische Wirtschaftspolitik, die Studentenbewegung und die Ereignisse, die zum Massaker geführt haben.*

*»Der Papiertiger« war ein Versuch, der damaligen Begeisterung für die chinesische Kulturrevolution eine materialistische Analyse der chinesischen Gesellschaft entgegenzustellen. Unter dem Motto »All den Genossen gewidmet, die immer noch glauben, anstatt zu denken« bringt er einen historischen Überblick von den Streiks und Aufständen der chinesischen Arbeiterklasse in den 20er Jahren über die Gründung der Volksrepublik bis zur Beendigung der »Kulturrevolution« per Dekret. Er kommt dabei zu ähnlichen Ergebnissen wie Cajo Brendel (*Thesen über die chinesische Revolution, *Edition Nautilus, Hamburg 1977):*

Entgegen der maoistischen Darstellung war die Bodenreform, wie auch später die Einführung der Volkskommunen, kein egalitäres Experiment, sondern nur der Notwendigkeit geschuldet, die Kapitalakkumulation auf dem Land in Gang zu bringen, während in der Industrie durch die Einführung des vorbildlichen Sozialsystems eine Art Keynesianismus praktiziert wurde. Eine Besonderheit des chinesischen Staatskapitalismus war allerdings die Zuhilfenahme ideologischer Kampagnen und der Einsatz der Kategorie »Bewußtsein«, stärker als dies z.B. in der SU praktiziert wurde. Dabei waren Kampagnen wie der »Große Sprung nach vorn« oder die »Kulturrevolution« nur Höhepunkte in der Forcierung der kapitalistischen Entwicklung.

Die politische Entwicklung in der Volksrepublik China hat sich immer auf der Grundlage der sozialen Widersprüche, im Spannungsfeld zwischen staatlichem Kapital und Arbeiterklasse vollzogen. Erhöhung der »Produktivität« und Verschärfung der Ausbeutung sind die Seiten derselben Medaille. Die Annäherung an den »normalen« Kapitalismus führte zu Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse (in »Orthodoxe« und »Reformer«). Differenzen über die Frage, wie die Produktivität der Arbeit erhöht werden kann. Aber auch Differenzen über die Beteiligung an der Macht und über die Beteiligung an den Privilegien. In diesem Sinne gibt es wesentliche Parallelen in der Entwicklung aller »staatskapitalistischen« Gesellschaften. Während in Europa der Machtkampf innerhalb der staatlichen »Eliten« entschieden scheint, ist diese Frage in Asien noch offen. Und ebenfalls noch offen ist die Frage, ob sich die chinesischen (und vietnamesischen) ArbeiterInnen ebenfalls durch die soziale und politische Katastrophe der »Befreiung vom Joch des Kommunismus« schicken lassen werden.

Ende 1990 verkündet Li Peng eine Wiederaufnahme des »Reform«prozesses, im Laufe dessen »der dem Markt zufallende Anteil der Wirtschaft wachsen wird«. Bereits seit Monaten wußte das internationale Kapital, daß die »Rezentralisierung der Wirtschaft« nichts anderes war als eine leere ideologische Formel im Rahmen der Wiederherstellung des sozialen Friedens, der durch den Frühling 1989 erschüttert worden war. Die Kapitalisten haben die vorgeschlagenen Sanktionen der Menschenrechts»vertreter« nicht durchgeführt und ihr Vertrauen in den Fortgang der »Reform«politik gezeigt; die Investi-

tionen steigerten sich auf einen neuen Rekord seit 1949. Im April 1991 wird der Bürgermeister von Shanghai zum stellvertretenden Premierminister ernannt. Dieser »Reformer« symbolisiert gut die Verbindung zwischen der Repression im Frühling 1989 und der Notwendigkeit der Fortsetzung der »Deng-Linie«. In Shanghai sprach er sich gegen die Intervention der Armee aus, organisierte aber öffentliche Prozesse, in denen ProletarierInnen, die an den Revolten teilgenommen hatten, zum Tode verurteilt wurden. Ein unwiderlegbarer Beweis seiner Reformqualitäten! Wie nach jeder sozialen Bewegung, die die herrschende Ordnung in Gefahr bringt, eignen sich diejenigen, die die repressive Aufgabe im Namen der Orthodoxie übernommen haben, in der Folge die Vorschläge der Reformer an, die sie auf der Strecke gelassen haben. Und wie sollte es auch anders sein? Es scheint, daß die herrschende Klasse allein durch die Fortführung der »Deng-Linie« die Krise des chinesischen Staatskapitalismus überleben kann. Es geht um die bestmögliche Verwaltung der destabilisierenden sozialen Konsequenzen der »Reform«politik. Aber greifen wir nicht vor!

Zu Beginn ist es wichtig zu sehen, wie die Bewegung des Frühling 1989 selbst ein Produkt der »Reformen« war; wie die breite Beteiligung aus dem Volk den Rahmen der staatlichen Strategie gesprengt hat. Die Politik der »Modernisierung und der Reformen« die um 1977-78 von der herrschenden Klasse in China in Gang gesetzt wurde, fand ihren Ausdruck in einer verstärkten Öffnung für den Markt. Der Privatbesitz wurde wieder zum vorherrschenden Element in der Landwirtschaft; kleine lokale Industrien wuchsen rasch; ausländisches Kapital investierte massiv in »freie Produktionszonen«. Für einige Jahre schien dieser Kurs eine Alternative zum Niedergang der zentralisierten Wirtschaft darzustellen. Am Ende der 80er Jahre erscheint dennoch die Inflation in China als ein Symptom eines wirtschaftlichen Defekts und wie eine Offenlegung der Krise des Produktionssystems. Dieses Mal ist die landwirtschaftliche Produktivität nicht mehr das grundlegende Problem des Staates. Indem die private Landwirtschaft favorisiert wurde, haben die »Reformer« das Abführen eines bedeutenden landwirtschaftlichen Überschusses erreicht. Das war der große Erfolg der »Deng-Linie«. Doch diese Überschüsse führen nicht zu einer verstärkten sozialen Akkumulation, sie finden kein Gegenstück in einer Wiederaufnahme der industriellen Investitionen. Die klassische Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation – eine industrielle Entwicklung als Folge einer gestiegenen landwirtschaftlichen Produktivität – blieb blokiert. Die »Modernisierung« der Ausbeutung der Arbeitskraft in den alten staatlichen Sektoren war ein weiteres Mal vor eine ungewisse Zukunft gestellt. Nur das massive Eindringen von privatem ausländischem Kapital führte zu einer intensiven Ausbeutung eines Teils der Arbeiterklasse. Die bedeutendste Konsequenz war dabei der Bruch, der innerhalb des chinesischen Proletariats entstand, zwischen den Beschäftigten der alten industriellen Sektoren (»eiserne Reisschale«) und der neuen Industrien (»Reisschale aus Porzellan«). Mit staatlichen Mitteln ermöglichte die kommunistische Macht den wohlhabenden Bauern die Umwandlung ihres Überschusses in Geld. Ein Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft und der Aufschwung kleiner lokaler Industrien waren die Folge. Ein Teil dieser Geldmenge realisierte sich auch im Konsum von Importgütern. So wurde dieser landwirtschaftliche Überschuß, der durch die »Deng-Reformen« mit viel Kosten geschaffen worden war, zu einem Grund der Inflation. Die »Lösung« verwandelte sich in ein neues Problem! Die staatlichen Zuschüsse für die Landwirtschaft wurden anfangs von den Industrieinvestitionen abgezweigt, die bereits wenig effektiv waren. Die Idee der Herrschenden bestand darin, daß das soziale Kapital hier gut aufgehoben sei; der finanzierte landwirtschaftliche Überschuß sollte später in industrielle Akkumulation kanalisiert werden. Das hieß, sich keine Gedanken über die Bedürfnisse dieser neuen ländlichen Schichten zu machen. Die waren mehr daran interessiert, in kleine rentable Werkstätten zu investieren, den Schwarzmarkt und die staatliche Korruption zu versorgen, als die Zukunft zu sichern. Die Korruption und die Inflation sind allerdings nicht, wie die Slogans des Frühlings 1989 sagten, die Gründe für die wirtschaftliche Stagnation, sondern vielmehr deren Konsequenzen.

Um mit diesem »Reformkurs« fortfahren zu können, sah sich der chinesische Staat zusehends dazu gezwungen, Kredite aufzunehmen und ausländisches Kapital anzulocken. Die in Gang gesetzte Inflationsspirale stieß rasch an die Grenze des sozialen Drucks im Land (Kaufkraftverlust der Bevölkerung) und an Einschränkungen im internationalen Geschäft (Schuldenlast). Um 1988 traf die herrschende Klasse die Entscheidung, diese Dynamik durch eine Änderung der Wirtschaftspolitik zum Halten zu bringen. Die Kreditbedingungen wurden verschärft und der Staatseinkauf bei den Bauern eingeschränkt. Das Ziel war die Einschränkung der Aktivitäten der ländlichen Kleinindustrie und die Einschränkung des Konsums der neuen wohlhabenden Schichten auf dem Land. Nur war die Arznei schädlicher als die Krankheit! Zu der bereits angespannten Situation in den Städten – wo die Inflation zu gravierenden sozialen Unterschieden geführt hatte – kam der Zerfall des sozialen Gefüges auf dem Lande. Anfang 1989 migrierten Millionen von ArbeiterInnen innerhalb des Landes, strömten in die Städte, versuchten, sich in den »Freizonen« niederzulassen, wo das internationale Privatkapital Arbeit anbietet. Dieses »mobile Proletariat« (wie es die chinesische Presse nennt) setzt sich in seiner Mehrheit aus einer Landbevölkerung zusammen, die durch den landwirtschaftlichen Konzentrationsprozeß und den Konkurs vieler kleiner ländlicher Fabriken freigesetzt worden war. Unter ihnen befinden sich auch viele StädterInnen, die ihre Arbeit in der staatlichen Industrie verloren haben; die ersten Opfer des Zerlegens des Systems der »eisernen Reisschale«. Zu Hunderttausenden versammeln sie sich vor den

Angesichts der sozialen Unzufriedenheit in den großen Städten war es unvermeidlich, daß breite Schichten der Bevölkerung die Räume nutzten, die durch die Studentenbewegung geöffnet worden waren.

Bahnhöfen[1], stürmen die Züge und fallen in die Städte ein. Wenn man den offiziellen Zahlen Glauben schenkt, sind es 1989 50 Millionen; darunter mehr als eine Million in Peking und Kanton, und zwei Millionen in Shanghai. Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung, Bettelei und Kriminalität nehmen zu. Kurz gesagt: die strenge Kontrolle der Bevölkerung, die es seit der Revolution gab, bricht zusammen. Im April 1989, während der ersten Demonstrationen der StudentInnen, gestanden die Herrschenden ein, daß sie schwere Aufstände in der Provinz niederschlagen mußten. Die Aufständischen, die »den Eindruck von Arbeitslosen und anderen Marginalisierten machten«, plünderten Läden, zündeten öffentliche Gebäude an und griffen die Polizei an. Diese soziale Revolte gab es in latenter Form bereits seit Monaten. In manchen Gegenden überfielen in Banden organisierte Bauern Bahnhöfe und plünderten die Güterzüge: »All das haben wir mit unserem Schweiß und unserem Blut bezahlt«, sagte einer von ihnen. Andernorts stürmten Gruppen die Züge und enteigneten den Besitz von Bürokraten und Geschäftsleuten. Während eines gewissen Zeitraums nahmen die Mobilisierungen der StudentInnen ein

nationales Ausmaß an, konzentrierten die Aufmerksamkeit auf sich und verdrängten diese sozialen Revolten aus den Medien. Dennoch belegten auch sie sehr deutlich den explosiven Zustand der Klassenverhältnisse: sie offenbarten bereits den eingeschränkten Handlungsspielraum der Herrschenden. Sie konnten nicht zulassen, daß ihnen die Agitation der StudentInnen für mehr Demokratie durch die Revolte des Volkes aus dem Ruder lief. Das war aber genau das, was dann passierte!

Die Krise des Ausbildungssystems und der Aufstieg des Elitedenkens

Bevor wir die Inhalte der Bewegung des Frühlings 1989 diskutieren, ist es wichtig kurz auf die materiellen Lebensbedingungen der chinesischen StudentInnen einzugehen. 1978 wurde das Bildungssystem in Einklang mit der neuen Politik der »wirtschaftlichen Modernisierung« reorganisiert. Das Ziel war, die Ausbildung den Erfordernissen der Produktivität anzupassen. So wurde auf die vergangenen Kriterien des Wettbewerbs und der Elite zurückgegriffen; Kopfarbeit wurde wieder gegenüber der Handarbeit aufgewertet. Die Hierarchien an der Universität, das Mandarinat (privilegierte Klasse in China) wurden wiederhergestellt und aufgewertet; »Pilotschulen« mit dem Ziel der Elitebildung wurden eröffnet. All das bedeutete ein Infragestellen der maoistischen Ideologie. Es wäre sehr naiv, zu glauben, daß dieser Schritt zurück etwas mit dem »Anrecht« der proletarischen Klassen auf Bildung zu tun hätte. Der Egalitarismus maoistischer Prägung verhüllte nur schlecht eine andere Form der Selektion, die auf Parteigängertum beruhte. In der maoistischen Periode, die durch die gerechte Verteilung des Mangels gekennzeichnet war, war die Grundbildung für die gesamte Bevölkerung gesichert. Nichtsdestotrotz paralysierte seit Mitte der 60er Jahre eine Atmosphäre der Gewalt und der politischen Agitation das Ausbildungssystem. 10 Jahre später, zu Beginn der Politik der »Modernisierung«, ist die Situation eine völlig andere. Die Ausbildungsbedingungen sind überall heruntergekommen. Durch den Zerfall der sozialen Strukturen und die Schwächung staatlicher Kontrolle fallen viele Jugendliche aus dem Schulsystem. Mit dem Aufschwung des Privatkapitalismus geht die Ausbeutung von Kinderarbeit einher. Die Schulabbrüche nehmen auf dem Land wie in der Stadt zu. Auf seine Art und Weise erlebt das Ausbildungssystem die wirtschaftliche Krise. Die Einkommen der LehrerInnen werden von der Inflation geschluckt; ihr Berufsbild und ihre Lebensbedingungen verfallen. In den großen Städten gehen viele LehrerInnen einer zweiten Arbeit nach, machen Geschäfte, sogar in den Schulgebäuden. Die Direktoren verhalten sich wie kleine Unternehmer, vermieten Räume an neue Kapitalisten, führen neue Steuern ein, die die Eltern belasten. Die klassische Situation: gleichzeitig mit dem Zusammenbruch des alten Schulsystems erleben wir das Entstehen eines selektiven Bildungswesens mit dem Ziel der Elitebildung. Ab dem Kindergarten sind es die finanziellen Möglichkeiten der Eltern, die über den Besuch der besseren Schulen entscheiden[2]. (...)

Der Zutritt zur Universität bildet somit die Spitze einer rigiden Klassenauslese. Dieser Zugang ist besonders verriegelt und kaum 20% der Kandidaten gelingt er. So erübrigt es sich fast zu erwähnen, daß praktisch die Gesamtheit der StudentInnen, die heute diese letzte Stufe des Bildungssystems erklommen haben, Kinder der Nomenklatura und anderer Privilegierter sind. So ist es normal, daß sich die StudentInnen als zukünftige Führungskräfte der Gesellschaft begreifen; der elitebildende Prozeß der Selektion hat diese Überzeugung gefestigt. So ist es auch nicht überraschend, daß ihre Zustimmung zur Partei in den letzten Jahren zugenommen hat. Eine praktische Art, sich einen Platz innerhalb der herrschenden Klasse zu sichern! Dieser Geist der zukünftigen Elite war in der Bewegung der StudentInnen 1989 vom Anfang bis zum Ende präsent. Die ersten Mobilisierungen in den Universitäten (im September 1988) entzündeten sich am Bildungsetat, der in der Nationalversammlung vorgelegt wurde. Auch wenn die Selektion der StudentInnen nach neuen Kriterien stattfand, so blieben die materiellen Bedingungen der StudentInnen nach wie vor dem Mangel des Staatskapitalismus unterworfen: der Campus veraltet und verfallen, überbelegte Schlafräume, fehlende Mittel... Diese Elite mit einem privilegierten Status lebte weiterhin den ärmlichen und miserablen Alltag der maoistischen Periode. Der Gegensatz wurde jedoch nicht mehr hingenommen. Die chinesischen StudentInnen fingen an, ihre Lebensbedingungen mit denen zu vergleichen, die sie bei ihren Stipendien im Ausland mitbekommen hatten. Zu Beginn forderte die Bewegung der chinesischen StudentInnen in der Tat eine Legitimation sozialer Unterschiede; eine Anpassung ihrer Lebensbedingungen an ihren privilegierten sozialen Status; es handelte sich nicht um eine egalitäre Bewegung, sondern um eine kooperatistische Elitebewegung. Als Kinder von Führungskräften und

als deren zukünftige Nachfolger forderten sie das Recht, besser leben zu können. Um sich Gehör zu verschaffen, wandten sie sich direkt an die Chefs der kommunistischen Macht. Ihnen wurde die beschleunigte Reform eines Systems versprochen, welches sie als ihr eigenes betrachteten. Die Herrschenden erkannten die Berechtigung ihrer Forderungen an. »Bei einigen der Fragen, die ihr aufgeworfen habt, hofft die Regierung, sie gerecht zu lösen. Um offen zu sprechen, ihr helft in Wirklichkeit der Regierung in gewisser Weise beim Lösen ihrer Probleme«, antwortete ihnen Li Peng, einer der Schlächter von Peking. Abgesehen von der Demagogie, wie sie allen Politikern eigen ist, bringt der Premierminister einen aufrichtigen Wunsch zum Ausdruck. Doch alles änderte sich in dem Moment, als die studentische Unzufriedenheit die Revolte des Volkes nach sich zog. Von da an stand nur noch die blutige Repression auf der Tagesordnung.

Von der Studentenbewegung zum Volksaufstand

Die Bewegung des Frühlings 1989 entsteht und entwickelt sich in einem Moment der Krise. Der kommunistische Staat zeigt sich unentschlossen angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Er befindet sich in der Zwickmühle zwischen den Sachzwängen des Staatskapitalismus und den destabilisierenden Auswüchsen des Privatkapitalismus. Die zerfallenden Sozialstrukturen erschüttern die rigiden Strukturen, die das Erbe des maoistisch-stalinistischen Modells sind.

Wir wollen genauer die sich im Laufe der Tage wandelnde soziale Zusammensetzung der Bewegung untersuchen. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine genaue Chronologie der Ereignisse. Wir halten es für wichtig, einige allgemeine Thesen herauszuarbeiten, die es uns erlauben, den Inhalt der Bewegung und ihr blutiges Ende zu verstehen. Während der ersten Demonstrationen im April 1989 hatten die StudentInnen die passive, aber herzliche Unterstützung der Pekinger Bevölkerung. Ab dem Moment, als sich der kämpferischste Teil dafür entschied, den Tian-an-men-Platz zu besetzen (Hungerstreik Anfang Mai), wandelte sich das Verhältnis zur Bevölkerung. Die Besetzungen auf der Straße zogen eine Entfremdung der StudentInnen nach sich, die den Parteireformern nahestanden. Zur gleichen Zeit näherten sich all diejenigen der Bewegung an, die auf irgendeine Art mit der kommunistischen Macht im Konflikt standen. Angesichts der sozialen Unzufriedenheit in den großen Städten war es unvermeidlich, daß breite Schichten der Bevölkerung die Räume nutzten, die durch die Studentenbewegung geöffnet worden waren.

Es handelt sich dabei um ein getreues Abbild der sozialen Zusammensetzung einer Metropole der Dritten Welt: ArbeiterInnen, Arbeitslose, Marginalisierte. Vertreten waren auch diejenigen der »neuen Schichten«, die in der Periode der »Modernisierung« entstanden waren: Kleinhändler und »Geschäftsleute«, Geschäftemacher aller Art, prekäre ArbeiterInnen, das »mobile Proletariat«. Sehr schnell fanden sich diese »Nicht-Studenten« in der Rolle der »Diener« der Studentenbewegung wieder[3]. Das studentische Elitedenken im postmaoistischen China ließ all diesen Leuten wenig Spielraum für autonome Ausdrucksformen. Diese SympathisantInnen unterstützten aus vollem Herzen die Forderung nach Demokratie. Sie gaben ihr im Einklang mit ihren unmittelbaren Interessen einen sehr präzisen Inhalt: die Verteidigung der Prinzipien der Marktwirtschaft, das Trachten nach der »Konsumgesellschaft«. Da sie keine spezifische soziale Kraft darstellten, hatten sie wenig Einfluß auf die Ausrichtung der Bewegung. Einige ArbeiterInnen, die zu den StudentInnen auf dem Platz Tian-an-men gestoßen waren, sahen die Notwendigkeit, sich unabhängig zu organisieren und gründeten die »Unabhängige Vereinigung der Arbeiter von Peking«. Während die Bewegung der StudentInnen praktisch keine Texte über die Gründe und Ziele ihrer Bewegung hinterlassen hat, hat dieser kleine Kern im Gegensatz dazu zahlreiche Schriftstücke produziert (Aufrufe, Flugblätter...)[4]. Die StudentInnen begriffen sich als der praktische Ausdruck der reformbereitesten Linie innerhalb der Partei. Die revoltierenden militanten ArbeiterInnen waren sich hingegen ihrer minoritären Rolle bewußt. Um als unabhängige Kraft zu überleben, war es für sie unausweichlich, sich an andere ArbeiterInnen zu wenden. Deshalb legten sie einen wesentlichen Schwerpunkt auf Agitation und Propaganda.

Die Informationen über diese Organisationen sind ungenau und oft widersprüchlich. Ohne jetzt von der »Ausweitung autonomer Verhaltensweisen« sprechen zu wollen und ohne die Situation glorifizieren zu wollen, ist es unleugbar, daß das Entstehen von unabhängigen Zusammenschlüssen eine neue Dimension in die Bewegung gebracht hatte, die bis dahin mit den herrschenden Institutionen in Beziehung stand. Daß die ArbeiterInnen sich außerhalb der offiziellen Gewerkschaften organisierten, und anderen vorschlugen, es ihnen gleich zu tun, war die erste inakzeptable Initiative für die kommunistische Macht. Zu Beginn gehörte der Großteil der Militanten höchstwahrscheinlich dem Teil der ArbeiterInnenklasse an, die »Reisschale aus Porzellan« genannt wird. Darunter waren vielleicht auch einige ArbeiterInnen des Teils, der »eisernen Reisschale« genannt wird; dem System kritisch gegenüberstehend, aber ohne die Möglichkeit, sich innerhalb der Staatsbetriebe offen zu bewegen. Ex-Funktionäre der Parteibasis, die durch die »wirtschaftliche Liberalisierung« deklassiert worden sind, waren auch vertreten. Allergrößter Wahrscheinlichkeit nach rekrutierten sich aus ihren Reihen die selbsternannten »Chefs«, die die meisten Texte veröffentlichten. Drei Hinweise scheinen diese Hypothese zu bestätigen: Ihre Vorsicht gegenüber den offiziellen Gewerkschaften, daß die kommunistische Partei als »Partei der Arbeiterklasse« verstanden wird, und schließlich ihr marxistisch-leninistischer Jargon. Ihr anvisiertes Ziel war, »das Pekinger Proletariat in die Bewegung zu integrieren (...), als Subjekt«. »Innerhalb eines kurzen Zeitraums machte die Bewegung in vielen Städten von sich hören.(...) ArbeiterInnen aus anderen Städten sind gekommen, um sich zu treffen. Ein nationaler Zusammenhang war am Entstehen«. Zumindest in Peking sind ihre Texte in der Bevölkerung breit verteilt worden. Aber ihr Aufruf zum Generalstreik ist Papier geblieben und die Bedeutung ihrer Initiativen ist nicht über die Straße

Mitglieder einer neuen Arbeiterorganisation kommen mit einem Firmen-LKW zum Tian-an-men Platz

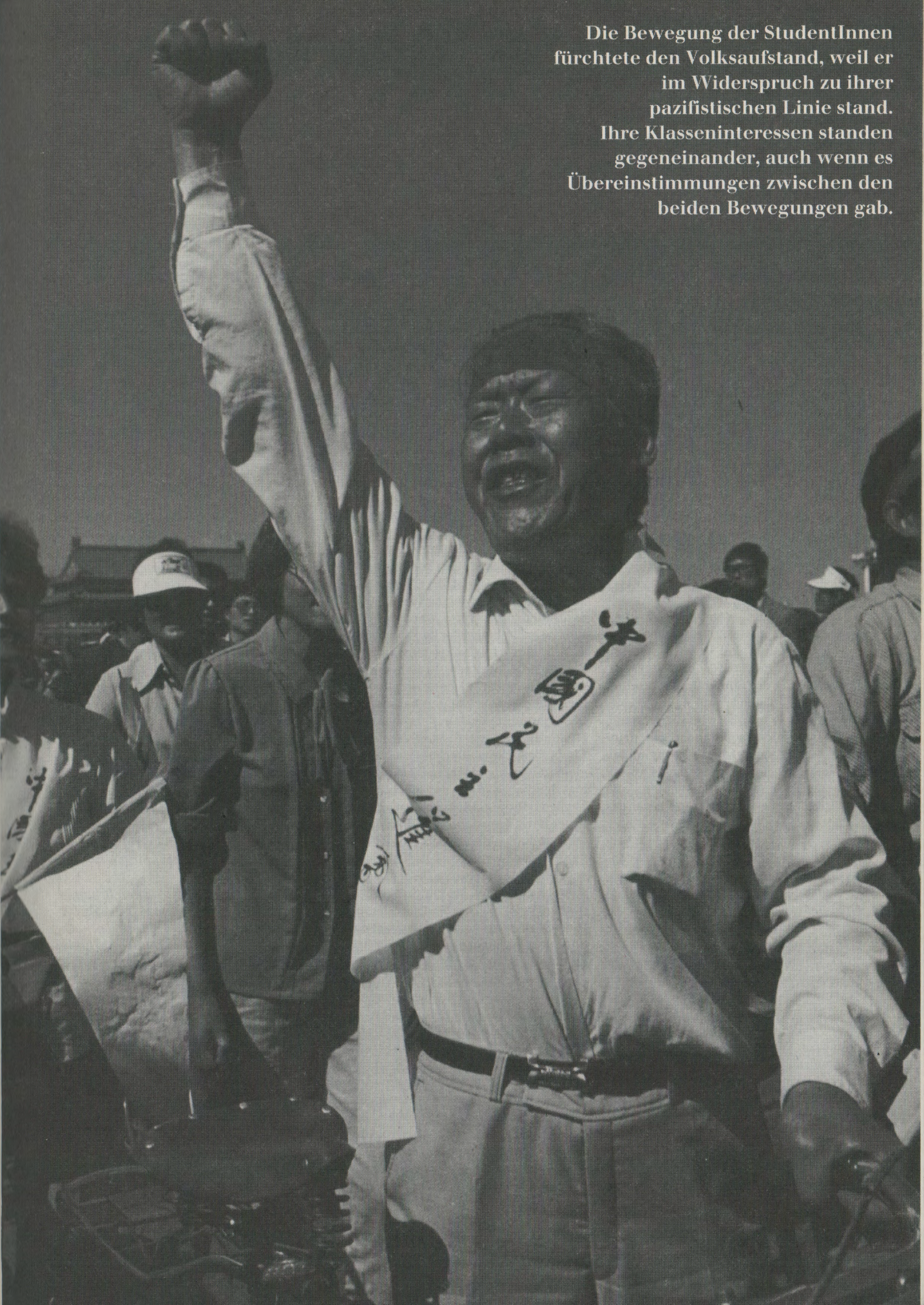
hinausgegangen. Dennoch bekam es die kommunistische Macht mit der Angst zu tun und reagierte rasch. In den Betrieben wurde die Anwesenheit verschärft kontrolliert. Man kann jedoch an der Wirksamkeit solcher Maßnahmen zweifeln, wenn man das Ausmaß des Absentismus und die Abneigung gegen die Arbeit in dieser Art von Gesellschaft kennt. Es schien zudem, daß den ArbeiterInnen Prämien für »Nichtbeteiligung an den Demonstrationen« geboten wurden. Wie es auch immer gewesen sein mag, schlußendlich wurde die Armee eingesetzt, um die großen Industriezonen vor der Agitation der Straße zu schützen. Das war z.B. im großen Stahlwerk von Peking der Fall, wo ungefähr 200.000 beschäftigt sind. Das eigentliche Problem war nun gestellt: das des Vertrauens in die Arbeiterklasse. Als Klasse blieben die ArbeiterInnen passiv und die wenigen AktivistInnen der »Unabhängigen Vereinigung« arbeiteten isoliert weiter. Deshalb entbehrt der Vergleich mit Solidarnosc in Polen jeglicher Grundlage. In Polen entstand die Massenorganisation direkt in einem allgemeinen Kampf an den Arbeitsplätzen. In China hingegen gründeten sich diese kleinen kämpferischen Kerne außerhalb der Ausbeutung.

Zum Schluß wollen wir von der Figur sprechen, die eine zentrale Rolle in den letzten Tagen des Frühlings 1989 gespielt hat. Es handelt sich um das Volk von Peking, die Bevölkerung der Arbeiterviertel: unter ihnen befand sich wahrscheinlich eine große Anzahl des »mobilen Proletariats«, welches seit Monaten in die chinesischen Städte geströmt war. Diese Leute, von den StudentInnen und der Presse »Städter« *(laobaixing)* genannt, mobilisierten sich ab dem Moment, wo der Anmarsch der Armee zu vernehmen war. Sie waren es, die die Barrikaden errichteten, die die Straßen dicht machten, um den Vormarsch der Armee zu stoppen, die mit den Soldaten diskutierten, diesen entgegentraten, um Waffen zu erbeuten, Panzer anzündeten. »(...)Aktionsgruppen bildeten sich in ganz Peking. Es gab u.a. die »Todesmutigen«, die sich aus ArbeiterInnen und anderen Leuten aus dem Volk zusammensetzten, die ihr Leben dafür einsetzten, den Einmarsch der Armee in die Stadt zu verhindern. Es gab auch Gruppen von ArbeiterInnen, die zusammen mit (gutorganisierten) Gruppen von StudentInnen die Viertel kontrollierten und die Ordnung aufrecht erhielten (die Polizeikräfte waren seit dem 20. Mai überall verschwunden)«[5]. Unter diesen »Städtern« gab es so auch die meisten Toten: sie ließ man die Kugel bezahlen, mit der sie umgelegt wurden!

Aber von ihnen wurde am wenigsten gesprochen. Natürlich berichteten die Medien von ihrer Präsenz, vor allem während der Zusammenstöße mit der Armee. Sonst wurden sie meist als »gemeines Volk« im Schlepptau der StudentInnen behandelt. JedeR weiß, daß ArbeiterInnen sich weniger gut verkaufen können als StudentInnen, daß ein Volksaufstand Angst und Schrecken verbreitet, und daß, im Gegensatz dazu, ein »Massaker an Unschuldigen«, welches auf deren »Opferverhalten« folgt, den rechtschaffenen Bürger empört. Die Journalisten sahen und berichteten die Sachen, die ihrer eigenen Wahrnehmung der Dinge entsprachen. Ein aufmerksamer Beobachter kommentierte: »Die ganze Welt schaut zu; die Journalisten betrachteten sich die meiste Zeit als Sicherheitsgaranten für die StudentInnen. Im pazifistischen Idealismus der StudentInnen lag etwas, was die Aufmerksamkeit der Leute aus dem Westen anzog und bei ihnen dazu führte, die grundlegende Bedeutung der *laobaixing* zu unterschätzen«.

Wenn die soziale Propaganda unter der Elite für böses Blut sorgt

In den letzten Tagen des Pekinger Frühlings befürchtete der kommunistische Staat das Schlimmste. Alles ging sehr schnell. Der Zusammenstoß zwischen dem Volk und der Armee konnte nicht verhindert werden. Es bestand das Risiko, daß dieser die Außenviertel ergreift und bis an die Tore der großen Fabriken vordringt, die von der Armee umstellt waren. Weil die Medien sich alle am Tian-an-men konzentrierten, gab es wenig Informationen über die Revolte in diesen Bereichen der Stadt. Nichtsdestotrotz bemerkten einige Zeugen »...die relative Toleranz des Regimes gegenüber den StudentInnen und seinen Terror gegen die Erhebung der Arbeiterklasse, die die Bewegung in einen offenen Aufstand zu verwandeln drohte«. Wie wir bereits unterstrichen haben, setzte sich die Bevölkerung von Peking in Bewegung, als die Verhandlungen zwischen den StudentInnen und der Regierung scheiterten, und dieser Mißerfolg den Hungerstreik auf dem Tian-an-men nach sich zog. Diese Unterstützung der StudentInnen blieb nicht lange passiv und Unstimmigkeiten traten schnell zu Tage (vor allem über die dem kommunistischen Staat gegenüber einzunehmende Haltung). Die Studentenführer, Sprößlinge der Nomenklatura und »politisch« denkend, waren Gefangene ihres Projekts der Partei- und Staatsreform. In ihren Augen konnte die Armee nicht Repressionsorgan sein. Die StädterInnen hatten andere Erfahrungen mit der Macht. Sie erlebten sie als rigide und autoritär. Sie kritisierten die »pazifistische« Linie der StudentInnen als unbeständig und unausweichlich in die Katastrophe führend. Sie täuschten sich nicht. Chai Ling, eine Studentenführerin, erzählt: »Viele Gefährten, ArbeiterInnen und StädterInnen kamen in unser Hauptquartier um uns zu sagen, daß es an dem Punkt, an dem wir jetzt angelangt seien, anstehe, die Waffen zu ergreifen. Die Leute waren ziemlich aufgeputscht, und wir aus dem Hauptquartier haben ihnen gesagt: wir sind für friedliche Forderungen und das höchste Prinzip des Pazifismus ist das Opfer«. Die ArbeiterInnen und *laobaixing* beließen es aber nicht dabei, es ihnen nur zu sagen. Ihre Aktionen bewiesen, daß sie sich darüber im Klaren waren, daß der Zusammenstoß vor der Tür stand. Tag für Tag vertiefte sich diese Unstimmigkeit. Einige Beispiele: StädterInnen entwendeten den Soldaten Waffen, die die StudentInnen an sich nahmen und den Herrschenden zurückgaben (sie trieben ihre pazifistische Naivität bis an den Punkt, dafür »Quittungen« zu verlangen). Die StädterInnen griffen die Armee an, während die StudentInnen hingegen die Soldaten und Angehörigen der »Bürgerwehr« schützten. Dann gab es diese Geschichte der drei jungen Leute, die am 23.Mai das riesige Mao-Denkmal mit Farbe begossen. Die Reaktion der Studentenführer ließ nicht lange auf sich warten und zeigte deutlich den Graben, der sie von den radikalsten StädterInnen trennte. Ihr Pazifismus verschwand und sie verwandelten sich in ein Anhängsel des Staates. Diese Jungen wurden von den StudentInnen festgenommen, »zwei Stunden verhört und dann der Polizei ausgeliefert«. Man kann sich ausmalen, was mit ihnen dann passiert ist. Trotz aller Bemühungen um einen Dialog und Kompromiß seitens der Studentenführer, geriet die Situation zusehends außer Kontrolle. Ein Beispiel: »Mehrere Dutzend Pekinger versammelten sich und stellten sich den Truppen entgegen. Delegierte der StudentInnen versuchten vergeblich mit der Armee zu verhandeln. Leute beschmissen die Soldaten mit Steinen«.



Die Bewegung der StudentInnen fürchtete den Volksaufstand, weil er im Widerspruch zu ihrer pazifistischen Linie stand. Ihre Klasseninteressen standen gegeneinander, auch wenn es Übereinstimmungen zwischen den beiden Bewegungen gab.

In einem unabwendbar scheinenden Prozeß verlor jede Vermittlungsbemühung an Glaubwürdigkeit und der Druck der Straße wuchs. Auch wenn die Mehrheit der StudentInnen ihren FührerInnen bis zum Ende folgte, ist es möglich, daß Einzelne sich im Kontakt mit der Revolte des Volkes radikalisierten. Die weniger angepaßten StudentInnen aus der Provinz schienen gegenüber der Aufstandsstimmung der letzten Tage sensibler zu sein.

Die Mitglieder der »Unabhängigen Vereinigung der ArbeiterInnen« sind indessen vom Volksaufstand getrennt geblieben, der in den westlichen Vierteln Pekings losging. Sie, deren Ziel es gewesen war, die ArbeiterInnen dazu anzuregen, sich zu organisieren, hatten keinerlei Einfluß auf den Aufstand der Straße. Da sie sich auf dem Tian-an-men niedergelassen hatten, blieben sie den StudentInnen verhaftet, die Gefangene ihres Legalitätsdenkens waren. Es ist anzunehmen, daß dieses Legalitätsdenken einer der Faktoren war, die sie von den kämpferischsten ArbeiterInnen und *laobaixing* getrennt haben. Als am 30. Mai, 3 Tage vor dem Massaker, einige von ihnen verhaftet wurden, blieben die Texte der »Vereinigung« durchtränkt von der Achtung vor den staatlichen Institutionen. Selbst als der Bruch zwischen dem Volk von Peking und der Macht stattgefunden hatte, erklärte sich die »Vereinigung« dem »Prinzip der freien Vereinigung, im Gesetz festgeschrieben« treu, und betonte, daß keine ihrer Aktivitäten »jemals das Gesetz übertreten« hat. Die Bewegung der StudentInnen fürchtete den Volksaufstand, weil er im Widerspruch zu ihrer pazifistischen Linie stand. Ihre Klasseninteressen standen gegeneinander, auch wenn es Übereinstimmungen zwischen den beiden Bewegungen gab. Auf der einen Seite gab es die spontane und grundsätzliche Revolte des Volkes gegen das System des Staatskapitalismus und die totalitäre Macht der Kommunistischen Partei. Auf der anderen Seite fuhren die StudentInnen damit fort, eine Reform des politischen Systems zu fordern und sich ausschließlich gegen die Exzesse dieses Regimes zu wenden. Sie forderten eine Beschleunigung der »Modernisierungsbewegung«, wohlwissend, daß das die verstärkte Tendenz zur Marktwirtschaft beinhaltet. Die studentische Bewegung sah sich im Grund als ergänzende Kraft für eine reformistische Alternative an der Macht. Die gewalttätigen Kämpfe innerhalb der Studentenorganisationen, vor allem unter den FührerInnen der Bewegung, brachten diese Problematik zur Sprache. Die Hauptsorge war, sich nicht von der reformistischen Linie der Partei abzuschneiden und die Verhandlungstür offen zu halten.

Wie jede soziale Bewegung hat sich die Revolte der StudentInnen von 1989 ausgeweitet und ist in einer Situation aufgeblüht, die durch Aktivitäten von Individuen und bereits existierenden Gruppen gekennzeichnet war. In den letzten Jahren der »Reform«periode waren unabhängig von den Parteistrukturen Organisationen von Intellektuellen entstanden. Die Mehrzahl betrieb Aktivitäten in »Forschung« und »Lehre« auf Rechnung der Unternehmen und anderen Institutionen des Staates. Die Korruption und das Netz von Beziehungen ermöglichte einigen dieser »neuen Unternehmen«, viel Geld zu machen und ihren Chefs, in die ausgewählten Kreise des Regimes aufzusteigen. Das gilt z.B. für das »Institut für sozialwirtschaftliche Forschung in Peking« (ISFP). Es war von ehemaligen Kadern der Kommunistischen Jugend aus der Umgebung von Zhao Ziyang, dem Generalsekretär der Partei, der während des Frühlings 1989 abgesetzt wurde, ins Leben gerufen worden. Formal wie eine »Ausbildungsstätte« für reformistische Kader funktionierend, organisierte die ISFP seit 1988 in den Universitäten zahlreiche Konferenzen und Diskussionen. Die Chefs der ISFP nahmen die zunehmende Unzufriedenheit der StudentInnen wahr und setzten sich an die Spitze der studentischen Aktivitäten. Die Föderation der StudentInnen von Peking wurde mit finanzieller Unterstützung der ISFP gegründet. »Es ist diese Föderation, die am 21. April einen Marsch von 200.000 StudentInnen zum Tian-an-men organisiert. Ebenso auf Initiative der ISFP bildet sich am 22. Mai der wichtige »Zusammenschluß der Zirkel der Hauptstadt«. Er ist wie eine Regierung organisiert, versammelt sich täglich und gibt eine Zeitung heraus, die auf dem Tian-an-men, dem Hauptquartier der StudentInnen, erstellt wird. Nur drei der Chefs des Hauptquartiers waren nicht gleichzeitig Mitglieder der ISFP«. All das belegt deutlich, daß die der Macht nahestehenden reformistischen Tendenzen die Rolle der Bewegung der StudentInnen begriffen hatten. Wichtiger noch, die »Reformer« haben eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Bewegung gespielt, mit dem strategischen Ziel, sie zur Stärkung ihrer Position innerhalb des Staates zu benutzen. Die Volksbewegung hat, da wo sie spontan und nicht so leicht zu manipulieren war, dieses politische Projekt gestört. Für einen Moment hat sie so die »Reformer« und »Hardliner« wieder näher zusammenrücken lassen. Anfangs forderte die Regierung (sie hatte dabei das Bild von Polen während der Revolten der ArbeiterInnen 80/81 vor Augen) die intellektuellen »Dissidenten« auf, bei den StudentInnen zu intervenieren und diese zu mäßigen. Zuerst ließ die Regierung sie wissen, daß sie es sich verbittet, daß der Platz besetzt wird, dann, daß es ratsam wäre, ihn vor dem Entstehen einer Volksbewegung zu verlassen. Das blieb erfolglos, und dieser Mißerfolg offenbarte deutlich den Bruch zwischen »Reformern« und »Hardlinern« innerhalb des Regimes. Als Zeichen der Dankbarkeit wurden die »Dissidenten« trotzdem über die bevorstehende Intervention der Armee informiert. So konnten sie sich in Sicherheit bringen, während ProletarierInnen exemplarisch exekutiert wurden. (...)

Auf den »wahren demokratischen Inhalten« des Frühlings 1989 zu bestehen, heißt zu vergessen, daß die politischen Ideen der Mehrzahl der intellektuellen FührerInnen der Studentenbewegung eine autoritäre Vorstellung von Regierung beinhalten. Die Revolte des Volkes beunruhigte die »Dissidenten« ebensosehr wie den kommunistischen Staat. Der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit des »mobilen Proletariats« hatte innerhalb ihrer Interessen keinen Platz. Es ist die Ironie der Geschichte, daß nichtsdestotrotz dank der »sozialen Konflikte« die chinesische Elite das Wort ergreifen und von sich reden machen konnte.

(1) Es ist bezeichnend, daß die Bahnhöfe die Orte mit den meisten Polizeikontrollen der Bevölkerung geworden sind. Das offenbart den Zusammenbruch der Kontrolle der Staatspartei in den Dörfern und Stadtvierteln.

(2) Der Preis für einen Platz in einem »guten« Kindergarten beträgt einen durchschnittlichen Monatslohn

(3) Das bekannteste Beispiel ist das der Motorradkuriere, die die Bewegungen der Sicherheitskräfte observierten.

(4) Solche Texte wurden in der trotzkistischen Zeitschrift »Inprecor« (Juni 1989) veröffentlicht. »October Review«, eine Zeitschrift derselben Strömung, die in Hongkong erscheint, hat auch zahlreiches Material veröffentlicht. Hervorzuheben ist die Textauswahl der »Unabhängigen Vereinigung«, die in der libertären Zeitschrift »Iztok« veröffentlicht wurde

(5) Robin Munro, »Who died in Beijing, and why«, »The Nation« (New York), 11.Juni 1990. Robin Munro war im Auftrag einer amerikanischen Hilfsorganisation in China. Er war einer der letzten aus dem Westen, die in der Nacht vom 3. auf den 4.Juni Tian-an-men verließen. Er behauptet, daß viele Journalisten, die sich in Sicherheit gebracht hatten, ihre Reportagen am Fenster ihrer Hotels geschrieben haben. Nach ihm »hat in der Tat ein Massaker stattgefunden, aber nicht am Tian-an-men und vorallem nicht unter den StudentInnen. Die Mehrheit derjenigen, die getötet wurden, waren ArbeiterInnen und laobaixing, und sie sind in den Straßen West-Peking gestorben«.

Nationalismus, Populismus, Partikularismus[1]

Die nationale Frage begleitet das Ende des Jahrtausends in ähnlichen Formen wie zu Beginn des Jahrhunderts. Sie erscheint im zentralen Gebiet des Weltkapitalismus und berührt vor allem das letzte multinationale Reich, die bolschewistische Neuauflage des zaristischen Reichs. Neben der Zersetzung des sowjetischen Reichs taucht auch die Balkan-Frage wieder auf, Deutschland übernimmt eine neue Herrschaftsrolle, und zwischen den Großmächten (USA, Deutschland, Japan und der neuen Staatsformation, die sich ums russische Reich herum bilden wird) entwickeln sich offene und tendenzielle Widersprüche. Weltweite Integration der Produktion und des Konsums, der Umweltfrage und der Ströme der Arbeitskraft, und Konflikte zwischen Staaten/Nationen um die Regierung - das sind nur einige der Schlagworte für die neue Situation auf dem Planeten.

Nichts scheint ferner zu liegen als eine neue Weltordnung, eine Pax Americana, die der kapitalistischen Produktionsweise eine lange Phase geordneter und harmonischer Entwicklung garantiert. Kein Wunder, daß die Triumphsänger des Westens zwischen Lobgesängen auf die Fähigkeiten zur Selbstregulierung durch Markt und Demokratie, und andererseits den harten Erfordernissen des politischen Realismus schwanken, in dessen Namen die Grenzen gegenüber den Menschenmassen, die die aktuelle Krise in Bewegung gesetzt hat, geschlossen werden. Die Argumente des einzelnen Staates, oder wenigstens der neuentstandenen »Festung Europa«, gegen die neuen Barbaren aus dem Osten und Süden der Welt bestätigen sich.

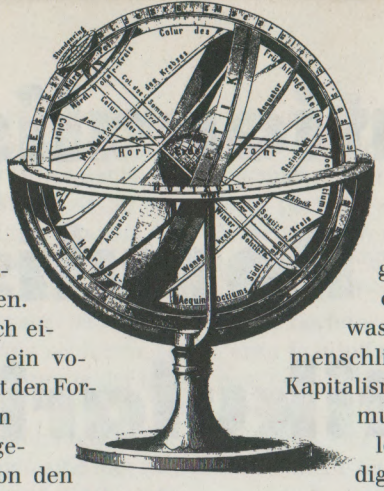
Während der Nationalismus heute allgemein einen zweiten Frühling erlebt, scheint der linke Nationalismus, der Antiimperialismus, in einer schweren Krise zu stecken. In der Arbeiterbewegung hat sich die Art und Weise, die nationale Frage zu verstehen und aufzugreifen, von Anfang an stark unterschieden, je nach den politischen Hypothesen, auf die sich bezogen, und dem historischen Hintergrund, auf dem gehandelt wurde. Für den Großteil der Marxisten des 19.Jhds. war der Staat/die Nation ein Ausdruck davon, daß die Bourgeoisie sich durchgesetzt hatte, und folglich etwas Positives im Falle der »vitalen« Nationen, die der Entwicklung der Produktivkräfte angepaßt waren, und ein unpraktikables oder zu bekämpfendes Ziel für die »Völker ohne Geschichte« wie die Südslawen. Für die Anarchisten derselben Zeit, die das Recht auf Selbstbestimmung der Völker vertraten, galten derartige Überlegungen nicht; im Gegenteil konnten gerade die Revolten der unterdrückten Massen der Peripherien gegen die großen Zentralstaaten bedeutenden emanzipatorischen Charakter in nicht-staatlicher Form haben. Von daher, um ein bekanntes Beispiel zu nehmen, die Polemik zwischen Marx und Bakunin über diese Frage und die gegenseitige Beschuldigung des Pangermanismus und des Panslawismus, die meiner Meinung nach in beiden Fällen ziemlich begründet war. Der erste Weltkrieg hat bewiesen, daß der Nationalismus alles andere als der offiziellen Arbeiterbewegung äußerlich war, und hat die Äußerungen des Nationalismus mit wenigen Ausnahmen im jeweils eigenen Land gezeigt.

Mit dem Sieg des Bolschewismus in der Sowjetunion ändert sich der Rahmen radikal. Die Kommunistische Internationale unterstützt die revolutionären Eliten der kolonialen und post-kolonialen Länder in ihren Versuchen, von der imperialistischen Herrschaft losgelöste Staaten/Nationen aufzubauen, entweder direkt, oder liefert ihnen zumindest ein mächtiges Bezugsmodell. So bildet sich eine Synthese zwischen revolutionärem Nationalismus, Staatskapitalismus und Antiimperialismus, die - was für derartige politisch-soziale Mythen typisch ist - keinen Anspruch darauf erhebt, in sich stimmig zu sein.

Das sowjetische Reich kann antiimperialistisch sein, was den Süden der Welt betrifft (mit bezeichnender Ausnahme der geringen Unterstützung der chinesischen Revolution) und genauso kann dies das chinesische Reich tun, das wiederum nicht zögert, Tibet zu besetzen. Andererseits konnte der westliche Imperialismus auf dieselbe Weise diverse nationalistische Bewegungen gegen seine sozialistischen Gegner benutzen, wie in Afghanistan oder Mitteleuropa. Der revolutionäre Nationalismus ist also eine Variable, die von der Teilung der Welt in Blöcke abhängig ist. Das Ende des Bipolarismus reduziert seinen praktisch-politischen Spielraum, auch wenn die Führer des Südens der Welt weiterhin eine nationalistische Phraseologie als Deckmantel ihrer grundsätzlichen Unterordnung unter die Metropolen des Kapitals benutzen.

Andererseits ist der Bolschewismus, der den Nationalismus als Instrument benutzte, in einer effektiven Nationalisierung geendet, wie es die Loslösung Jugoslawiens, Chinas, Albaniens usw. vom

[1] *Dies ist die Einleitung in der italienischen Zeitschrift* Collegamenti/Wobbly *Nr. 28 vom Herbst 91 (von Cosimo Scarinzi) in der sich verschiedene Artikel zur Frage des Nationalismus befinden.*



sowjetischen Mutterhaus und der betont nationalistische Charakter der verschiedenen nationalen kommunistischen Parteien in den letzten Jahrzehnten beweisen. Ein weiteres Mal hat sich eine Funktionalisierung, ein voluntaristisches Spielen mit den Formen der Herrschaft, gegen die Manipulatoren gewandt, die ihrerseits von den Kräften manipuliert wurden, die sie zu beherrschen glaubten.

Ohne die Revolte-Bewegungen der Völker der Peripherie, die nationale, ethnische, religiöse Formen annehmen, und die partikularistischen Bewegungen konservativen Charakters, die sich in den Metropolen entwickeln, unmittelbar auf dieselbe Stufe stellen zu wollen, denke ich, daß es heute offensichtlich unmöglich ist, auf lokaler Ebene bedeutende soziale Realitäten außerhalb der Herrschaft der Metropolen zu schaffen. Die Nationalisten des Südens der Welt können - jenseits der Gründe, die ihr Handeln und ihre Programme bestimmen - entweder staatliche Einheiten aufbauen, die nach innen unterdrückerisch und von außen manipulierbar sind, oder versuchen, eine archaische Ordnung ohne wirkliche Vitalität wiederherzustellen, wie im Falle der Roten Khmer und des Sendero Luminoso, um schließlich die Totengräberrolle für China (im ersten Fall) und für den Westen (im zweiten Fall) zu übernehmen.

Das Erlahmen des Bolschewismus und damit einer der hauptsächlichen universalistischen Strömungen des 20. Jhs. eröffnet offensichtlich Raum für seinen Hauptgegner, den Liberalismus westlicher Prägung. Andererseits kann das liberalistische Modell nicht ohne Gegner funktionieren, die die Grenzen seines Anspruchs, eine weltweite Entwicklung zu garantieren, rechtfertigen, und die ihm den inneren Zusammenhalt liefern. Dem liberalen Universalismus stellen sich heute von außen (wenigstens in der Vorstellung) der islamische und von innen der katholische, orthodoxe usw. entgegen. Der Islamismus scheint momentan die einzige Gedankenströmung zu sein, die für enorme Menschenmassen, die die Modernität als Auflösung der eigenen Traditionen, als Elend, Ausbeutung und Leiden erleben, einen wirksamen sozialen Zusammenhang schafft. Der Islam ist nicht nur Träger eines in sich reaktionären gesellschaftlichen Projekts, das auf der Kollaboration zwischen den Klassen und auf der Beschränkung der elementarsten Freiheiten beruht, sondern er gehört auch in den Zentren seiner Verbreitung und Finanzierung, wie dem saudi-arabischen Regime, organisch zum Westen, wie wir im Fall des Golfkriegs gesehen haben.

Daselbe kann man mit größerer Evidenz von den christlichen Kirchen sagen, was deren Kritik an den unmenschlichsten Eigenschaften des Kapitalismus betrifft. Der Kapitalismus lebt als historisch-soziale Formation von der ständigen und prekären Synthese zwischen den Folgen der Auflösung des sozialen Zusammenhangs, der durch den ökonomischen Individualismus bestimmt ist, und der künstlichen Schaffung der Gesellschaft, was der politischen, religiösen, kulturellen Sphäre anvertraut wird. Heute entspricht dem Rückzug des staatlichen Eingreifens aus der Sphäre des Sozialen die Zunahme von Betreuung, freiwilligen Diensten und Vereinen von Seiten der Kirchen oder dem, was von der Linken übrigbleibt. Auf diese Art reduziert der Staat zu relativ niedrigen Kosten seine extensive Ausdehnung und Bürokratisierung, die für die expansive Phase des Welfare typisch ist, und garantiert eine größere Fähigkeit allgemeinen Eingreifens, während er der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Selbstverwaltungsszene Leitungsaufgaben im täglichen Leben der unteren Klassen zurückgibt. Die Pluralität der Zentren gesellschaftlicher Macht erlaubt es damit, den Konflikt, der in den letzten Jahrzehnten um den gesellschaftlichen Lohn entstanden war, zu besänftigen, und die Gesellschaft in religiöse, kulturelle, ethnische und lokale Gemeinschaften zu spalten und zu hierarchisieren. Die Dialektik zwischen Zersetzung und Neuschaffung des Konsenses im Kapitalismus funktioniert offensichtlich auf der Basis eines beträchtlichen ökonomischen und politischen Durchhaltevermögens, während sie bis zur Zersplitterung explodiert, wenn der ökonomische Zyklus es nicht erlaubt, das normale Überleben der unteren Schichten aufrechtzuerhalten, wie wir heute z.B. in Jugoslawien sehen.

Das Ende der Blockbildung zwischen USA und UdSSR führt nicht nur zu einer lebhafteren Dialektik zwischen den großen Machtgruppen, deren expansivste die EG und Japan sind, oder innerhalb der EG zwischen Frankreich, Deutschland, England usw., sondern auch zu einem Wiederaufschwung des Partikularismus, des Mikro-Nationalismus. Im Rahmen der »Nation Europa« können Segmente dieser europäischen Nationalstaaten versucht sein, direkte Beziehungen zum politischen, finanziellen und produktiven Herzen des Kontinents herzustellen, indem sie den eigenen Staat übergehen. Dies ist der Ursprung für Phänomene wie die Lega Nord in Italien oder den katalanischen Autonomismus in Spanien. Es handelt sich hierbei also nicht um den klassischen Autonomismus, der mit etwas Konstruktion der Dritte-Welt-Ideologie der Rand- und Krisenregionen zugeschlagen werden kann, wie im sardischen, baskischen oder nordirischen Fall, sondern um einen Versuch von reichen Regionen, von gesellschaftlichen Sektoren, ihre Abhängigkeit von den nationalen Bürokratien und politischen Schichten zu verringern, um die direkte Fähigkeit, ihr »eigenes« Gebiet zu regieren, die auf der Vorherrschaft der produktiven Bourgeoisie beruht, zu bestätigen. Der konservative Föderalismus ist eine Mischung aus ökonomischem Freihandel, plebeischer Anti-Staatlichkeit, Opposition gegen die unkontrollierten Migrationsströme, dem Ruf nach Ordnung und Kampf für die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben. Er erscheint deswegen wie eine klassische populistische Strömung, die einen äußeren Feind ausmacht (die Bürokratie, die Einwanderer, die unproduktiven Schichten), dem sie die Einheit des Volkes entgegenstellt, innerhalb dessen sie die Klassen-, Interessen- und Kulturunterschiede beseitigen oder versöhnen will. Wenn es, wie im Falle Kataloniens und seiner Opposition gegen die kastilische Herrschaft, noch möglich ist, sich auf bedeutende historische Traditionen zu berufen, so handelt es sich im Falle Norditaliens um eine reine Erfindung, um die Konstruktion einer Nation ohne irgendeine Wurzel in der Vergangenheit. Andererseits: Wenn die Überlegungen des Professor Miglio, dem Haupttheoretiker der Lega Nord - über die Tatsache, daß die Existenz von bewaffneten Territorialmilizen in Jugoslawien bereits seit der letzten Phase der titoistischen Macht etwas Positives war, weil es den Unabhängigkeitskampf gefördert hat - auch wie eine Laune erscheinen, die vom unmittelbaren Empfinden der ex-christdemokratischen und ex-kommunistischen Industriellen und Ladenbesitzer weit entfernt ist, so ist es doch eine Tatsache, daß eine radikale soziale Krise die verrücktesten Ideen in die Tat umsetzen kann.

Der mikro-nationale Partikularismus des Westens ist in letzter Instanz Endprodukt des Neo-Liberalismus der 80er Jahre, seine Verkörperung in einem begrenzten Zusammenhang, der Ausdruck wichtiger reaktionärer Bewegungen auf populärer Basis, mit denen wir es in der nächsten Zeit zu tun haben werden, gleich welche besondere Form sie annehmen. Allgemeiner gesagt sind der Nationalismus und der Partikularismus, ob auf politischer oder religiöser Basis, Oppositionsbewegungen gegen den Kapitalismus in ihren radikalsten Formen. Es handelt sich jedoch um einen Anti-Kapitalismus, der besondere soziale und produktive Gegebenheiten, die selbst

kapitalistisch sind, als natürliche, konkrete, warme Situationen, die reich an Beziehungen sind, festschreibt, und sie dem Kosmopolitismus entgegenstellt, der Auflösung jeglicher von der Geschichte geschaffenen Identität, die den realen Kapitalismus weltweit kennzeichnet. Von diesem Gesichtspunkt aus haben sie Ähnlichkeit mit einigen Kämpfen der Lohnabhängigen gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch die Kontrolle über den Zugang zum Arbeitsmarkt, Formen öffentlicher Finanzierung und Aktivitäten außerhalb des Marktes, protektionistische Gesetze usw.

Der Populismus nimmt die schwache, begrenzte, konservative Seite der Kämpfe der Lohnabhängigen auf, und versucht sie festzuschreiben, aus ihnen ein Element kultureller Identität und direkter gesellschaftlicher Unterordnung unter die lokalen herrschenden Schichten und indirekt unter die internationalen kapitalistischen Gruppen zu machen. Wir erleben dafür heute zahlreiche Bespiele. Denken wir nur an den Versuch, die Opposition gegen die Zwangsräumungen umzulenken gegen die Bereitstellung öffentlicher Gelder für die Wohnungen von Einwanderern, an die Beteiligung der Lega an lokalen Kämpfen wegen der Umweltfrage, an die Streiks der Mailänder Straßenbahner gegen ein illegales Lager von Einwanderern usw. Es ist offensichtlich, daß die Krise der traditionellen Arbeiterbewegung diesen Tendenzen Raum läßt, und daß die korporativen Merkmale ihrer Aktivitäten offen zu Tage treten, sobald sie einmal von den universalistischen Vertäuungen befreit sind, die der bürokratische Apparat irgendwie aufrechterhielt.

Historisch gesehen erzeugt die Krise der alten Ordnung, die jahrzehntelang die Welt regiert hat, massenhaft Angst und nationalistisches und lokalistisches Einbunkern. Mit dem Fall des eisernen Vorhangs tauchen Phänomene, die kolonialen und post-kolonialen Ländern eigen zu sein schienen, in besonderen Formen in den Metropolen auf.

Die soziale Unsicherheit scheint eher die Grundlage für autoritäre, charismatische und konservative politische Lösungen zu sein, als die Chance für Befreiung von der Ausbeutung. In anderen Artikeln dieser Zeitschrift wird meiner Meinung nach überzeugend der künstliche und institutionelle Charakter sowohl des Nationalismus als auch der Nation selbst dargelegt. Heute, mit der Krise der linksnationalistischen Mythen, kann dieses Bewußtsein zum Bestandteil relativ breiter Bereiche der Opposition werden. Schon die Kritik der historischen, sozialen und kulturellen Wurzeln des Nationalismus und die Entlarvung seines zwiespältigen und konservativen Charakters ist eine nützliche und notwendige Angelegenheit. Aber es ist eine Tatsache, daß der Nationalismus trotz oder sogar dank seiner künstlichen Dimension funktioniert. Dies verweist auf das Problem der Notwendigkeit eines sozialen Zusammenhangs, eines kollektiven Lebenssinnes, sowohl in entfremdeter Form im kapitalistischen Zusammenhang als auch in jeder Hypothese der Überwindung des Kapitalismus.

Von der Ebene der Kritik müssen wir zur Ebene von Identität und Projekt kommen. Für die Frage der Identität ist es wichtig zu bewerten, ob in der radikalen, anti-staatlichen, internationalistischen Tradition weiter Bereiche der Arbeiterbewegung selbst nicht Kulturen, Erfahrungen, positive soziale Mythen existieren, die eine Funktion als wirksames Gegengift gegen die heute siegreichen gesellschaftlichen und kulturellen Modelle haben könnten. Bei der Frage des Projektes geht es darum, über die Möglichkeiten eines Umsturzes der aktuellen Modalitäten gesellschaftlicher und produktiver Kooperation nachzudenken, und dabei deren universellen Charakter als etwas Positives zu akzeptieren, als Möglichkeit einer ebenso universellen Befreiung zu sehen, und nicht als Gefahr, als Entfremdung, als Verlust des eigenen Lebenssinns. Noch mehr als in der Vergangenheit stehen wir vor der Notwendigkeit einer subjektiven Kritik der Welt, die über die Dimension der unmittelbaren Kämpfe hinausgeht, ohne sich auf rein ethisch-ästhetische Denunzierung des Horrors des Bestehenden zu reduzieren.

Eine Antwort

werte wildcat,

die antwort auf euren brief an mich in der WC 57, in dem ihr das 3:1-papier kritisiert, kann leider nur verärgert ausfallen. ihr haltet euch nicht an euren vorsatz, »den text so zu kritisieren, daß eine weitere diskussion möglich ist«, wenn ihr mir, bzw den 3:1-diskutantInnen, gleich im vorspann »pomphafte reden« nachsagt, oder leserInnen des papiers als etwas blöde (»ächt total wichtig«) hinstellt, zudem eine denkblase noch mit »aber groß von einer leeren aufgeblasenheit« füllt. die auflagenhöhe der WC, eure anzahl und eure verankerung in fabriken ist nun doch nicht so, daß ihr euch auf die hohe katze setzen könntet. wie auch andere revolutionäre/linke projekte lebt ihr in schwierigen zeiten – wahrlich kein anlaß für laute töne.

3:1 soll ein Beitrag zur kritik linker schwächen sein, theoriekritik und praxiskritik. ein diskussionspapier ohne absolute wahrheiten und anspruch auf unwidersprüchlichkeit. also kein »kampf gegen windmühlenflügel« (WC 57), sondern gegen realitäten. wer's nicht glaubt, sollte 3:1 wirklich in ruhe nochmal lesen. wieso wir gängige klassenbegriffe auseinandernehmen, steht ausführlich im papier; ihr geht nicht darauf ein, zitiert nur ausrißartig. ihr unterstellt, wir seien auf der suche nach einem revolutionären subjekt; in 3:1 steht hingegen, wieso wir diese suche nicht mitmachen. ihr schreibt, das denkmodell einer »netzförmigen herrschaft« sei statisch – grade die veränderungen von herrschaft und »netz« betonen wir tatsächlich. ihr meint, dieses »netz« lasse keinen feind mehr erkennen, den es zu zerstören gilt; im papier wird ganz im gegenteil der feind als mehrfacher identifiziert und genauer bestimmt. herrschaft ist für uns nicht der zentrale begriff, wir ihr falsch zitiert, sondern ein zentraler begriff, der zudem in 3:1 über mehrere absätze noch erläutert wird.

eure kritik lebt leider von unterstellungen, die in 3:1 keine grundlage finden.

das wiederum herausgerissene zitat der günter-sare-gruppe über »klassenzerstückelung« benutzt ihr uns »objektivistische analyse« zu unterstellen. dabei betont 3:1 die bedeutung des verändern und sich veränderns von strukturen und verhaltens von revolutionärInnen, z.B. im exkurs zur kpd-linie oder in der kritik an autonomen binnenstrukturen.

euer hinweis auf italienische diskussionen der 60er Jahre ist neben der zeit. tronti in ehren, aber wieso in den 70er Jahren die italienische frauenbewegung einige linke – auch operaistische – gruppen aufmischte und wieso die italienische militante linke in den letzten zwei jahren von rassistischen ausbrüchen überrascht wurde, erklärt er bestimmt nicht.

sehr einig bin ich mit eurem satz: »... die vielen verstreuten kämpfe in ihrer ganzen widersprüchlichkeit zu entdecken und zu verstehen; um eingreifen zu können. uns bleibt nichts anderes übrig, als uns auf die wirkliche welt mit ihren widersprüchen einzulassen und dort anknüpfungspunkte für revolutionäre tätigkeit zu suchen.« eben dafür ist der triple-oppression-ansatz besonders gut geeignet!

deswegen sind wir bei der frage nach »objektiv vorhandener macht« (bitte ausführlich nachlesen in »metropolen(gedanken)« seite 30) nicht so einfach bei »der arbeiterklasse« gelandet, wie ihr rasant schließt, sondern ganz bewußt bei den »gesellschaftlichen akteurInnen, die die objektive macht haben (können), die herrschende ordnung umzuwälzen«. diese »gesellschaftlichen akteurInnen« umstandslos als geschlechtslose und »rassen«-neutrale »arbeiterklasse« zu verstehen, ist ausdruck eurer »weißen flecken«.

eure behauptung, daß proletarierInnen meist dort die besten kampfbedingungen hätten, wo »das kapital sie zusammengebracht hat« ist die bemerkenswerteste einschätzung von migration auf diesem erdball, die ich bisher gehört habe. »um kämpfen zu können, gehen sie dorthin, wo sie bessere bedingungen erwarten.« (WC 57) die flucht vor krieg, hunger, folternden diktaturen in einen marginalisierten metropolenkampf als eigenen wunsch und nicht als zwang darzustellen, grenzt an zynismus. auch euer satz »viele frauen verlassen das haus und suchen sich eine arbeit (...) sie suchen veränderung« ist eine merkwürdige darstellung, sollte sie frauenspezifische fluchtgründe umschreiben sollen.

abstraktionen wie »die männer« oder »die weißen frauen« usw. die ihr als »quasi-biologische« kategorien sehr richtig benennt, werden in 3:1 konsequent angegriffen, wenn alle diese abstraktionen auf ihre »konkrete zusammensetzung« aus geschlecht, klasse und »rasse« hin untersucht werden. dies ist kein rückzug auf »moral«, denn die triple-oppression-analyse beruht auf materiellen herrschafts-, ausbeutungs- und unterdrückungsverhältnissen. das einzige, was als »moral« zu verstehen sein kann, ist die aufforderung zur solidarität.

ein besonderer schnitzer in eurem brief: den wieder aus zwei längeren absätzen herausgerissenen satz (seite 36 in »metropolen(gedanken)«) »von `rassenbewußtsein' motivierte kämpfe sind als Schwarze kämpfe antirassistisch« kommentiert ihr urkomisch mit: »lass die armen Schwarzen ruhig mal rassistisch sein« (WC 57). Nach 500 jahren weissem rassismus mit millionen Schwarzen opfern müßt ihr ausdrücklich darauf hinweisen, daß auch Schwarze »rassistisch« sein können. das entspricht hinweisen darauf, daß »auch frauen männer schlagen«, »auch kapitalistInnen arbeiten«, »auch jüdInnen deutsche umgebracht haben«. diese drei hinweise wären euch sicher nicht unterlaufen – wieso aber grad jener?

im letzten absatz eurer kritik schreibt ihr, 3:1 würde die tendenz der autonomen linken, sich in lauter »mikrowidersprüche« (da höre ich bei diesem schönen neuen begriff die alten »nebenwidersprüche« aber trapsen!) zu verrennen und sich von jeder sozialen realität abzukoppeln, verstärken. tatsächlich wird partikularismus und atomisierung der linken in individuen in 3:1 kritisiert; verweise auf die klassenlage der autonomen linken, nachdrückliche hinweise auf die notwendigkeit von organisierung entlang authentischer unterdrückungsverhältnisse, bzw auf deren grundlage noch darüberhinaus zu einheiten gegenüber einem vollständiger definierten feind. (seite 51-58 in »metropolen(gedanken)«)

und wie könnt ihr damit leben, daß genau diese autonome linke die masse der WC-leserInnen stellt?

klaus viehmann,
knast werl,
ende dezember 91

p.s. da ich aus knast-technischen gründen die WC nicht mehr im abo, sondern einzeln von nem laden bekomme, habe ich die wc 57 erst spät erhalten und konnte nicht vorher schreiben. falls ihr diese antwort nicht in der WC 58 noch unterbringen könnt – was ich will! – wird sie noch an die interim geschickt.

Jenny Bourne

Homelands of the Mind

Jüdischer Feminismus und Identitätspolitik

Identitätspolitik ist zur Zeit der große Renner. Ausbeutung ist »out« und gilt als von außen her determiniert. Unterdrückung ist »in« und gilt als von innen heraus persönlich. Die Frage nach dem richtigen Handeln wurde durch die Frage nach dem Sein ersetzt. Wer bin ich? Die politische Kultur ist von einer Politik des Kulturellen abgelöst worden. Die materielle Welt hat sich ins Metaphysische verflüchtigt. Die Schwarzen, die Frauen, die Lesben und Schwulen, alle haben sie sich auf die Suche nach ihrer Identität begeben. Und schließlich steht als Verbindung all dieses Strebens die Suche nach einer jüdischen feministischen Identität auf der Tagesordnung.

Während der 60er und 70er Jahre bildeten Jüdinnen das Rückgrat der Frauenbewegung. Mit Sicherheit trifft das auf die USA und Britain zu. Aber wir waren nicht sichtbar als jüdische Frauen. Wir waren Feministinnen, die zufällig auch noch jüdisch waren. Unser Jüdisch-Sein artikulierte sich nicht in Worten und Liedern (...). Wir beteiligten uns am antirassistischen, antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf innerhalb der Frauenbewegung, weil sich viele von uns schon vorher einer radikalen linken Politik verpflichtet fühlten. Unsere eigene Geschichte der Unterdrückung als jüdische Menschen – auch wenn wir sie nur indirekt und aus einem gewissen Abstand heraus erfahren haben mögen – hatte uns unbewußt zu einer Politik der Befreiung getrieben, hatte uns gelehrt, wachsam zu sein und uns auf die Seite aller Unterdrückten gestellt. Wir beeinflußten sehr stark die Entwicklung einer emanzipatorischen, sozialistischen, feministischen Theorie und Praxis. Wir kämpften für einen Feminismus, der sich, laut Lynne Segal, in dem gemeinsamen Versuch, »die Verbindung zwischen der Unterwerfung von Frauen und der kapitalistischen Ausbeutung zu verstehen, und daraus eine Bewegung von und für alle Frauen, aber nicht nur für Frauen, sondern für alle unterdrückten Gruppen und Völker, und auch für Männer, aufzubauen«, niederschlug.

Der heutige Feminismus ist nur noch wenig von emanzipatorischen und sozialistischen Prinzipien gekennzeichnet. »Der Kampf um soziale Veränderung und für eine gesamtgesellschaftliche Transformation«, so 1970 noch als oberstes feministisches Ziel auf der ersten »British Women's Liberation Conference« formuliert, ist durch einen Feminismus abgelöst und vernebelt worden, der sich als separatistisch, individualistisch und nach innen gewendet erweist. Das organische Verhältnis, das wir zwischen dem Persönlichen und dem Politischen zu entwickeln versuchten, ist soweit ad absurdum geführt worden, daß heute nur noch das Persönliche als politisch relevant und legitim erachtet wird.

Es ist paradox, daß nirgendwo die Abkehr von ehemaligen politischen Prioritäten offenkundiger vollzogen worden ist als bei jüdischen Frauen. Wir sind nicht mehr länger politisch aktive Feministinnen, die zusätzlich noch jüdisch sind. Wir sind vielmehr jüdische Feministinnen, deren erstes Ziel nun die Suche nach unserer Identität darstellt.

Der Ausgangspunkt dieses Perspektivenwechsels innerhalb unserer Politik war schon in einer Version des Radikalfeminismus angelegt, der sich zuerst in den späten 70er Jahren in den USA entwickelt hat. Schwarze Feministinnen versuchten dort das Verhältnis von »race, class and power« (»Rasse, Klasse und Macht«) neu zu bestimmen, was einem Angriff auf das feministische Konzept einer weltweiten Frauensolidarität gleichkam. »Die tiefgehendste und potentiell radikalste Politik«, behauptete das Combahee River Collective, »entsteht direkt aus unserer eigenen Identität und unterscheidet sich von einem politischen Ansatz, der versucht die Unterdrückung von anderen zu beenden«. (...)

Dieser Politikansatz basierte nicht nur auf der Zurückweisung der internalisierten Unterdrückung des eigenen Geschlechts und der eigenen Sexualität. Er sollte auch den Kampf gegen jegliche Form von Unterdrückung – Klassenherrschaft und die Unterdrückung von ethnischen Gruppen eingeschlossen – beinhalten, um am Ende zu der eigenen wahren Identität zu gelangen. Über Bewußtseinstraining, Gruppendiskussionen und Rollenspiele sollten die Frauen lernen, all die von der gesellschaftlichen Norm abweichenden Identitäten, durch die sie eine Spaltung erfahren, wieder zusammenzuführen. Anders ausgedrückt bedeutete dies, daß die strukturellen und materiellen Grundlagen, die das Verhältnis von »Rasse, Klasse und Macht« betreffen, zuerst im Rahmen des persönlichen Bewußtseins angegangen werden sollten. Das Ziel war nicht mehr länger, die materielle Welt zu verändern, sondern zuallererst das Selbst.

Für uns als jüdische Frauen hieß es, »daß die Entdeckung unserer Erfahrung von Unterdrückung« an sich schon eine »Form von Widerstand« hervorbringt. (...)

Diese Verschiebung innerhalb jüdischer feministischer Politik, die ausschließliche Beschäftigung mit der eigenen kulturellen Identität, wurde zusätzlich begünstigt und legitimiert durch den sogenannten »New Marxism«. Diese neue Ausrichtung innerhalb des Marxismus hatte, nach der Abkehr von der Klasse, die Neuen Sozialen Bewegungen (Frauen, Homosexuelle, Ökologiebewegung etc.) als die Verkünder eines neuen Jerusalems auserkoren.

Der Klassenantagonismus galt innerhalb des neuen Konzepts von nun an nur noch als einer von vielen autonomen Widersprüchen, und ihm wurde ähnlich große Bedeutung beigemessen wie z.B. Rassismus, Antisemitismus oder Homophobie. Unterdrückung und nicht mehr länger Ausbeutung war nun die zentrale politische Kategorie. Kapitalismus wurde nicht mehr länger charakterisiert als »eine bestimmte Produktionsweise mit dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und ausgebeuteter ArbeiterInnenklasse«, sondern als »aus verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen, einschließlich Rassismus, Sexismus und Nationalitätenkonflikten, bestehend«.

Feministinnen haben diese »Erkenntnisse« noch weiter getragen und begannen, die ganze Welt und alle Aspekte des menschlichen Lebens durch das »Prisma Unterdrückung« zu betrachten. Unterdrückung wurde zum neuen politischen Maßstab. Plötzlich war jede und jeder unterdrückt und unterdrückte andere: Männer Frauen, Weiße Schwarze, Heterosexuelle Homosexuelle, Christen Juden. Witze, die ein Freund erzählte, konnten unterdrücken, ein Werbespot konnte durch Auslassungen unter-

drückerisch sein, eine Rede konnte durch Sprache unterdrücken, Arbeiten an sich und Bürokraten galten als Teil des unterdrückerischen Systems. Differenzierungen zwischen Gedanken und Handeln, zwischen dem Individuum und Strukturen, zwischen der realen Welt und Formen der Repräsentation gingen vollkommen verloren.

Gleichzeitig war der Kampf gegen Unterdrückung immer weniger direkt gegen das Herrschafts- und Machtsystem gerichtet, sondern immer mehr gegen bestimmte Diskurse, gegen die Art und Weise, wie Machtverhältnisse sich zeigen und repräsentiert werden. (...)

Für all das lieferte der »New Marxism« die Rückendeckung. (...)

Anti-Semitismus = Rassismus, oder die Theorie von der Gleichheit der Unterdrückungsverhältnisse

(...) In den USA sind jüdische und schwarze Feministinnen weitergegangen, indem sie versucht haben, »Brücken zu schlagen«, eine »Bündnispolitik« aufzubauen, »sich gegenseitig zu erreichen«, durch Konferenzen, Seminare, Bewußtseinserweiterungsübungen und durch Publikationen, die die Gemeinsamkeiten der Unterdrückungserfahrungen von schwarzen und jüdischen Frauen betonen. Die Grundlage bildete die Annahme, daß schwarze und jüdische Frauen gleichermaßen die Opfer von Rassismus und von Ausgrenzung einer weißen und nicht-jüdischen Kultur seien.

In Britain fand eine ähnliche Annäherung statt. Diesmal auf der Basis, daß alle ethnischen Minderheiten die gleiche Unterdrückung erfahren. Jüdische Menschen, genau so wie Menschen aus Jamaika oder Pakistan, Sikhs, ZypriotInnen oder ChinesInnen (ein wahres Pot-Pourri von Kategorien), galten nun als ethnische Minderheit, und teilten die gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung mit diesen Gruppen. Die Linke, der es in den Nachkriegsjahren nicht gelungen war, der Autonomie des schwarzen Kampfes innerhalb des Klassenkampfes Rechnung zu tragen, rückte nun nach ihrem« Abschied von der Klasse« immer mehr in Richtung Autonomie der Kämpfe ohne Klassenhintergrund. Der Schwenk der Linken zu einem »kulturellen Pluralismus« (»Culturalism« im englischen Original, Anm. der Übersetzerin) ergab für jüdische Gruppen, die nach einer neuen und anerkannten linken Identität suchten, die Möglichkeit, sich in diesem neuen »kulturellen« Rahmen zu verorten. Die meisten der links orientierten Stadtverwaltungen, besonders der Greater London Council (Londoner Stadtrat), waren bestrebt, eine Gleichbehandlung aller ethnischen Minderheiten herbeizuführen. Indem sie unter der Rubrik Anti-Rassismus versuchten, alle ethnischen Gruppen gleichermaßen zu unterstützen und finanziell zu fördern, wurde Ethnizismus bald zum Äquivalent für Anti-Rassismus. (...)

In der Praxis hat sich der Anspruch auf politische Anerkennung für jüdische Feministinnen nicht unbedingt in einer offenen Konkurrenz mit schwarzen Feministinnen ausgedrückt, aber zumindest in dem Versuch geäußert, auf einen bereits fahrenden Zug aufzuspringen und in mechanischer Manier die Kämpfe gegen Unterdrückung gleichzusetzen. Das wird besonders deutlich in dem Buch »Yours in Struggle«, das auf beiden Seiten des Atlantiks als eine Art Pionierwerk gilt. Eine weiße nicht-jüdische Feministin, eine weiße jüdische Feministin und eine schwarze Feministin stellen ihre Sichtweisen zu Rassismus und Anti-Semitismus dar, und reflektieren über ihre individuellen Strategien, diese Unterdrückungsverhältnisse zu überwinden. Elly Bulkin, die eine Parallele zwischen diesen Unterdrückungsformen sieht, fordert das Recht ein, schwarze Frauen nach ihrem praktischen Kampf gegen Anti-Semitismus zu befragen, bevor sie sich mit ihnen auf ein gemeinsames Podium setzt. Für Bulkin sind Anti-Semitismus und Rassismus gleichermaßen internalisierte Formen von Unterdrückung. Barbara Smith, die schwarze Mitautorin des Buches, stimmt mit Bulkins Definition des Problems überein. »Ich bin anti-semitisch«, gibt sie zu. »Ich habe den Anti-Semitismus, ob ich will oder nicht, alleine dadurch, daß ich in dieser Gesellschaft lebe, verinnerlicht«. Alle Schwarzen haben nach diesem feministischen Verständnis Anti-Semitismus verinnerlicht. Jüdische Menschen haben Rassismus verinnerlicht und nicht-jüdische Menschen den ganzen Mist auf einmal. Die Aufgabe muß daher sein, unsere Köpfe und unser Handeln von all diesen schlechten Gedanken und dem schlechten Betragen zu befreien, die Stereotypisierungen, die wir von der dominanten Kultur eingetrichtert bekommen haben, zurückzuweisen und die Symmetrie der Bilanz von Unterdrückungen wiederherzustellen, indem wir schwarze Menschen dazu bekommen, ihren Anti-Semitismus wahrzunehmen, uns jüdische Menschen unseren Rassismus, und weiße nicht-jüdische Menschen beides.

Um gerecht zu sein, muß erwähnt werden, daß die schwarze Feministin Barbara Smith, die ihren Teil zu der falschen Gleichsetzung von Unterdrückungsverhältnissen beigetragen hat, zumindest das Ergebnis dieser Gleichsetzung kritisch betrachtet. (...)

Aber da Smith innerhalb der verengten Sichtweise einer feministischen Strömung operiert, die Rassismus von Ausbeutung loslöst, gelangt sie nicht zu einer Analyse des Problems sondern nur zu der nichtssagenden Beobachtung: »Die Unterdrükung von jüdischen Menschen ist nicht identisch mit der Unterdrückung von Schwarzen, aber beide Unterdrückungsformen gehen von der selben weißen männlichen herrschenden Klasse aus«.

Rassismus und Anti-Semitismus können nur als »gleich« angesehen werden, weil der Feminismus die Bedeutung von Rassismus durch zunehmende Personalisierungen verwässert hat. Rassismus wird nicht mehr länger zuerst als strukturelles und institutionalisiertes Problem begriffen, wie es noch in den 60er und 70er Jahren aufgezeigt worden ist, sondern vornehmlich durch den Einfluß bestimmter Strömungen innerhalb der Frauenbewegung als ein Problem verinnerlichter Vorurteile. Ausgehend von den Erfahrungen des Sexismus, wo individuelle Männer als Väter, Liebhaber, Ehemänner, Brüder und Vorgesetzte eine individuelle Macht über Frauen ausüben und direkt davon profitieren, haben schwarze Feministinnen dies auf den Rassismus übertragen und sind zu der Ansicht gelangt, daß weiße Menschen, einschließlich der weißen Frauen, Macht über alle schwarze Menschen ausüben und davon profitieren. Macht wird somit zuallererst als ein persönliches Problem zwischen Individuen verstanden – zwischen Männern und Frauen, zwischen Weißen und Schwarz-

en, zwischen Nicht-Juden und Juden, zwischen Heterosexuellen und Homosexuellen – und nicht bezogen auf ein ausbeuterisches System, das hierarchisch strukturiert ist, um den maximalen Profit aus der größtmöglichen Ausdifferenzierung herauszuschlagen.

Nirgendwo in all den Diskussionen zum Anti-Semitismus von schwarzen Feministinnen und zum Rassismus gegen Schwarze von jüdischen Feministinnen (die beide natürlich gleichermaßen verurteilt werden) findet sich eine Analyse davon wieder, wie Gedanken und Vorstellungen, wie bigott sie auch immer sein mögen, von materiellen Bedingungen geformt werden. Rassismus bleibt und entsteht ihrer Meinung nach als eine Idee, wird als solche verurteilt, und auch als solche bekämpft, und das Gleiche passiert mit Anti-Semitismus.

Wenn Feministinnen Rassismus und Anti-Semitismus nicht ausschließlich auf einer abstrakten Ebene vergleichen würden, sondern sie in Bezug auf ihre spezifischen Ursprünge, Geschichten und sich verändernden Ausdrucksformen untersuchen würden, entstände sofort Klarheit darüber, inwieweit die beiden Unterdrückungsformen nicht identisch sind, und wie sich die Ebenen unterscheiden, auf denen sie bekämpft werden müssen. Westliche kapitalistische Gesellschaften sind über Sklaverei und Kolonialherrschaft auf Rassismus gegen Schwarze aufgebaut worden und sind von der Ausbeutung nicht-weißer Menschen in ihrem eigenen Land, und weltweit, abhängig. In den meisten westlichen Ländern wurde der Rassismus institutionalisiert und Bestandteil der staatlichen Strukturen. Er drückt sich in Gesetzen aus, z.B. in den Einwanderungsgesetzen, im Justizsystem, in der Administration der Dienstleistungen, im Gesundheitswesen und im Ausbildungssystem. Mehrheitlich gehören schwarze Menschen zum ärmsten und am schlechtesten ausgebildeten Teil der Bevölkerung in den westlichen Gesellschaften. Sie haben die schlechtesten Wohnungen und die höchste Arbeitslosenquote. Die Verarmung von nicht-weißen Menschen ist ein zunehmendes, weltweites Phänomen, verursacht durch ein Weltsystem, das die symbiotische Beziehung von rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung zur Grundlage hat, und sie immer weiter vorantreibt. Obwohl es über viele Jahrhunderte hinweg in vielen Ländern eine massive Verfolgung gegen uns gegeben hat, die im »modernen« europäischen Anti-Semitismus und im versuchten Völkermord kulminierte, sind wir auf der anderen Seite in den heutigen westlichen Gesellschaften nicht mit einer vergleichbaren systematischen Ausbeutung konfrontiert, wie sie Schwarze und Menschen aus der Dritten Welt erfahren, und die sie auf die untersten Stufen verbannt und droht, sie dort zu belassen. (...)

Die Politik der Gleichheit von Unterdrückungsverhältnissen kann zusammenfassend als ahistorisch beschrieben werden, da Unterdrückungsverhältnisse pauschal gleichgesetzt werden, ohne sie in Beziehung zu ihren besonderen Entwicklungsgeschichten zu bringen. So werden sexistische und rassistische Unterdrückungsverhältnisse abgetrennt von Klassenausbeutung, die Erfahrungen von schwarzen Menschen und Menschen aus der Dritten Welt auseinandergerissen, so wird der Zusammenhang des Rassismus mit dem Imperialismus verleugnet. Anstatt auf dem Boden der materiellen Realitäten zu bleiben, versuchen jüdische Feministinnen freischwebend in ihrer Gedankenwelt von Heimat und Identität das politische Terrain durch eine Art Seelen-Alchemie (Alchemie = mittelalterliche Verwandlungskunst, Anm. der Übersetzerin) zu verwandeln. (...)

Wofür eine Identität?

Die Politik der Identitätsfindung betrachtet das Erkennen und Entdecken der eigenen Identität als oberstes Ziel. Manche Feministinnen behaupten sogar, die Entdeckung der eigenen Identität sei an sich schon ein Akt des Widerstands. Der große Fehler besteht darin, Identitätsfindung als ein Ziel und nicht so sehr als ein Mittel zu begreifen. Die Suche nach unserer Identität darf nicht zum Selbstzweck werden, sie kann jedoch dazu dienen, in ihrem Verlauf »die allen menschlichen Verhältnissen innewohnende Universalität« zu entdecken, und aus dieser Erkenntnis heraus die richtigen Bündnisse einzugehen und die richtigen Kämpfe zu führen. »Wir müssen herausfinden, wie unser Jüdisch-Sein aus unserer Perspektive und aus der Perspektive anderer Menschen unser Leben verändert«, schreibt Dena Attar, »nicht so sehr, um uns noch stärker in unserer neugefundenen jüdischen Identität einzurichten, sondern um wirkungsvoller für unsere Zukunft als Frauen und für die Zukunft aller Frauen kämpfen zu können«. Identität ist nicht so sehr eine Voraussetzung für politisches Handeln, sondern sie entsteht oft erst daraus.

Angesichts der Auswüchse eines kulturellen Nationalismus innerhalb der Black-Power-Bewegung vor siebzehn Jahren schrieb ein schwarzer Aktivist folgende Worte, die auch heute noch nicht an Aktualität verloren haben:

»Unsere Selbst-Bestimmung aus unserer eigenen Kultur heraus und die Veränderung unserer Gesellschaft in Bezug auf diese Bestimmung sind Teil des gleichen Prozesses. Unsere Kultur jedoch von ihrem sozialen Hintergrund zu trennen, um ihr eine Einheit zu verleihen, bedeutet viel von der ursprünglichen Vitalität aufzugeben. In dem Moment, in der eine Kultur jedoch ihre soziale Dynamik verliert, wird Identität zum Luxus. Sie verkommt zum Selbstzweck und dient nicht mehr länger als Anleitung für wirksames politisches Handeln (...). Identität resultiert zwar aus einem kulturellen Bewußtsein, eine wirksame Funktion erhält sie jedoch erst über ihren politischen Ausdruck (...). Eine Kultur, die ihre Zeit damit verschwendet, sich selbst aufzupolieren, erzeugt eine Persönlichkeit ohne Ziel und Entschlossenheit. Es macht keinen Sinn herauszufinden, wer ich bin, wenn ich nicht weiß, was ich mit dieser Erkenntnis tun will.«

Wir können unsere Identität, in anderen Worten, nur durch unser Handeln finden und stärken. Unser Handeln bestimmt, wer wir sind.

Dies ist die stark gekürzte Fassung eines Artikels, der demnächst in einem Buch mit Texten aus der Anti-Rassismus-Debatte in Britain veröffentlicht wird - vom Verlag Schwarze Risse, Berlin.

Antirassistische Politik zwischen »sozialarbeiterischer« Betreuungspolitik und militantem Widerstand

Im Januar 1992 trafen sich mehr oder weniger autonome Flüchtlings-und Antirassismus-Initiativen aus NRW zu Erfahrungsaustausch und Perspektivdiskussion in Bielefeld. So spannend es war, zu erfahren, wo die Auseinandersetzungslinien in den verschiedenen Städten liegen, beeinflußten zwei Punkte die gesamte Diskussion:

Zum einen wird immer klarer, daß auch viele Linksradikale mit AusländerInnen/MigrantInnen in ihrem Lebensalltag *nicht viel zu tun haben, sondern eben oft nur in der sog.* »politischen Arbeit« *als Objekte oder im besten als Subjekte von »Flüchtlingsarbeit«. Daß Flüchtlinge allerdings nicht nur das Merkmal haben, geflüchtet zu sein, sondern z.b. in der BRD einer Schwarz-, Leih- oder im Ausnahmefall regulären Arbeit nachgehen (wollen und müssen), spiele zumindest in der* Praxis *der meisten Initiativen keine Rolle. So hieß es zwar in einem Vorbereitungspapier: »Gerade die speziellen Beschäftigungsbedingungen sind ein wesentliches Element der Realität von MigrantInnen, durch das sie scharf abgegrenzt werden zu der weißen Metropolenbürgerschaft. Das Abdrängen von nicht-weißer Arbeitskraft in die Illegalität ist ein elementarer Prozeß... Unserer Meinung nach müßten wir vereinte Anstrengungen in unseren Kreisen unternehmen, um die Aufsplitterung dieser sozialen Realität zu begreifen. Idealerweise könnte unsere erste Aufgabe darin bestehen, Kämpfe, die MigrantInnen ausfechten, kennenzulernen und das Angebot zu machen, sie zu unterstützen. Ein erster wichtiger Schritt wäre allerdings, mit MigrantInnen über diese Punkte in's Gespräch zu kommen. Auch wenn es erst einmal bei solchen Gesprächen bleibt.« - Und dabei ist es dann in der Diskussion leider auch geblieben, weil u.a. konkretes Wissen über diesen Bereich fehlte, aber auch weil der Arbeitsmarkt angeblich so scharf nach rassistischen Kriterien gespalten sei, daß wir uns als Metropolenweiße da nur sehr schwer einmischen können.*

Das führt zum zweiten Punkt: die dreifache Unterdrückung (s. z.B. das 3:1-Papier von Klaus Viehmann u.a.) ist in Theorie und praktischer Beschäftigung weitgehend zu einer zweifachen geschrumpft, die Widersprüche zwischen Kapitalismus, Sexismus und Rassismus sind insofern »aufgelöst«, daß Kapitalismus nur noch ab und zu als mystische Kategorie durch die Diskussionen irrt. Auch in Bielefeld beherrschten die 'weißen Metropolenmänner' viele der Debatten.

Da solche Diskussionen inzwischen wieder häufiger geführt werden, dokumentieren wir einen schriftlichen Beitrag für die Arbeitsgruppe »Antirassistische Politik zwischen 'sozialarbeiterischer' Betreuungspolitik und militantem Widerstand«, da sie die Kritik an der Selbstbespiegelung weißer Männer und ihre inhaltlichen Konsequenzen zum Thema macht:

Noch vor drei/vier Jahren hätte der Titel der Arbeitsgruppe gelautet: »Antiimperialistische Flüchtlingspolitik zwischen...«. Heute gelten Kapitalismus- bzw. Imperialismustheorien als ökonomistische Erklärungsmuster, die patriachale und rassistische Unterdrückung bestenfalls als Nebenwidersprüche benennen.

Inwieweit diese Kritik berechtigt ist, soll hier nicht diskutiert werden; wohl aber der Reflex darauf, nämlich die aktuelle Debatte um Rassismus/Antirassismus und ihre praktischen Konsequenzen für die Flüchtlingspolitik der autonomen Linke - insbesondere bei dem Versuch, zwischen bedingungsloser Unterstützung und der Funktionalisierung von Flüchtlingen für die eigenen, metropolitanen Interessen die »richtige« Position zu finden.

1 Rassismus bzw. Antirassimus sind moralische Kategorien. Sie zur Grundlage der eigenen Politik zu machen, stellt Herrschaft in keiner Form in Frage.

Wie oben schon gesagt, verstehe ich die momentane Debatte um Rassismus nicht als Antwort, sondern lediglich als Reflex auf - vornehmlich von Frauen vorgebrachte - Kritik an bis dato gängigen Erklärungs- und Handlungsansätzen. D.h. begründete Kritik, etwa am »Neuen Antiimperialismus« wird nicht aufgegriffen, um Positionen weiterzuentwickeln, sondern zum Anlaß genommen, das Kind mit dem Bade auszuschütten:

- indem der Erkenntnis, daß eine Analyse sich nicht einfach durch das »Hiervon besonders betroffen sind Frauen« als antipatriarchal qualifiziert, mit dem undifferenzierten Überbordwerfen jeder Klassenanalyse begegnet wird;
- indem die Debatte zwischen weißen und schwarzen Feministinnen zur Legitimation mißbraucht wird, um als »weiß«, »männlich« und »eurozentristisch« zu geißeln, was überhaupt noch den Versuch macht, in anderen als biologischen Kriterien zu denken;
- indem die Ursachen für die Ohnmacht der Linken nicht (auch) in den rasend schnell sich verändernden weltpolitischen Kräfteverhältnissen gesucht werden, sondern ausschließlich in den eigenen Reihen,

sprich: den eigenen Theoriegebilden und daraus erwachsenen Initiativen.

Letzteres ist nicht neu, sondern eine (sympathische) Eigenschaft, welche die autonome Linke generell auszeichnet. Allerdings führt sie im Fall der Rassismus-Debatte zu verzweifelten Denkalternativen, die aufgrund ihrer moralischen Bestimmtheit keine systemverändernden Handlungsperspektiven mehr zulassen.

Zur Verdeutlichung dieser Einschätzung sei auf die - zugegebenermaßen krassen - Thesen einer ungenannten Flüchtlingsgruppe im Ruhrgebiets-Info Nr. 7 verwiesen. Dort heißt es unter der Überschrift »Gedanken zum Rassismus« u.a.: »Rassismus entzieht sich einer auf rationalen Argumenten aufgebauten Gegenpropaganda.« Denn - wie schon von Sartre festgestellt - sei der Antisemitismus, »eine selbstgewählte Geisteshaltung der ganzen Persönlichkeit, eine Gesamteinstellung ...«, und das gleiche gelte für den Rassismus. Ergo, so die Verfasser des Textes weiter, krieche mensch den Rassisten auf den Leim, wenn über die Angst vor Arbeitsplatzverlust oder ähnliches debattiert würde.

D.h. ob mensch rassistisch ist oder nicht, soll nichts mit den konkreten Lebensumständen, nichts mit sozialen Erfahrungen und ökonomischen Bedingungen zu tun haben, sondern ausschließlich eine Frage der individuellen seelischen Konstitution sein. Diese jedoch entzieht sich einer gesamtgesellschaftlichen, einer politischen Diskussion. Sie kann nur persönlich, auf einer psychologischen Ebene thematisiert und letztlich auch nur anhand der jeweils eigenen Moralvorstellungen entschieden werden.

Dementsprechend sehen die Zielvorstellungen bzw. Handlungsvorschläge der »modernen Anti-Rassisten« aus, die nicht zufällig mit nebulösen Begriffen wie »die rassistische Formierung aufbrechen«, »die soziale Konfrontation (mit Flüchtlingen) suchen«, den »weißen Kopf infragestellen« gefaßt werden. Sofern sie überhaupt eine Konkretisierung erfahren, erschöpft sich diese in der alltäglichen praktischen Unterstützung von Flüchtlingen - angefangen von Ämtergängen, über Sozialversorgung bis hin zur technischen Unterstützung bei Widerstandshandlungen - auf der einen Seite und der permanenten Infragestellung praktischer, politischer Aktionen als »den Rassisten auf dem Leim gehen« (s.o.) oder potentielles Eingreifen, Strukturieren bzw. Instrumentalisieren von Flüchtlingen bzw. deren Zusammenhängen auf der anderen Seite.

Was bleibt, sind Ideen und Überlegungen der »Anti-Rassisten« zu einer eigenen, »deutschen« politischen Praxis, die - soweit für mich erkennbar - bislang nicht in die Tat umgesetzt wurden, zum Inhalt jedoch allesamt haben, die »rassistische Formierung« aufzubrechen, indem »Rassisten mit ihrem Rassismus konfrontiert werden«. Einen Sinn ergibt dies nur, wenn (unausgesprochen) an eine moralische Instanz appelliert wird, die sagt: »Rassismus ist böse«. Eine solche Instanz jedoch existiert nicht; vielmehr herrscht ein gesellschaftlicher Konsens vor, der rassistisches Denken und Handeln - solange es sich nicht im massenhaften Abfackeln von Flüchtlingswohnheimen manifestiert - weder sanktioniert noch ächtet.

Auf keinen Fall wird Herrschaft, ob in imperialistischer, rassistischer oder sexistischer Form, auf diese Weise in Frage gestellt. Im Gegenteil: Die (fast) bedingungslose Unterstützung von bzw. Orientierung an Flüchtlingen und ihren Kämpfen führt - abgesehen vom Verschleiß der eigenen Kräfte - zur Glättung von sozialen Konflikten, zur Aufgabe eigener, linksradikaler Positionen (von feministischen ganz zu schweigen!) und blockiert in letzter Konsequenz jede Praxisform, die Ausdruck der eigenen - zwar minoritären und metropolitanen aber authentischen - politischen Identität ist.

2 »Sozialarbeiterische« Betreuung von Flüchtlingen ist Mittel zum »revolutionären« Zweck und somit kein eigenständiger Wert, etwa i.S. einer »sozialen Konfrontation«. Im Unterschied zur »alten« antiimperialistischen Flüchtlingspolitik, die sich in erster Linie auf einer analytischen, die Widersprüche und Probleme der Praxis scheuenden Ebene bewegte, bezieht die »neue« Flüchtlingspolitik den alltäglichen Umgang mit Flüchtlingen sowie ihre »sozialarbeiterische« Betreuung erklärtermaßen in ihre Aktivitäten mit ein. Dies hat Vor- und Nachteile, die stichwortartig wie folgt zusammenzufassen sind:

Vorteile:
- die eigene Glaubwürdigkeit und damit auch die Chance, gemeinsame »politische« Aktionen auf die Beine zu stellen, wird erhöht;
- das Verständnis der sozialen Situation von Flüchtlingen sowie ihrer Probleme wird geschärft;
- der Einblick in verwaltungsinterne Abläufe bis hin zur Kenntnis einzelner Personen, die sich besonders verantwortlich machen, wird genauer.

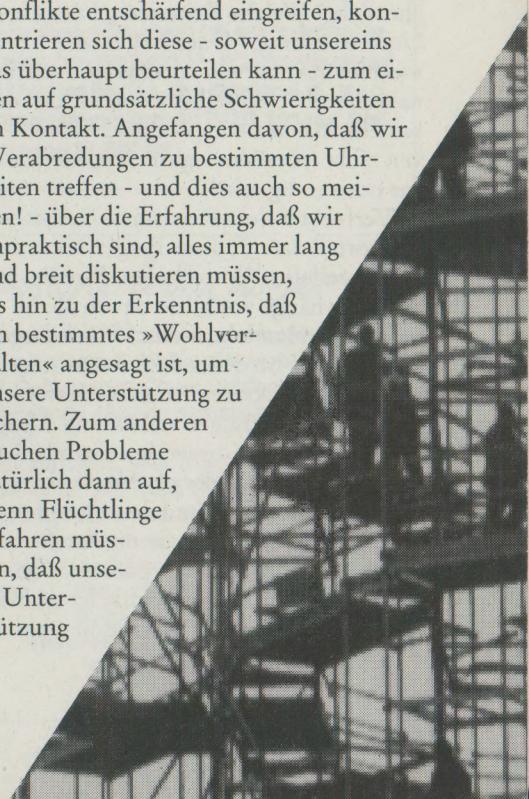
Damit werden - insgesamt betrachtet - vor allem die Grundlagen für die politische Analyse und die praktischen Interventionsmöglichkeiten verbessert.

Nachteile:
- viel Zeit und Energie geht für »Sozialarbeit« drauf;
- einzelne Flüchtlinge bzw. Flüchtlingsgruppen werden als spezielles Klientel gewonnen und bevorzugt behandelt;
- frauenfeindliche und sonstige, reaktionäre Verhaltensweisen von Flüchtlingen werden in Kauf genommen.

D.h. unter dem Strich betrachtet, besteht die permanente Gefahr, sich zu verzetteln, sozialen Sprengstoff zu entschärfen und letztlich eine angepaßte Politik zu betreiben, die zudem nur einigen Auserwählten zugute kommt.

Welchen Nutzen die Flüchtlinge ihrerseits aus der Zusammenarbeit mit uns erfahren, liegt zum Teil - etwa im Fall von materieller Unterstützung, Übersetzungs- und sonstigen Dienstleistungen - auf der Hand. Zu einem anderen Teil, erweist er sich als deutlich davon abhängig, inwieweit wir willens und in der Lage sind, schnelle und praktische Lösungen für auftretende Schwierigkeiten zu bieten. Können oder wollen wir das nicht, werden wir sofort überflüssig, da die Flüchtlinge in diesen Fällen nach Lösungen suchen, in die wir (bewußt) nicht einbezogen werden. (Klassisches Beispiel: Die Sozialhilfestreichungen für Bochumer Roma aufgrund ihres Autohandels.)

Bleibt die Frage nach Nachteilen, die Flüchtlingen aus unserer »Sozialarbeit« erwachsen. Jenseits unserer eigenen Befürchtungen, daß wir strukturierend und Konflikte entschärfend eingreifen, konzentrieren sich diese - soweit unsereins das überhaupt beurteilen kann - zum einen auf grundsätzliche Schwierigkeiten im Kontakt. Angefangen davon, daß wir Verabredungen zu bestimmten Uhrzeiten treffen - und dies auch so meinen! - über die Erfahrung, daß wir unpraktisch sind, alles immer lang und breit diskutieren müssen, bis hin zu der Erkenntnis, daß ein bestimmtes »Wohlverhalten« angesagt ist, um unsere Unterstützung zu sichern. Zum anderen tauchen Probleme natürlich dann auf, wenn Flüchtlinge erfahren müssen, daß unsere Unterstützung



ihnen an anderer Stelle - etwa bei Kirchen, Ämtern usw. - zum Nachteil gereicht.

Was ich damit sagen will, ist: Die »sozialarbeiterische« Betreuung von Flüchtlingen stellt einen Kontrakt auf Gegenseitigkeit dar, aus dem beiden Seiten Vor- und Nachteile erwachsen. Sie wird durch gegenseitige Rücksichtsnahme und das Hintenanstellen sonstiger Interessen ermöglicht. Insofern führt sie auch nur zu einem relativen, sozusagen »geschäftsmäßigem« Kontakt zwischen den beteiligten PartnerInnen, der in seiner Beschränktheit auf keinen Fall geeignet ist, sich als Personen, mit allem, was dazu gehört, zu »konfrontieren«. Es werden im Gegenteil auf beiden Seiten sämtliche Verhaltensweisen sorgfältig vermieden, die beim Gegenüber auf Unverständnis stoßen oder gar zu einer Konfrontation in des Wortes eigentlicher Bedeutung führen könnten.

D.h. die Behauptung, »sozialarbeiterische« Betreuung bedinge die Auseinandersetzung, die »soziale Konfrontation« mit Flüchtlingen, basiert auf einer völligen Verkennung der realen Situation. Sie ist ein theoretisches Konstrukt, entstanden in dem Bemühen, der »Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismus« praktische Formen zu verleihen.

3 Das Bestreben, Flüchtlinge und ihren Widerstand nicht zu funktionalisieren, findet kein Korrektiv und führt deshalb zur Aufgabe der eigenen politischen Identität.

Natürlich ist es richtig, unsere Händel mit dem System nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge auszutragen. Die Frage ist allerdings, welche unserer Aktivitäten einen solchen Charakter tragen und welche nicht? Welche Kriterien gibt es zur Unterscheidung? Oder ist gar jede »weiße« Aktion von vornherein funktionalisierend? Und selbst wenn die Gefahr besteht, können entsprechende Initiativen nicht trotzdem legitim, vielleicht sogar notwendig sein?

Verfechter der »Rassismus-Debatte« antworten darauf, diese Fragen seien nur im Einzelfall zu entscheiden. Ihre Beantwortung hänge vor allem davon ab, ob das eigene Handeln sich auf Flüchtlinge beziehe, d.h. ob deutsche UnterstützerInnen in der konkreten Auseinandersetzung mit Flüchtlingen stehen und Aktionen als Ausdruck dieser Auseinandersetzung bestimmen, oder ob AktivistInnen von außen kommen und den Kämpfen von Flüchtlingen ihren Stempel aufdrücken. Denn, so die Argumentation der »Anti-Rassisten«: »Radikaler weißer Widerstand gegen die Metropole steht in einem grundsätzlichen tiefen Abhängigkeitsverhältnis zu den Kämpfen anderer, solange Rassismus eine zentrale Unterdrückungsstruktur des imperialistischen Patriarchats ist. Eigener Antirassismus kann sich ausschließlich in der Konfrontation mit den 'anderen' entwickeln. Eigene Definitionsinteressen, die spätestens seit Beginn des Kolonialismus gesellschaftliche Veränderungen nur unter weißer (Mit)bestimmung erlauben, werden nicht aus uns heraus, sondern durch sie, die 'anderen' angegriffen.«

Im Klartext heißt das: Nicht die Qualität einer Aktion, sondern ausschließlich die Bereitschaft ihrer Akteure, sich mit Flüchtlingen zu »konfrontieren« und dabei ihre eigenen Interessen zu negieren, wird zum Maßstab des Handelns genommen. Als könnten wir auf diese Art unsere »weiße Haut« abstreifen! Als würde eine Aktion ihren Charakter allein dadurch verändern, daß sie von Flüchtlingen bestimmt ist! Und als hätten wir keine ureigenen Widersprüche zur staatlichen Flüchtlingspolitik, die in unserer Situation, mit unseren Mitteln und Möglichkeiten auszutragen sind - unabhängig von Flüchtlingen und im Zweifel auch im Widerspruch zu ihnen.

Um es am Beispiel zu sagen: Wenn Flüchtlinge statt Fertigfraß die Möglichkeit zu Kochen fordern und dafür in den Streik treten, ist es zwar unsere Aufgabe, diesen Streik zu unterstützen. Dennoch müssen wir uns weder die Forderung zu eigen machen noch jeden einzelnen, von den Flüchtlingen gewünschten Schritt im Rahmen der Aktion nachvollziehen. Wir werden im Gegenteil weiterhin die Auszahlung des vollen Sozialhilfesatzes propagieren und uns darüberhinaus gefordert sehen, eine eigene Einschätzung der Aktion zu entwickeln, auf deren Grundlage entscheidbar ist, welche Schritte der Flüchtlinge wir mitmachen und welche nicht, bzw. ob es parallel zu der Aktion der Flüchtlinge deutsche Handlungsalternativen geben kann.

Letzteres setzt allerdings voraus, daß wir uns das Recht nehmen, eigene Interessen und Ziele zu definieren, daß wir diese in der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und vor allem auch wieder im eigenen Kopf zum Tragen kommen lassen, um - wo es ihre Zustimmung findet - gemeinsam mit MigrantInnen, ansonsten unabhängig von ihnen ein linksradikales Handlungsprofil gegen die herrschende Flüchtlingspolitik zu entwickeln. Tun wir dies nicht, sondern verharren aus Angst vor unserem eigenen Rassismus weiterhin in der selbstverleugnerischen Demutspose, bleiben wir in der sozialarbeiterischen Betreuung von Flüchtlingen und der praktischen Unterstützung ihres Widerstandes stecken.

Spendenaufruf

Am 11. 12. 1991 hat die Shalomkirche in Norderstedt die humanitäre Hilfe und die Versorgung der Flüchtlinge, die sich dort aufhalten, eingestellt. Seit dieser Zeit werden die Flüchtlinge von den Menschen versorgt, die ihre Forderungen solidarisch unterstützen. In diesen fünf Wochen ist aber das finanzielle Polster, das nach dem ersten Spendenaufruf spontan von Euch geschaffen wurde, reichlich zusammengeschrumpft. Es läßt sich absehen, daß bald kein Geld mehr vorhanden ist.

Im Klartext heißt das:

Das Geld wird knapp

Für die Versorgung der Flüchtlinge werden ca. 300 Mark pro Tag gebraucht, und die Öffentlichkeitsarbeit reißt auch große Löcher in den Geldtopf.

Da eine Weisheit, die nach wie vor Gültigkeit hat, besagt, daß Menschen, die hungern, den Mut und die Kraft verlieren, und daß dort, wo keine Öffentlichkeit hergestellt wird, der Widerstand im Sande verläuft, treten wir heute noch einmal mit der dringenden Bitte an Euch heran:

Sammelt und spendet Geld

um so den Kampf der Flüchtlinge zu unterstützen.

Spendenkontos:
Infoladen
Postgiroamt Hamburg
Konto-Nr. 16468-203
BLZ 200 100 20
Stichwort: Asyl

oder
Postgiroamt Hamburg
Perschewski
Konto-Nr. 635806-208
BLZ 200 100 20

Neuerscheinung Februar 1992

Noam Chomsky, Joel Beinin, Howard Zinn u.a.:

Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg

Übersetzt aus dem Amerikanischen vom Heddernheimer Kulturverein
Original als "Pamphlet Series"
ISBN: 3-922209-37-8
140 S., 16.-DM

Aufsätze zu den Hintergründen des Golfkriegs und zur US-Außenpolitik. Deutlich wird u.a., daß nicht die UNO sondern die Gipfeltreffen der sieben westlichen Industriestaaten, die eigentlichen Richtlinien für die Politik der Neuen Weltordnung setzen. Enthalten sind: *Noam Chomsky: Media Control (Desinformation und Golfkrieg)*, Chomsky zeigt wie in den USA die Zustimmung der Öffentlichkeit hergestellt wird. *Howard Zinn: Macht, Geschichte und Kriegsführung*. "Wir sollten mit ganzer Kraft eine Neue Weltordnung herstellen, aber nicht Bushs Neue Weltordnung sondern eine, die ohne Kriege auskommt." *Joel Beinin: Über die Ursachen des Golfkriegs*, Beleuchtet wird die Energie- und Ölpolitik der USA und Großbritanniens, die zu von den Weltmächten abhängigen Staaten des Nahen Ostens führen sollte. *Michael Emery: Wie Mr. Bush seinen Krieg bekam.* Emery recherchierte die geheimdiplomatischen Initiativen zur Verhinderung des Krieges und wie die USA darauf jeweils reagierten. Emery benutzt u.a. auch eine kuwaitische Geheimdienstinformation über eine Absprache mit dem CIA. *Noam Chomsky: Die Neue Weltordnung*. Dieser Aufsatz wurde in den USA zum Bestseller! Chomsky beschreibt wie die USA, aufgrund ihrer Schuldenökonomie geschwächt, über den Militärischen Komplex ihre Weltmachtstellung erhalten wollen.

Trotzdem ★ Verlag
PF 1159
D-7043 Grafenau-Döffingen
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264

atom

Nr. 37 Winter 91/92

Aus dem Inhalt :

➔ **Anti-AKW-BUKO in Marburg**
Ist die Krise der Bewegung vom Tisch?
Aufruf:"Kein neues Atomgesetz"

➔ **Rot-Grüne Atompolitik - Eine Geschichte ohne Ausstieg**
Vom vielbeschworenen Ausstieg ist außer Lippenbekenntnissen nicht viel übrig geblieben
- Erklärung der Nieders. Standorte
- Die Unglaubwürdigkeit der Ausstiegspolitik

➔ **Endlager**
- Asse II: Hochradioakt. US-Atommüll
- Schacht Konrad; Atomtransporte
- Gorleben

➔ **Karlsruhe - Hanau**
- Pretoria-Bagdad Beihilfe zur Atombombe?!
- Stop für Mox in Hanau?

➔ **Rassismus - Neue Fragen? Neue Antworten?**
- Die Fascho-Szene in Stiefel u. Frack
- Anti-Fa Ratschlag Dresden
- Solidarität ist eine Waffe - Autonome Unterstützung für Flüchtlinge in Norderstedt
- Für offene Grenzen auch in unseren Köpfen
- Linke, Antirassismus u. Theorie
- Alle Grenzen offen
- Bundesverdienstkreuz für Herbert Gruhl

➔ **Kriminalisierung**
- Freiheit für Knud u. Ralf
- Notbremse im WAA-Prozeß

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)
Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Schule

Anleitung zur Brandstiftung Schülerinnen gegen Terror

Eigendruck, 200 Seiten, DinA 5, 12 Mark

Bei dem hier angekündigten Reader handelt es sich um eine Kampfansage an die Schule, als ein Rädchen in der Killermaschinerie Staat. Die Verfasserinnen haben ihre Erfahrungen, die sie während ihrer Ausbildung an einer Kieler Erzieherinnenfachschule machten, dokumentiert und mit ner Menge Zitaten, Musiktexten, Gedichten und Theorie gemischt. Der Schulterror, den wir alle erlebt haben oder noch erleben, wird breit analysiert, während gleichzeitig Machtmechanismen und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge aufgedeckt werden. Institution Schule, wie sie funktioniert, warum und für wen. Einige der angesprochenen Punkte: Rolle der Eltern, Lehrerinnen, Mitschülerinnen, sowie Schulpflicht, Fremdbestimmung und Disziplinierung. Mit Liebe, List und Leidenschaft und einer gewaltigen Portion Wut gewürzt, könnte manche/r sich nach Genuß dieser Lektüre versucht fühlen, nach Stift, Stein oder Streichholz zu greifen. Und dieser Effekt ist durchaus nicht ungewollt.

Bestellungen: nur über Vorauszahlungen (gilt auch für Archive) wegen akutem Geldnotstand! Also einfach 12.- in Briefmarken oder bar bis zum 31.5.92 in einen Umschlag (ab 5 Bestellungen 10.- pro Exemplar) an folgende Adresse: Buchladen ZAPATA, Stichwort: Schulreader; Jungfernstieg 27, 2300 Kiel 1

Die Spendenkampagne geht weiter!

Waffenstillstand in El Salvador: eine große Chance, aber auch ein enormes Risiko für das Befreiungsprojekt. Die FMLN braucht jetzt noch mehr unsere Unterstützung – jeden Pfennig, jede Mark: Flugblätter und Lautsprecher sind genauso Waffen für die Befreiung wie Gewehre und Verbandsmaterial!

Neue Waffen für El Salvador!
Unterstützt die FMLN!

Neues Konto: BfG Heidelberg
Nr.1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V.

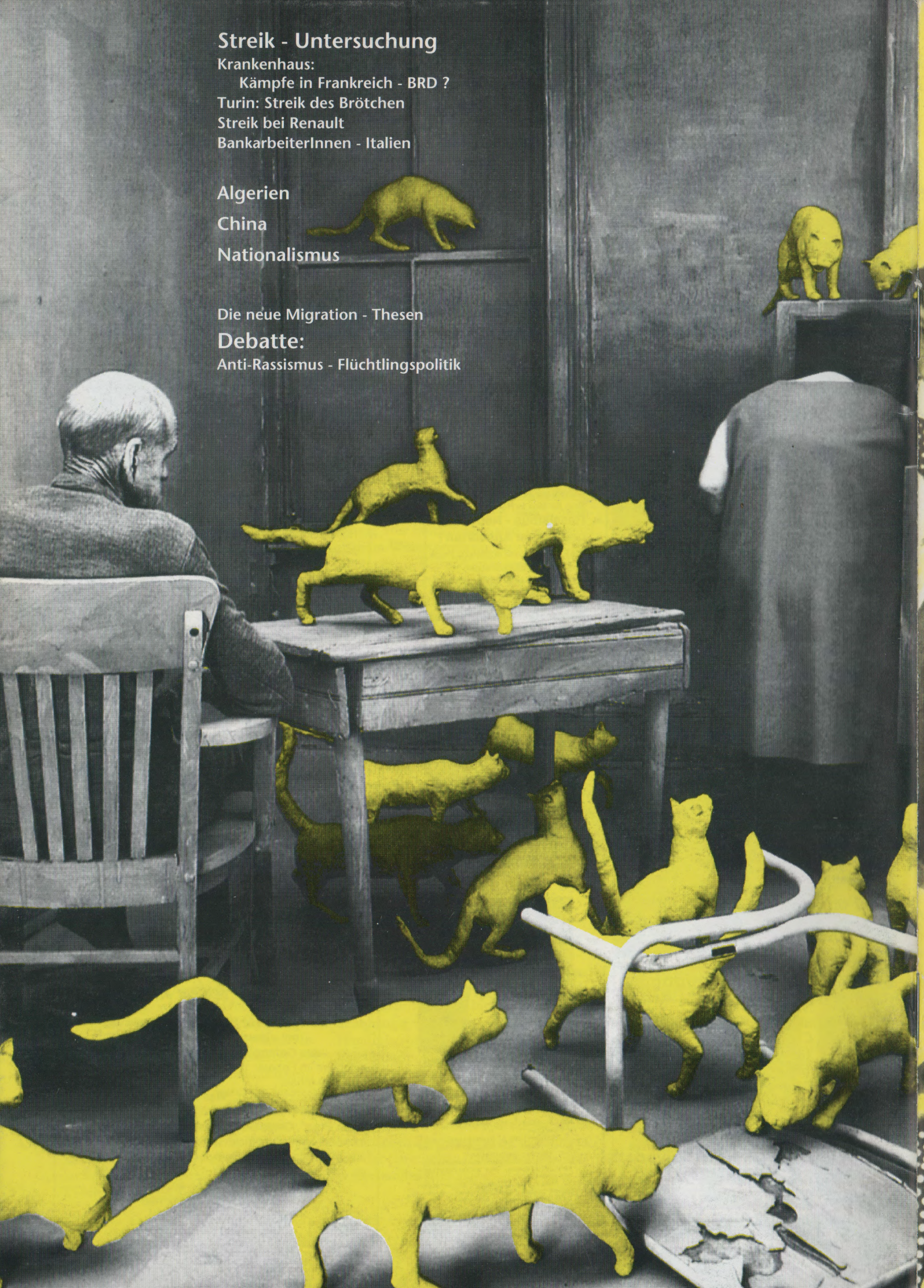
Celebrate the new Germoves
MOLLI !

MOLLI (Ztg. für Volxfrust) Nr.7 präsentiert:
*Ökoterror, Widerstand, Bolo Bolo! Über die Möglichkeiten und den Weg der Revolution..
*Untersuchungen zu verschiedenen Projekten des selbstbestimmten Lebens...
*Existenzialismus, Strukturgesetze des Kapitalismus, Prosa, Paul und Mustafa, und mehr!
Einen Probepack gibts für 3 DM in Briefmarken bei: Stichwort Molli/ c/o Friedensladen/ Schillerstr.28/ 6900 Heidelberg. Auch im gutsortieren Buchhandel erhältlich!

Totgesagte leben länger...

Materialien zur Sicherungsverwahrung mit einem Erfahrungsbericht des Gefangenen Claus Goldenbaum

erscheint im Februar 1992 im Kamalatta-Verlag, Kiel
Aus dem Inhalt:
R. Schäfer-Eickermann: "Was ist und wie funktioniert Sicherungsverfahrung?", Klaus Rüther: "Strafen um jeden Preis", Claus Goldenbaum: "Du kommst nicht mehr als Mensch zurück" - ein Erfahrungsbericht, aus "Autonomie": "Die Roßkur der Sozialhygiene"
ca. 140 Seiten A5, Preis: ca. 12,- DM, ab 5 Ex. 30 %
Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
2300 Kiel 14



Streik - Untersuchung

Krankenhaus:
Kämpfe in Frankreich - BRD ?
Turin: Streik des Brötchen
Streik bei Renault
BankarbeiterInnen - Italien

Algerien

China

Nationalismus

Die neue Migration - Thesen

Debatte:

Anti-Rassismus - Flüchtlingspolitik